

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz

- 1 Mit diesem Beitrag wird das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz vorgestellt. Der vorliegende Teil I befaßt sich mit seinem Aufbau sowie dem Datenangebot und Auswertungsmöglichkeiten. In zwei weiteren Folgen sollen die technische Konzeption und der geplante Ausbau des LIS dargestellt werden.

Winzergenossenschaften 1973

- 9 Die Winzergenossenschaften, ursprünglich als Selbsthilfeeinrichtungen gegründet, bringen auch heute, angesichts der zunehmenden außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit, gerade für die kleineren Winzerbetriebe viele Vorteile und tragen entscheidend zur Marktstabilisierung bei.

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1973

- 11 Anfang Dezember fanden die Ertragsermittlungen des Berichtsjahres mit der Feststellung der Rübenenernten ihren Abschluß. Damit kann nunmehr ein Gesamtüberblick über die Ertragsverhältnisse bei den im Land verbreitet angebauten Feldfrüchten und Futterpflanzen gegeben werden.

Quellen des Lebensunterhalts

- 15 Die Gliederung der Bevölkerung nach dem Unterhaltskonzept weist nach, wie hoch die Anteile der Männer und Frauen in den einzelnen Altersgruppen sind, die ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst aus einer Erwerbstätigkeit oder einer eigenen Rente, Pension und dgl. bestreiten oder die in erster Linie von Angehörigen unterhalten werden. Diese durch die Volkszählung 1970 bereitgestellten Daten, bilden die Materialgrundlage für wichtige wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Analysen.

Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet

- 24 Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ermöglichen auch einen interregionalen Vergleich der Erwerbstätigkeit.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973

- 26 Für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 mußten rund 3 000 Haushalte in Rheinland-Pfalz geworben werden. Im Rahmen einer Befragungsaktion interessierte neben dem Erfolg der verschiedenen Werbemaßnahmen die Gründe der Haushalte für ihre Mitwirkung und die zukünftige Teilnahmebereitschaft.

Anhang

- 1* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
7* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz

Im Mai 1971 hat die Landesregierung dem Statistischen Landesamt den Auftrag zur Errichtung des Landesinformationssystems (LIS) erteilt. Sie erwartet durch Einsatz moderner technischer Hilfsmittel eine Verbesserung der Informationsgewinnung.

Der Aufbau des LIS vollzieht sich in zwei Ausbaustufen, deren erste in drei Entwicklungsphasen unterteilt ist. Phase 1, die den Aufbau einer Banddatenbank zum Inhalt hatte, wurde bereits im Mai 1972 abgeschlossen. Phase 2 konnte im Mai 1973 beendet und die Datenübermittlung von Bad Ems nach Mainz im Wege der Datenfernverarbeitung in Betrieb genommen werden. Phase 3, bis Ende 1975 terminiert, wird Auswertungsprogramme in tabellarischer Form, analytische und prognostische Programme sowie Programme für politische Planungen zum Inhalt haben. Ausbaustufe II soll einen Verbund zwischen LIS und den bereits bestehenden oder noch zu schaffenden Verwaltungsinformationssystemen, zum Beispiel für Einwohner, Straßen, öffentliche Finanzen, herbeiführen. dt/mx

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

Neue Rekord-Weinernte

7,66 Mill. hl Weinmost in Rheinland-Pfalz

Die Weinmosternte 1973 beläuft sich in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 7,66 Mill. hl. Sie übertrifft die Vorjahresmenge um 2,1 Mill. hl und die bisher größte Ernte aus dem Jahre 1970 um gut 400 000 hl. Das außerordentlich große Aufkommen ist eine Folge der Ausweitung der Ertragsreblfläche und hoher Hektarerträge. Bei weißen Rebsorten betrug die Flächenleistung 136,7 und bei roten Rebsorten 153,1 hl je ha. Die Ergebnisse des Vorjahres und des Sechsjahresdurchschnitts 1967/72 wurden damit zwar erheblich übertroffen, aber die bisher höchsten Hektarerträge von 1970 jedoch nicht ganz erreicht. Unter den verbreitet angebauten Sorten lagen die Flächenleistungen bei Riesling und Silvaner deutlich über denen von 1970, während sie bei Müller-Thurgau und Portugieser darunter blieben. Von der Gesamtweinmosternte entfielen 7,04 Mill. hl auf Weißmost und gut 600 000 hl auf Rotmost.

Bei den später reifenden Sorten Ende Oktober und Anfang November sind noch deutliche Qualitätsverbesserungen eingetreten. Das Durchschnittsmostgewicht stellte sich für Weißmost auf 70° und für Rotmost auf 65° Oechsle. Etwa 6% werden als Tafelwein, 64% als Qualitätswein und 30% als Prädikatswein einzustufen sein. Der Säuregehalt bezifferte sich auf 8,2‰ bei den weißen Rebsorten und auf 7,5‰ bei den roten Rebsorten. Damit ist die Qualität des Jahrgangs 1973 wesentlich günstiger ausgefallen als die seines Vorgängers, wenn auch der ursprünglich erhoffte Jahrhundertwein infolge der akuten Trockenheit im Spätsommer und der zeitweise recht kühlen Witterung im Herbst ausgeblieben ist. Anfang Dezember konnten bei strengen Frösten in verschiedenen Lagen noch Eisweine mit sehr hohen Mostgewichten gelesen werden.

Im Anbaugebiet Rheinpfalz wurden 2,8 Mill. hl, in Rheinhessen 2,5 Mill., an Mosel, Saar und Ruwer 1,6 Mill., an der Nahe knapp 500 000, am Mittelrhein rund 90 000 und an der Ahr, dem kleinsten Anbaugebiet in Rheinland-Pfalz, gut 50 000 hl geerntet. tg

Nahezu jeder zweite Weinbaubetrieb ist Mitglied bei einer Genossenschaft oder Erzeugergemeinschaft

Rund 43% der Anfang 1973 in Rheinland-Pfalz gezählten etwas mehr als 49 000 Weinbaubetriebe gehörten einer Winzergenossenschaft oder einer Erzeugergemeinschaft für Traubenmost oder Wein an. Im Jahre 1957 waren dagegen erst knapp 30% der Winzer genossenschaftlich organisiert. Die Zahl der Genossenschaften ging im Zuge einer Konzentration zu leistungsfähigeren Einrichtungen in den vergangenen 15 Jahren trotz zahlreicher Neugründungen von 215 auf nunmehr 200 zurück. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Mitgliederzahl von 78 auf 106.

Von den 1973 vorhandenen Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften, deren Mitglieder knapp 25% der Rebfläche des Landes bewirtschafteten, verfügten jedoch nur noch 120 über eine eigene Kellerwirtschaft. Bei den restlichen handelte es sich überwiegend um sogenannte trockene Genossenschaften, bei denen Weinausbau und -absatz durch eine Zentralkellerei erfolgen. Von der Weinmosternte des Jahrgangs 1972 wurden etwa 19% an die Genossenschaften geliefert. Vor 15 Jahren betrug dieser Anteil erst 15%.

Die Lagerkapazität, die als besonderes Indiz für die Leistungsfähigkeit einer Genossenschaft gilt, erreichte Anfang 1973 rund 1,9 Mill. hl, gegenüber erst 492 000 hl im Jahre 1957. Während die Holzfässer, die 1957 noch über die Hälfte des Lagerplatzes ausmachten, nach und nach an Bedeutung verlieren, haben vor allem die Metalltanks und Hochdrucktanks starken Eingang in die genossenschaftlichen Kellereien gefunden. Ihr Fassungsvermögen erhöhte sich seit 1957 um mehr als das Zwanzigfache auf 790 000 hl. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 9.

Ernteaussfälle durch Trockenheit

Nach einem verspäteten Wachstumsbeginn verlief die Entwicklung der Feldfrüchte und Futterpflanzen im Frühjahr 1973 zunächst recht vorteilhaft. Ende Mai und vor allem ab Mitte Juni machte sich jedoch bei den Futterpflanzen und den Hackfrüchten eine zunehmende Trockenheit nachteilig bemerkbar. Infolge der ansteigenden Temperaturen kam es Anfang Juli auch bei Getreide in einigen Gebieten zu Notreifeerscheinungen. Die Trockenheit erreichte im Spätsommer ihren Höhepunkt und führte zu weiteren Wachstumsstörungen. Andererseits konnten jedoch die Erntearbeiten ohne größere Schwierigkeiten erledigt werden. Ab Mitte September einsetzende Niederschläge bewirkten bei einigen noch auf den Feldern vorhandenen Kulturen eine kräftige Pflanzenentwicklung. Das seit mehreren Jahren vorhandene Niederschlagsdefizit wurde allerdings nur unwesentlich gemildert.

Die Getreideernte belief sich auf 1,38 Mill. t und blieb damit geringfügig unter der Menge des Vorjahres. Der Hektarertrag betrug 36,7 dt gegenüber 37,6 dt im Jahre 1972 und 35,5 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72. Auf Grund hoher Eiweißwerte und niedriger Feuchtigkeitsgehalte war die Qualität der Weizenernte für Backzwecke sehr günstig. Nach einer überdurchschnittlichen ersten Heuernte im Juni konnte die gesamte Rohfütterernte infolge erheblicher Wachstumsstörungen im Juli und August das Ergebnis von 1972 bei weitem nicht erreichen. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 11.

Weiterer Arbeitskräfterrückgang in der Landwirtschaft

Nach dem Ergebnis der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft waren in Rheinland-Pfalz im Wirtschaftsjahr 1972/73 rund 225 000 voll- und teilbeschäftigte familienzugehörige sowie annähernd 10 000 ständige familienfremde Arbeitskräfte tätig. Das sind, verglichen mit den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1970/71 bei den Familienarbeitskräften rund 28 000 Personen (— 11%) und bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften ungefähr 1 000 (— 9%) weniger. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Verminderung des Arbeitskräftepotentials zum weit überwiegenden Teil zu Lasten der hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe ging. Bei den Familienarbeitskräften nahm vor allem die Zahl der Vollbeschäftigten ab; gegenüber 1970/71 reduzierte sie sich um nahezu 28 000 auf rund 123 000 (— 18%). Demgegenüber blieb die Zahl der Teilbeschäftigten mit rund 102 000 fast konstant. Etwa 45% der Familienarbeitskräfte üben nur noch als Teilzeitbeschäftigte eine Tätigkeit in der Landwirtschaft aus und gehen im übrigen einem Beruf außerhalb der Landwirtschaft nach. po

Erwerbstätigkeit für 38% der Bevölkerung überwiegende Unterhaltsquelle

Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1970 bestritten 38,0% der Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigenen Erwerbseinkünften und 16,2% aus eigenen Renten, Pensionen und dgl.; während 45,9% in erster Linie von Angehörigen unterhalten wurden. Etwas vereinfacht gesehen heißt das, daß zwei Fünftel der Bevölkerung sich und die übrigen drei Fünftel ernährten. Diese Feststellung ist natürlich insofern nicht ganz korrekt, als ein Teil derjenigen, die überwiegend von einer Rente oder von Unterhaltsleistungen durch Angehörige lebten, daneben noch eigene Erwerbseinkünfte hatte. Seit 1961 hat sich - bei einer Gesamtzunahme der Wohnbevölkerung um 6,7% - die Zahl der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit, um 4,3% vermindert, während gleichzeitig die Zahl der Personen mit überwiegendem Renteneinkommen um 26,2% und die Zahl derjenigen, die überwiegend durch Angehörige unterhalten werden um 11,2% gestiegen ist. Diese Strukturwandlungen sind zunächst darauf zurückzuführen, daß sich die Altersstruktur der Bevölkerung insofern recht ungünstig verändert hat, als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren nur um 1,8% gewachsen ist. Ausschlaggebend waren jedoch die Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeit der Jugendlichen und der Rückgang der Erwerbstätigkeit unter den älteren Menschen nach Überschreiten des 50. Lebensjahres. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 15.

Unterschiede im Umfang der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet

Vergleicht man die Erwerbsquoten in Rheinland-Pfalz und im gesamten Bundesgebiet miteinander, so ergibt sich, daß die Entwicklung in Rheinland-Pfalz seit 1961 zwar im großen und ganzen ähnlich verlaufen ist wie in den anderen Bundesländern. Es treten dabei jedoch einige deutliche Unterschiede zutage, deren Ursachen zum Teil in der speziellen Wirtschaftsstruktur des Landes zu suchen sein dürften, zum Teil aber auch darin, daß der Anteil der Bevölkerung in großstädtischen Ballungszentren in Rheinland-Pfalz geringer ist,

woraus sich insbesondere für viele Frauen verminderte Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben, da das Angebot an passenden Stellen in ländlichen Gebieten weder so groß noch so breit gefächert ist wie in Stadtregionen. Insgesamt gesehen war die Ausgangslage in Rheinland-Pfalz 1961 etwa die gleiche wie im Bundesgebiet. Die Erwerbsquoten waren mit 63,3 bzw. 63,9% für die Männer und 33,8 bzw. 33,4% für die Frauen fast identisch. Bis zum Jahre 1970 hat die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz aber sehr viel stärker abgenommen als im Bundesgebiet. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 24.

Anhaltendes Produktionswachstum überdeckt saisonübliche Rückgänge der Industrie im 3. Quartal 1973

Wie in den Vorjahren nahm auch während des dritten Vierteljahres 1973 die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie gegenüber dem Vorquartal um 7,4% (ohne Bau und Energie — 7,6%) ab, was in erster Linie auf die Einflüsse der Urlaubszeit zurückzuführen ist. Im einzelnen schwankten die Relationen zwischen — 13,7% im Investitionsgüter- sowie — 3,8% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich. Bei den für die Wirtschaftsstruktur unseres Landes bedeutsamen Zweigen der Gummi- und Asbestverarbeitung, des Maschinenbaus, der Kunststoffverarbeitung sowie der chemischen Industrie ergaben sich gleichfalls Minderungen, welche sich auf — 15,0 und — 12,8 sowie — 11,2 und — 2,8% beliefen. In bezug zum Vorjahresquartal konnte indes für die Industrie wiederum eine Produktionssteigerung um 5,6% (ohne Bau und Energie + 4,9%) verzeichnet werden, wobei in branchenmäßiger Sicht beträchtliche Differenzierungen berücksichtigt werden müssen. Die höchsten Steigerungen konnten innerhalb der Nahrungs- und Genußmittel- sowie der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit Quoten von + 14,2 bzw. + 7,9% beobachtet werden.

Die während des Berichtsquartals saisonal bedingte rückläufige Entwicklung beim Produktionsindex im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 1973 spiegelt sich auch in der Veränderung der übrigen industriellen Eckwerte wider, wobei angesichts einer Beschäftigtenzunahme um 1,3% eine Minderung der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden um 1,3% zu registrieren war; die Lohn- und Gehaltssumme sowie der Umsatz blieben dabei mit Veränderungsquoten von — 0,2 bzw. + 0,5% weitgehend unverändert. Im Vergleich zum dritten Vierteljahr 1972 ergaben sich indessen wieder Zunahmen, welche maßgeblich bedingt durch die weiter fortschreitende Inflationierung - beim Beschäftigtenstand (+ 1,5%) und der Arbeitsleistung (+ 0,2%) relativ gering waren und für die monetären Größen der Lohn- und Gehaltssumme (+ 13,5%) sowie des Umsatzes (+ 9,7%) beträchtlich höher lagen (Export + 21,1%). Derartige Tendenzen kennzeichnen auch den Entwicklungsverlauf während des dreivierteljährlichen Zeitraums von Januar bis September 1973, wobei im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresintervall korrespondierende Zunahmen um 1,0 und 0,2 sowie um 13,2 und 11,5% (Export + 18,6%) errechnet wurden. Die stärkste relative Umsatzexpansion war für die Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung mit + 30,4% (Export + 88%) zu verzeichnen, während der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie mit + 1,7 bzw. + 1,5% am Schluß rangierten. pe

Das Projekt Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz

Teil I: Aufbau, Datenangebot und Auswertungsmöglichkeiten

Aufbau des Landesinformationssystems (LIS)

Problemstellung

Parlament und Regierung benötigen Planungsdaten für Regional-, Landes- und Fachplanung, sie sind angewiesen auf Entscheidungsunterlagen zur Beurteilung alternativer Möglichkeiten und auf Daten zur Kontrolle der Wirksamkeit politischer Aktivitäten. Es existiert zwar eine unüberschaubar gewordene Menge von Informationen aus den unterschiedlichsten Informationsquellen. Die Informationslawine führt jedoch bei Ämtern und Behörden zu immer größer werdenden Aktenschränken und Archiven. Hieraus erhellt das erste zur Lösung stehende Problem, die Auswahl und Sammlung relevanter Daten.

Das Sammeln von Daten allein ist recht sinnlos. Feststellungen und Fakten, die in keinen Zusammenhang gebracht werden, sind ohne Wert sowohl für einzelne als auch für Regierungen. Das zweite Problem ist also die Schaffung eines flexiblen Auswertungssystems (unbeschränkte Kombinierbarkeit der Daten, Korrelations-, Regressions- und Faktorenanalysen, Modellrechnungen, Prognosen, Extrapolationen, Trendberechnungen etc.).

Die bisherige Informationsbeschaffung war arbeits- und zeitaufwendig und nicht immer benutzerfreundlich. Das dritte Problem ist daher eine bedarfsorientierte, benutzerfreundliche Darbietung der Daten.

Um die drei genannten Problemkreise Selektion, flexible Auswertung, benutzerfreundliche Darbietung einer Lösung zuzuführen, hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz im Mai 1971 den Auftrag zur Errichtung eines integrierten Landesinformationssystems erteilt. Über die ersten Schritte auf dem Wege der Realisierung dieses Auftrages wird im folgenden berichtet.

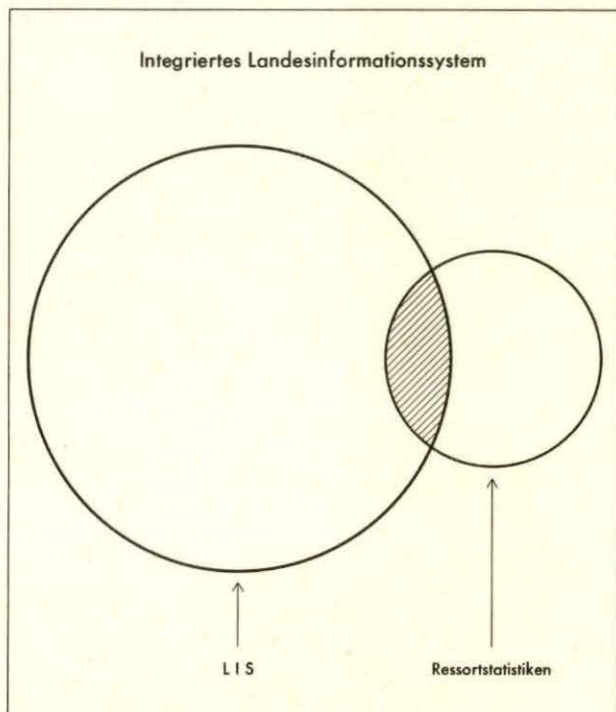
Begriffsbestimmung

Unter fachlichem Aspekt meint der Begriff Informationssystem die systematische Zusammenstellung von Zahlenmaterial bzw. Daten, die für Planungs- und Entscheidungsprozesse relevant sind, und die Bereitstellung auf hierfür geeigneten Datenträgern, welche die Speicherung sehr großer Datenmengen erlauben, beliebige Kombinationsmöglichkeiten eröffnen, einen schnellen Zugriff zu den Daten garantieren sowie den Aufbau eines leistungsstarken Abfrageinstrumentes ermöglichen.

Das Informationssystem ist technisch gesehen ein System von maschinellen Dateien, in die man nach beliebigen Ordnungskriterien zugreifen kann. Der Zugriff zu den einzelnen Dateien wird über Adreßverzeichnisse ermöglicht, die ebenfalls auf maschinell verarbeitbaren Datenträgern gespeichert werden. Die Begriffe Informationssystem und Datenbank werden hier zunächst synonym verwandt. Aus technischer Sicht wird das in bestimmter Weise gespeicherte Datenmaterial als Datenbank bezeichnet; für den Benutzer der Datenbank wird dieselbe zum Informationssystem.

Zielsetzung

Die Zielsetzung ist auf den Aufbau eines integrierten Landesinformationssystems gerichtet. Dieses Landesinformationssystem umfaßt zum einen einen Grunddatenkatalog aus dem Bereich der amtlichen Statistik. Gemeint sind hier allgemeine Grunddaten, die für jede Planung und Entscheidung unerlässlich sind, zum Beispiel Arbeitsplätze, Industriebeschäftigte, Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, Schulen, Schüler, Lehrer etc. Zum anderen umschließt das Landesinformationssystem den Bereich der Ressortstatistiken. Durch Einbezie-



hung dieser Daten wird eine einheitliche Aufbereitung garantiert und, soweit die Daten keinen Geheimhaltungsbestimmungen unterliegen, eine allgemeine Verfügbarkeit sichergestellt.

Mit dieser erweiterten Zielsetzung, alle benötigten Daten in einem einzigen Informationssystem bereitzuhalten, geht das Bestreben der Landesregierung über den Rahmen der unter dem Begriff Statistische Datenbank im engeren Sinne verstandenen Konzeption hinaus.

Forderungen an das Landesinformationssystem

Das Landesinformationssystem soll im einzelnen folgende Forderungen erfüllen:

- kurzfristiger Abruf aller Einzeldaten
- Unbeschränkte Kombinierbarkeit, und zwar
 - sachlich nach Merkmalen (z. B. Fläche und Einwohner zur Feststellung der Bevölkerungsdichte)
 - räumlich nach Gemeinden (interregionaler Vergleich)
 - zeitlich (Aufzeigen von Entwicklungstendenzen)
- Durchführung von Rechenoperationen (Grundrechenarten)
- Prognosen und Extrapolationen, Trendberechnungen
- Korrelations-, Regressions- und Faktorenanalysen
- Aufbau einer Pendlerdatei
- Datenausdruck nach vorgegebenen Tabellenschemata
- Darstellung der Daten in ihrer geographischen Verteilung auf das Land in thematischen Landkarten
- Fortschreibung der Daten auf den jeweils neuesten Gebietsstand
- Ausweis der Daten für beliebige Gebietskombinationen z. B. für
 - geplante oder vollzogene Maßnahmen der Verwaltungsreform (Verbandsgemeinden, Gemeinden)
 - Aktionsprogramme des Landes
 - landesplanerische Aufgaben (Mittelbereiche, Regionen)
 - agrarstrukturelle Planungen (Naturräume)
 - Erholungsgebiete
 - Wassereinzugsgebiete
- Sonderauswertungen der Wahlergebnisse
- Sicherstellung des Datenaustauschs zwischen dem Landesinformationssystem und den Verwaltungsinformationssystemen (Einwohnerdatenbank, Straßendatenbank, Grundstücksdatenbank etc.).

Die sukzessive Realisierung der Forderungen erfolgt arbeitsteilig durch den Beirat Landesinformationssystem und eine Projektgruppe im Statistischen Landesamt.

Der Beirat Landesinformationssystem (Vertreter der Landtagsverwaltung, der Staatskanzlei,

der Ministerien und der kommunalen Spitzenverbände) als Entscheidungsgremium hat folgende Aufgaben im Rahmen des Aufbaues der Datenbank wahrzunehmen: Abstimmung des Datenkataloges, Festlegung der Abruf- und Verarbeitungsprogramme sowie der Prioritäten.

Die Projektgruppe im Statistischen Landesamt erarbeitet Entwürfe für Abruf- und Verarbeitungsprogramme, erstellt und führt die verschiedenen Benutzerkataloge, organisiert die Datenbeschaffung, entwickelt die Programmkonzepte und nimmt die Programmierung wahr.

Organisation und Arbeitsablauf des LIS

Die Dateneingabe geschieht zunächst in Ausbaustufe I ausschließlich über das Statistische Landesamt. Die Datensammlung rekrutiert sich aus Erhebungen und Auswertungen der amtlichen Statistik und aus Ressortstatistiken. Im Zuge des Aufbaues der Datenbank sollen auch andere Datenquellen durch Datenträgerübermittlung oder unmittelbare Dateneingabe (Datenfernübertragung) genutzt werden.

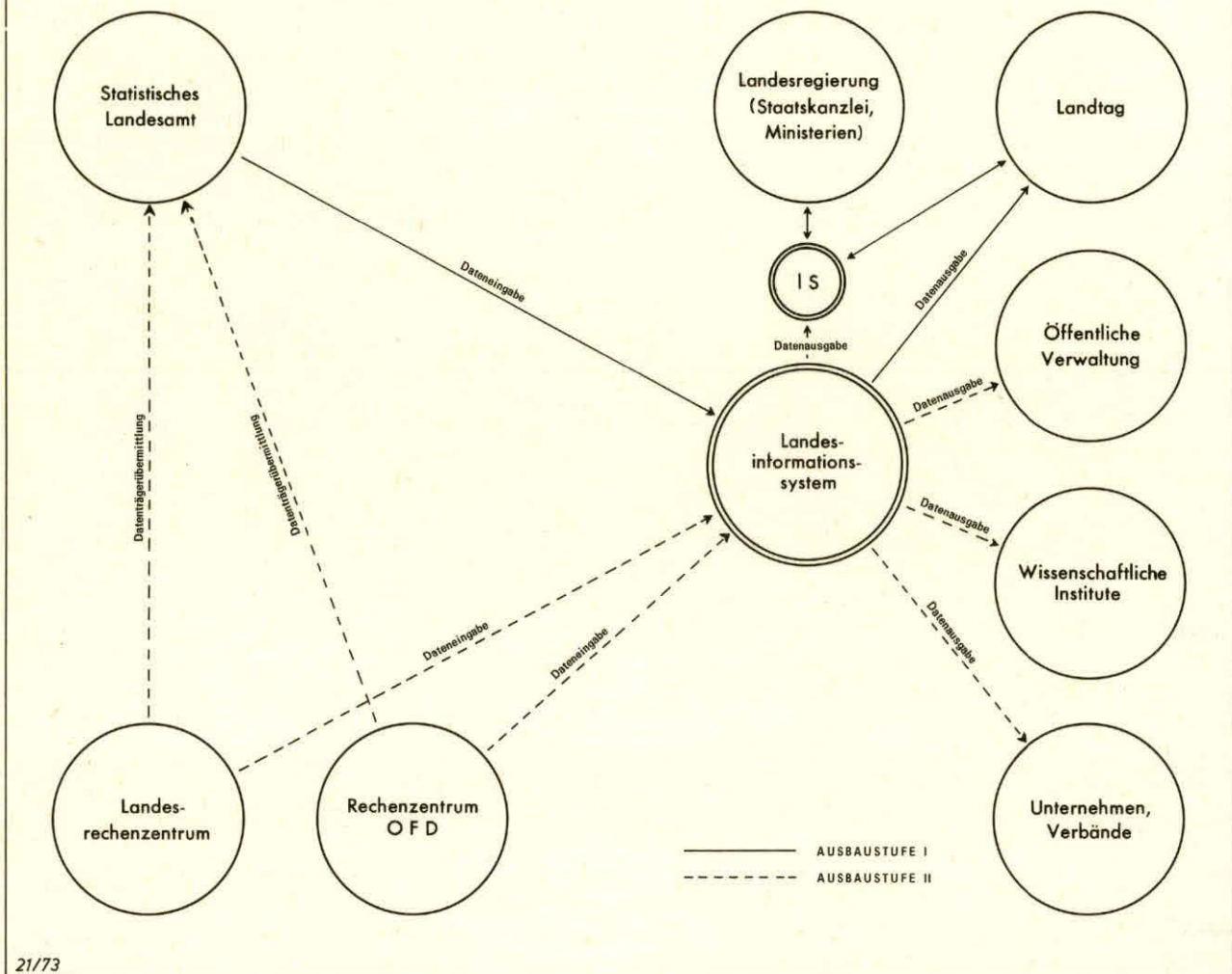
Generell können also die Daten auf drei verschiedenen Wegen beschafft werden:

Erstens wären die im Zuge der Tagesarbeit der Ressorts und der ihnen nachgeordneten Behörden ständig anfallenden neuen Daten (Ressortstatistiken) aufzunehmen. Jede von den Ministerien durchgeführte Maßnahme, so vorrangig Planungen, Investitionen, Strukturveränderungen, führt zu Daten, auf denen weitere Entscheidungen aufbauen sollten, und die eine bessere Erfolgskontrolle ermöglichen könnten.

Zweitens kann auf Unterlagen des Statistischen Landesamtes, die auf Datenträgern und in Arbeits- und Veröffentlichungstabellen vorliegen, zurückgegriffen werden. Abgesehen davon, daß in einzelnen Fällen die Daten aus Urmaterial, Arbeits- und Veröffentlichungstabellen entnommen und somit noch abgelocht werden müssen, entspricht der Aufbau der vorhandenen Lochkarten und die Satzform der Magnetbänder, weil an fachstatistischer Fragestellung orientiert, nicht der für die Einspeicherung in die Datenbank notwendigen und zweckmäßigen Konstruktion. Die hierdurch bedingte Transformation der Daten führt zu teilweise komplizierten Aufnahmeprogrammen, die, verbunden mit unverzichtbaren Plausibilitäts- und Signierkontrollen, die Datenspeicherung - trotz vorhandenen Materials - zeitaufwendig machen. Für LIS wurde ein umfangreiches Datenerfassungssystem entwickelt, das über 40 Programme umfaßt.

Drittens können Unterlagen anderer Verwaltungen dem Landesinformationssystem zugeführt werden. Dies insbesondere soweit, als Verwaltungsaufgaben automatisiert sind und damit ein Datenträgeraustausch oder der Aufbau eines Verbundsystems ansteht. So werden beispielsweise durch die Automation des Einwohnermeldewesens Daten für die Bevölkerungsstatistiken, durch die maschinelle Veranlagung verschiedener Steuern solche für

Organisation des Landesinformationssystems



21/73

Steuerstatistiken, durch Überleitung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf EDV die Unterlagen für Haushaltsansatz- und Haushaltsrechnungssstatistik, durch maschinelle Berechnung und Bescheidschreibung des Wohngeldes die Datenträger für die Wohngeldstatistik gewonnen.

Die Datenspeicherung erfolgt zunächst in Magnetbändern, wobei die Daten auf Plausibilität geprüft, gesichert und in eine endgültige Satzform gebracht werden. Eine Auswahl häufig und/oder sofort benötigter Daten wurde auf Plattenspeicher übertragen, um im direkten Zugriff verfügbar zu sein.

Die Datenausgabe geschieht über die LIS-Informationsstelle, eine Außenstelle des Statistischen Landesamtes in Mainz, die mit Bildschirm und Drucker zum Abruf von Daten aus Bad Ems ausgerüstet ist. Für die Benutzung der LIS-Informationsstelle wollen Landtag und Landesregierung eine gemeinsame Benutzerordnung schaffen. Für den Auskunftsdienst des Statistischen Landesamtes selbst ist die Datenausgabe über Terminal und nach Zwischenspeicherung auf Magnetplatte und Magnetband über einen Off-line-Drucker möglich.

Ausbaustufen

Die Vielzahl der an LIS gestellten Anforderungen kann nur schrittweise erfüllt werden. Der Aufbau vollzieht sich daher in verschiedenen Ausbaustufen.

Ausbaustufe I ist in 3 Entwicklungsphasen unterteilt. Die Phasen 1 und 2 sind inzwischen realisiert.

Die Zielsetzung der Phase 1, die im Mai 1972 abgeschlossen wurde, war auf den Aufbau einer Banddatenbank gerichtet. Diese sollte mit relativ einfachen Mitteln erlauben, die im Zuge der Datenerfassung für LIS bereits erfaßten und auf Magnetband gespeicherten Merkmale des Grunddatenkataloges zu nutzen. Die Phase 1 ist in einer Dokumentation „Landesinformationssystem, Teil I: Banddatenbank“ detailliert beschrieben.

Das Spezifische der nun abgeschlossenen Phase 2 ist die Aufnahme der Datenfernverarbeitung. Die Voraussetzungen dafür wurden mit der Installation einer neuen Anlage IBM 370/145 mit 384 K Speicherstellen im Oktober 1972 geschaffen. Die Daten sind auf Magnetplattenspeicher im Statisti-

schen Landesamt gespeichert und können von der LIS-Informationsstelle in Mainz direkt abgerufen werden.

Mit der technischen Umrüstung bringt die Phase 2 auch ein verbessertes Leistungsangebot. So wurde der Datenbestand vergrößert, die bestehenden Abruf- und Verarbeitungsprogramme verbessert und weitere Abruf- und Verarbeitungsprogramme, so zum Beispiel ein Rechenprogramm, mit einbezogen. Ferner sind die Daten nun, außer in der Verwaltungsgliederung, auch entsprechend den Erfordernissen der Landesplanung nach Regionen, Mittelbereichen und Nahbereichen direkt abrufbar.

Das Hauptgewicht der Phase 3 - terminiert bis Ende 1975 - wird auf der Entwicklung von Auswertungsprogrammen liegen. In enger Zusammenarbeit mit dem Beirat Landesinformationssystem, den zuständigen Fachreferenten und deren Mitarbeitern in Landtag und Landesregierung sollen die drei Arbeitsfelder

Auswertungsprogramme in tabellarischer Form
Analytische und prognostische Programme
Programme für politische Planungen

in Angriff genommen werden. Darüber hinaus wird die Übernahme von Ressortstatistiken verstärkt fortgesetzt. Schließlich erfahren der Benutzerkreis und die Anzahl der Terminalanschlüsse eine Erweiterung.

Ziel der Ausbaustufe II soll die Schaffung eines Verbundsystems sein zwischen dem Landesinforma-

tionssystem einerseits und den Verwaltungsinformationssystemen für Personen, Straßen, Öffentliche Finanzen, Gebäude und Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Unternehmen, Landwirtschaftliche Betriebe, Behörden andererseits. Der zwischenzeitlich im Zuge der Verwaltungsautomation vorgenommene oder geplante Aufbau von Fachdatenbanken (Einwohner-, Straßen-, Grundstücks-, Finanzdatenbank) ist als gute Ausgangsbasis für ein solches Verbundsystem anzusehen. Weitere Fachdatenbanken zum Beispiel für Unternehmen, Betriebe, wären beim Statistischen Landesamt zu errichten, da die zugehörigen Datenbestände nur primär-statistisch erfaßt werden.

Datenangebot

Nach der Bankdatenbank als Ziel der Phase 1 der Projektentwicklung ist nun mit Abschluß der Phase 2 die Datenfernverarbeitung eröffnet. Diese Phase wird im folgenden näher dargestellt. Die auswertbaren Datenbestände sind ein Grunddaten-katalog, eine Pendler-Datei und Ressortstatistiken.

Der Grunddaten-katalog für LIS umfaßt zur Zeit Daten zu etwa 8 000 Merkmalen aus den unterschiedlichsten Bereichen, über Verkehr, Bevölkerung, Wohnungen, Schulen, Finanzen, Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft, Gesundheitswesen usw., Daten, wie sie zu jeder Planung und Entscheidung benötigt werden. Zu diesen Merkmalen sind, soweit vorhanden und sachlich vergleichbar, auch die Landesergebnisse der Bundesländer und

Charakteristika der Ausbaustufen

	Ausbaustufe I			Ausbaustufe II
	Phase 1	Phase 2	Phase 3	
Gespeicherte Merkmale	1 000	7 000	rd. 14 000	rd. 20 000
Abrufprogramme	1	2	rd. 8	rd. 20
Verarbeitungsprogramme	1	3	rd. 50	rd. 200
Form der Datenspeicherung	Band	Band Platte	Band Platte	Band Platte
Terminalanschlüsse	keine	2	x ¹⁾	x ¹⁾
Dateneingabe	Zentrale Dateneingabe	Zentrale Dateneingabe Datenträgerübermittlung		Zentrale Dateneingabe Datenträger- übermittlung Direkte Dateneingabe

1) Die geplante Erweiterung des Terminalnetzes ist zahlenmäßig noch nicht exakt bestimmbar.

das Bundesergebnis gespeichert. Die bereitgehaltenen Merkmale sind einem Benutzerhandbuch zu entnehmen.

Kernstück der Benutzerhandbuches ist das Systematische Merkmalverzeichnis, in dem die abzurufenden Tatbestände in ihrer sachlichen Gliederung aufgeführt sind. Die Merkmale werden in diesem Verzeichnis nach folgenden Sachgebieten unterteilt dargeboten:

- A Gebiet und Bevölkerung
- B Bevölkerungsbewegung
- C Gesundheitswesen
- D Bildung und Kultur
- E Rechtspflege
- F Wahlen
- G Erwerbstätigkeit
- H Land- und Forstwirtschaft
- I Unternehmen und Arbeitsstätten
- K Industrie und Handwerk
- L Gebäude und Wohnungen
- M Handel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr
- N Verkehr
- O Geld und Kredit, Versicherungen
- P Öffentliche Sozialleistungen
- Q Finanzen und Steuern
- R Preise, Löhne, Gehälter
- S Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

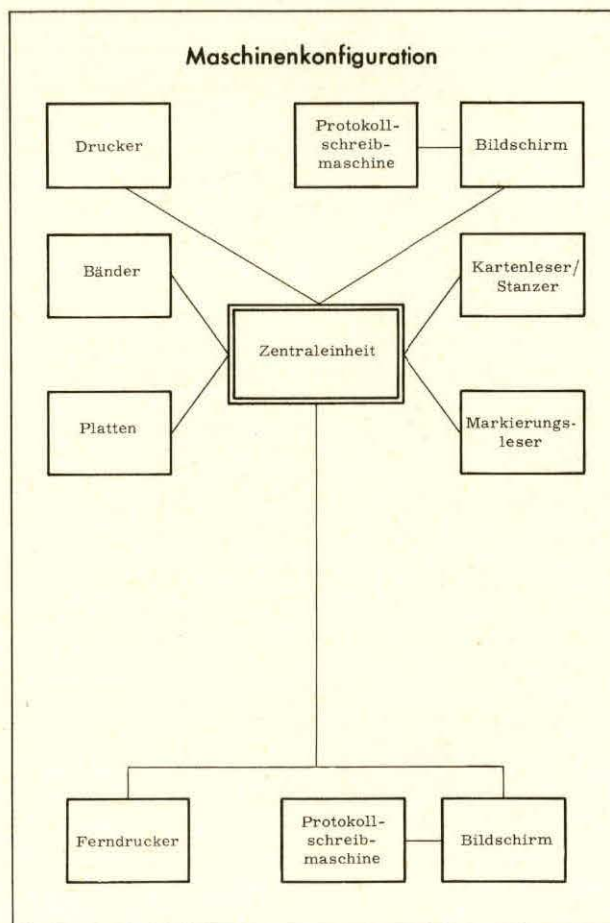
Zu jedem Merkmal ist eine Schlüsselzahl, der Merkmalschlüssel, angegeben.

Zur Klärung von Fragen zum Begriffsinhalt der gespeicherten Merkmale wurde als weiteres Verzeichnis ein Definitionskatalog geschaffen. Er ist in der Form eines Lexikons aufgebaut und enthält alphabetisch geordnete Stichworte und Verweise zu allen wichtigen Merkmalen.

Zum leichteren Auffinden der Merkmale steht daneben ein alphabetisches Stichwortverzeichnis bereit, das Suchbegriffe und Synonyme der vorhandenen Merkmale enthält und auf die Fundstelle im Systematischen Merkmalverzeichnis verweist.

Der für LIS gewählte Merkmalschlüssel hat in der Regel acht Stellen. Er setzt sich aus einer sechststelligen Merkmalnummer und der Zeitkomponente zusammen. Die Zeitkomponente ist bei Merkmalen, die nur einmal im Jahr erhoben werden, zweistellig und beinhaltet die letzten beiden Ziffern der Jahreszahl. Bei mehrmals im Jahr erhobenen Merkmalen erweitert sich die Zeitkomponente um zwei Stellen.

Der Merkmalschlüssel ist die eine von zwei Angaben, mit denen eine gewünschte Zahl spezifiziert wird. Die zweite benötigte Angabe ist der Gebietschlüssel. Der Gebietschlüssel für Verwaltungsbezirke kann bis acht Stellen lang sein, je nachdem ob eine Landes-, Regierungsbezirks-, Kreis-, Verbandsgemeinde- oder Gemeindegemeinde abgerufen wird. Dies ergibt sich aus dem hierarchischen Aufbau des Gebietschlüssels, der allgemein die Form A BB CC DDD hat. Die Einzelelemente haben folgende Bedeutung:



- 1 = Regierungsbezirk Koblenz
- 141 = Kreisfreie Stadt oder Landkreis (Rhein-Lahn-Kreis)
- 14101 = Verbandsgemeinde (Bad Ems)
- 14101006 = Gemeinde (Bad Ems)

Der Schlüssel für die landesplanerischen Räume ist bis zu fünf Stellen lang, je nachdem, ob Regions-, Mittelbereichs- oder Nahbereichssummen abgerufen werden. Auch dieser Schlüssel ist hierarchisch aufgebaut und hat die allgemeine Form A BB CC mit folgender Bedeutung:

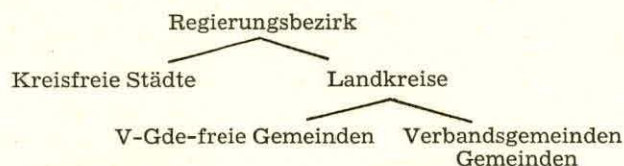
- 7 = Region (Westpfalz)
- 771 = Mittelbereich (Kusel)
- 77104 = Nahbereich (Lauterecken)

Zur Auswahl der benötigten Gebietsschlüssel enthält das Benutzerhandbuch mehrere Gebietsverzeichnisse.

Im alphabetischen Gebietsverzeichnis sind - jeweils getrennt für jede Verwaltungsebene - Regierungsbezirke, Kreise, Verbandsgemeinden und Gemeinden alphabetisch geordnet.

Im Systematischen Gebietsverzeichnis ist die Verwaltungshierarchie vom Regierungsbezirk bis hin zur Gemeinde und die Hierarchie der landesplanerischen Gebiete von der Region bis zum Nahbereich

in der hier für Verwaltungsbezirke schematisch dargestellten Form aufgeführt:



Auswertungsmöglichkeiten

Die im LIS realisierten Auswertungsmöglichkeiten umfassen ein Spektrum, das vom einfachen Datenabruf über Angabe von Bedingungen, rechnerische Veränderung der Daten und Darstellung in thematischen Landkarten bis hin zur Ausgabe in Tabellenform reicht.

Einzelabruf von Daten

Mit dem Einzelabruf können aus dem Datenbestand Daten für alle Kombinationen von Merkmalen und Gebieten abgerufen werden, das heißt

- ein Merkmal für ein Gebiet (Industriebeschäftigte in der Stadt Ludwigshafen)
- ein Merkmal für mehrere Gebiete (Handwerksbetriebe in den Landkreisen Kusel, Kaiserslautern und Pirmasens)
- mehrere Merkmale für ein Gebiet (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Realsteuer-Istaufkommen, Schlüsselzuweisungen und Schuldenstand der Gemeinde Bad Ems)
- mehrere Merkmale für mehrere Gebiete (Zahl der Schüler in Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen und Gymnasien in den Regionen Westpfalz und Westeifel).

Auf Wunsch wird eine Endsumme mit ausgegeben oder auch nur die Endsumme gedruckt.

Dieser Abruf dient ganz besonders zur Schnellinformation über gezielt angeforderte Einzeldaten, deren Zusammenstellung aus den verschiedenen Veröffentlichungen und, bei älteren Daten, Umrechnung auf den neuesten Gebietstand früher sehr viel Zeitaufwand bedeutete.

Sammelabruf von Daten

Der Sammelabruf ermöglicht, die Daten eines oder mehrerer Merkmale für alle Gebiete einer in der Hierarchie höheren Stufe (alle Gemeinden eines Landkreises, alle Kreise eines Regierungsbezirks usw.) abzurufen, zum Beispiel die Zahl der verheirateten weiblichen Erwerbstätigen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen des Regierungsbezirks Koblenz. Die Gesamtsumme wird automatisch mitgeliefert. Auf Wunsch wird nur die Endsumme über den Bildschirm ausgegeben. Dieser Abruf verschafft einen schnellen vergleichenden Überblick über die Struktur der Teilräume eines Gebietes.

An den Sammelabruf sind einige Bedingungen, die eine Auswahl der für den Untersuchungszweck wesentlichen Daten aus dem Datenmaterial ermöglichen, anknüpfbar. Abgefragt werden können die Bedingungen kleiner, größer, gleich, und zwar als einfache, doppelte und/oder an ein Zusatzmerkmal geknüpfte Bedingung.

Mit der einfachen Bedingung können alle Daten zu einem Merkmal ausgewählt werden, die größer, kleiner oder gleich einem bestimmten Wert sind, zum Beispiel die Verkehrstoten in allen Gemeinden des Landes mit mehr als 20 Verkehrstoten.

Mit der doppelten Bedingung ist es zusätzlich möglich, den Spielraum, in dem die Daten liegen sollen, nach zwei Seiten zu begrenzen, zum Beispiel alle Einwohner in Gemeinden des Landes mit mehr als 10 000 und weniger als 15 000 Einwohnern.

Bildschirmeingabe

► VBABR NAME:MUSTERABRUF ,	:	,	01
GEWUENSCHTE MERKMALE:90000171/1171/1771/2071			02
			03
BETREFFENDE EINZELNE GEBIETE:14101006			04
			05
UND/ODER ALLE GDEN: ,VGDN: ,KREISE: ,REG.BEZ: ,LAENDER: DES GEBIETES:			06
BEDINGUNG(EN),DIE DATEN SOLLN AUSGEGEBEN WERDEN, WENN FUER DAS(DIE)			07
MERKMAL(E):			08
DIE SUMME GL: ,GR: ,KL: IST:	UND: /ODER:		09
DIE SUMME GL: ,GR: ,KL: IST:	.		10
AUSGEGEBEN WERDEN SOLL;MIT ENDSUMME: ,OHNE ENDSUMME: ,NUR DIE ENDSUMME: .			11
DIE BEDINGUNGEN WERDEN NUR IN VERBINDUNG MIT DER ZEILE 6 BEACHTET:			12

Ausgabe (über Bildschirm)

BAD EMS

M E R K M A L K U R Z T E X T

REALSTEUER-ISTAUFKOMMEN

71

GEB.STAND

06/72

DATEN

1.648.389

EINHEIT

DM

GEMEINDEANTEIL A.D.EINKOMMENSTEUER

71

06/72

1.204.938

DM

SCHLUESSELZUWEISUNG,GEMEINDEN

71

06/72

453.541

DM

SCHULDENSTAND AM 31.12.,GDEN.

71

06/72

10.754,0

1 000 DM

Durch mehrfache Anwendung dieses Abrufs können Größenklassen gebildet werden.

Die einfache bzw. doppelte Bedingung kann auch an die Daten eines anderen oder mehrerer anderer Merkmale geknüpft werden. Fragestellungen wie

Zahl der Industriebeschäftigten in allen Gemeinden des Landes mit mehr als 20 000 Einwohnern sind damit zu beantworten.

Einfache Rechenoperationen

Mit den Programmen zur Ausführung von Rechenoperationen über Bildschirm und Drucker wird dem LIS-Benutzer die Möglichkeit gegeben, das originäre Zahlenmaterial seinen Erfordernissen entsprechend rechnerisch auszuwerten und damit aussagekräftiger zu machen. Als Rechenschritte können die vier Grundrechnungsarten angewendet werden, womit bereits alle Arten von Verhältniszahlen (Meßzahlen, Gliederungszahlen, Beziehungszahlen) berechnet werden können.

Da im Dialog-Verkehr mit dem Computer gearbeitet wird, lassen sich auch auf den Grundrechnungsarten basierende kleinere Analysen durchführen, indem Ergebnisse eines ersten Rechenschritts im zweiten Gang als Eingabewerte benutzt werden.

Bei der Anwendung der Rechenprogramme sind drei einfache Grundformen der Eingabe zu unterscheiden, nämlich

- (1) Durchrechnen einer Formel, in der Merkmale und Direktwerte enthalten sein können, für mehrere Einzelgebiete (Ausgabe über Bildschirm) oder für alle Einzelgebiete einer in der Hierarchie höheren Ebene (Ausgabe über Drucker)
- (2) Anwendung einer Formel, die Gebiete und Direktwerte enthalten kann, auf mehrer Merkmale und schließlich
- (3) Angabe einer Rechenformel, die Merkmale und Gebiete und/oder Direktwerte enthalten kann.

Mit der ersten Variante können mehrere Merkmale verknüpft werden, um Kennzahlen für ein oder mehrere Gebiete zu erhalten, zum Beispiel Schuldenstand je Einwohner, Bevölkerungsdichte, Schüler je Lehrer, Beschäftigte je 1 000 Einwohner und vieles mehr.

Die zweite Eingabeform ist anzuwenden, wenn für ein oder mehrere Merkmale Aussagen über deren Bedeutung als Teilgebiet gefunden werden sollen, zum Beispiel der Anteil der Industriebeschäftigten in Ludwigshafen bezogen auf das Land.

Mit der dritten Eingabeart schließlich können in der Rechenformel die Einzeldaten durch die Angabe von Merkmal und Gebiet selbst angesprochen und rechnerisch verändert werden, zum Beispiel die Differenz zwischen der Beschäftigtendichte des Landes und des Rhein-Lahn-Kreises zur Ermittlung der Abweichung vom Landesdurchschnitt.

Ausgabe (über Drucker)

BEVÖLKERUNGSDICHTE
IN DEN KREISFREIEN STÄDTEN UND LANDKREISEN
AM 30.6.1972

HÄUFIGKEITSVERTEILUNG

4 KREISE
4 KREISE
4 KREISE
4 KREISE
4 KREISE
4 KREISE
4 KREISE
4 KREISE
5 KREISE

ZEICHENERKLÄRUNG

92,41
109,51
140,01
140,01
140,01
140,01
204,01
257,01
535,51
927,01 UND MEHR

ANFRAGE AN DAS LANDESINFORMATIONSSYSTEM																												
Anfrager (Anschrift): Abrufart 1 c): mehrere Merkmale - ein Gebiet Anfrage: Realsteuer-Istaufkommen, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Schlüsselzuweisungen und Schuldenstand der Gemeinde Bad. Ems. Tel.-Nr.: _____ Hausapp.: _____ Datum der Anfrage: _____		Antwort (bitte ankreuzen) wird abgeholt <input type="checkbox"/> wird erwünscht per Telefon <input type="checkbox"/> Telex <input type="checkbox"/> Post <input type="checkbox"/>																										
Wird vom Statistischen Landesamt ausgefüllt Eingangsdatum: _____ Hauptsachgebiet: _____ Hausapp.: _____ Abrufart: <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> L Geheime Daten: <input type="checkbox"/>		DATENABRUF Kurzbezeichnung der Anfrage: _____																										
1. Gewünschte Merkmale <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">1. 9 0 0 0 0 1 7 1</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">2. 9 0 0 0 1 1 7 1</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">3. 9 0 0 0 1 7 7 1</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">4. 9 0 0 0 2 0 7 1</td> </tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> </table>		1. 9 0 0 0 0 1 7 1	2. 9 0 0 0 1 1 7 1	3. 9 0 0 0 1 7 7 1	4. 9 0 0 0 2 0 7 1																	<ul style="list-style-type: none"> ► Die Schlüsselnummern sind dem Systematischen Merkmalverzeichnis (gelbes Papier) im Benutzerhandbuch zu entnehmen. ► Schlüsselnummern der gewünschten Merkmale zeilenweise in die vorgesehenen Felder eintragen. ► Bei aufeinanderfolgenden Merkmalen (Merkmalkolonnen) genügt die Angabe von ... bis ... wobei von und bis anstelle einer Schlüsselnummer in ein Feld geschrieben werden. ► Bei mehr als 20 Merkmalen Folgeblatt anheften. 						
1. 9 0 0 0 0 1 7 1	2. 9 0 0 0 1 1 7 1	3. 9 0 0 0 1 7 7 1	4. 9 0 0 0 2 0 7 1																									
2. Gewünschte Gebiete <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">1. 1 4 1 0 1 0 0 6</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">2.</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">3.</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">4.</td> <td style="width: 25%; border: 1px solid black; padding: 2px;">5.</td> </tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> <tr><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td><td style="border: 1px solid black; height: 20px;"></td></tr> </table> <div style="margin-top: 5px;"> und/oder für alle Gemeinden <input type="checkbox"/> Verbandsgemeinden <input type="checkbox"/> Kreise <input type="checkbox"/> Reg.-Bez. <input type="checkbox"/> Länder <input type="checkbox"/> des Gebietes: _____ alle Gemeinden <input type="checkbox"/> Nahbereiche <input type="checkbox"/> Mittelbereiche <input type="checkbox"/> Regionen <input type="checkbox"/> des Gebietes: _____ Herkunftsräume / Zielgebiete (nur bei Pendlerabrufen) über die Landesgrenze <input type="checkbox"/> Kreisgrenze <input type="checkbox"/> Verb. Gem. Grenze <input type="checkbox"/> von (nach) überall <input type="checkbox"/> </div>		1. 1 4 1 0 1 0 0 6	2.	3.	4.	5.																					<ul style="list-style-type: none"> ► Die Schlüsselnummern sind den Gebietsverzeichnissen (grünes und lachsfarbenes Papier) im Benutzerhandbuch zu entnehmen. ► Schlüsselnummern der gewünschten Gebiete zeilenweise in die vorgesehenen Felder eintragen. ► Bei Pendlerabrufen für Herkunftsräume H, für Zielgebiete Z, für landesplanerische Gebiete L der Schlüsselnummer voranstellen. ► Das Gewünschte in den Kästchen ankreuzen und im vorgesehenen Raum die 1- bis 5-stellige Gebietsschlüsselziffer eintragen. ► Jede sinnvolle Kombination von Angaben kann je Zeile gewählt werden. 	
1. 1 4 1 0 1 0 0 6	2.	3.	4.	5.																								
3. Bedingungen Die Daten sollen nur ausgegeben werden, wenn für das (die) Merkmal(e) _____ die Summe größer <input type="checkbox"/> kleiner <input type="checkbox"/> ist als: _____ und <input type="checkbox"/> / oder <input type="checkbox"/> größer <input type="checkbox"/> kleiner <input type="checkbox"/> ist als: _____ bzw. (nur bei Pendlerabrufen) der Pendlerstrom größer <input type="checkbox"/> kleiner <input type="checkbox"/> ist als: _____		<ul style="list-style-type: none"> ► Zutreffende Merkmalschlüssel eintragen. ► Schwellenwerte für die Bedingung auf den punktierten Linien eintragen und zutreffende Kästchen ankreuzen. 																										
4. Summenbildung Für die aufgeführten Gebiete: ohne Endsumme <input type="checkbox"/> mit Endsumme <input type="checkbox"/> nur die Endsumme <input type="checkbox"/>		<ul style="list-style-type: none"> ► Das Gewünschte ankreuzen. 																										

RECHENOPERATIONEN																		
1. Gewünschter Rechenvorgang	Verbale Beschreibung, Formel (nur Grundrechenarten): _____		Aus den abgerufenen Merkmalen können Maßzahlen etc. ermittelt werden wie z.B. Bevölkerungsdichte, Staatsausgaben je Kopf der Bevölkerung.															
LANDKARTENABRUF																		
1. Gewünschter Kartentyp	<input type="checkbox"/> Karte für kreisfreie Städte u. Landkreise <input type="checkbox"/> Karte für Mittelbereiche		Zutreffendes ankreuzen															
2. Gewünschtes Merkmal	Schlüssel-Nr. _____ Verbale Beschreibung, Formel (nur Grundrechenarten): _____		Verbale Beschreibung nur nötig, wenn Tatbestand nicht als Merkmal erfasst; z.B. Bevölkerungsdichte, Gegebenenfalls Berechnungsart angeben; im Beispiel wäre dies Einwohner: Fläche.															
3. Gewünschte Überschrift	_____ _____ _____																	
4. Schwellenwerte zur Größenklassenbildung	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">Größenklassen sollen vom Statistischen Landesamt festgelegt werden. <input type="checkbox"/></td> <td style="width: 10%;">Schwellenwerte:</td> <td style="width: 15%;">1. _____</td> <td style="width: 15%;">4. _____</td> <td style="width: 15%;">7. _____</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>2. _____</td> <td>5. _____</td> <td>8. _____</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>3. _____</td> <td>6. _____</td> <td>9. _____</td> </tr> </table>			Größenklassen sollen vom Statistischen Landesamt festgelegt werden. <input type="checkbox"/>	Schwellenwerte:	1. _____	4. _____	7. _____			2. _____	5. _____	8. _____			3. _____	6. _____	9. _____
Größenklassen sollen vom Statistischen Landesamt festgelegt werden. <input type="checkbox"/>	Schwellenwerte:	1. _____	4. _____	7. _____														
		2. _____	5. _____	8. _____														
		3. _____	6. _____	9. _____														
FORMLOSE ANFRAGEN UND BEMERKUNGEN																		

Abruf von Landkarten

Mit dem Landkartenabruf erhält der Benutzer des Landesinformationssystems die Möglichkeit, sich einen schnellen Überblick über die regionale Verteilung eines Tatbestandes zu verschaffen und Schwerpunkte zu erkennen, ohne jeden Einzelwert betrachten zu müssen. Der Landkartenabruf ist für die kreisfreien Städte und Landkreise und für die landesplanerischen Mittelbereiche möglich.

Darzustellende Tatbestände können alle in der Datenbank gespeicherten Merkmale sein (zum Beispiel Zahl der Ausländer in den kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes) sowie alle mit den Grundrechenarten berechenbaren abgeleiteten Merkmale (zum Beispiel Wanderungssaldo der Mittelbereiche des Landes).

Die Landkartenüberschrift kann der Benutzer selbst wählen. Auch die Grenzwerte der Größenklassen (bis zu 9 Größenklassen sind möglich) können frei bestimmt werden. Sofern erwünscht, wird diese Aufgabe auch vom Programm übernommen.

Die Druckzeichenauswahl für die Darstellung der Größenklassen und die Erstellung der Legende der Landkarte erfolgen immer per Programm.

Tabellenerstellung

Das Spektrum der über Datenfernverarbeitung möglichen Auswertungen im LIS wird abgerundet durch ein variables Tabellenprogramm, entwickelt und freundlicher Weise überlassen vom Bayerischen Statistischen Landesamt, das von der LIS-Projektgruppe für Datenfernverarbeitung einsetzbar gemacht wurde.

Mit dem Tabellenabruf wird dem Benutzer die Möglichkeit geboten, wie gewohnt, aber schneller

als bisher, auch Tabellen mit den gewünschten Angaben für seine Untersuchungen zur Verfügung zu haben. Das variable Tabellenprogramm erlaubt die Ausgabe aller im LIS gespeicherten Merkmale in Tabellen des folgenden Typs:

- (1) Im Tabellenkopf können beliebige in der Datenbank gespeicherte Merkmale und über die vier Grundrechenarten zu errechnende Größen stehen.
- (2) Die Vorspalte muß Gebiete enthalten, und zwar hierarchisch aufgebaut entweder die gesamte Hierarchie der Verwaltungsgliederung (Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise, Regierungsbezirke, Land) bzw. in der landesplanerischen Gliederung (Gemeinden, Nahbereiche, Mittelbereiche, Regionen, Land) oder Teile davon, zum Beispiel Mittelbereiche, Regionen und Land.

Anfrageformular

Für die Anfragen an LIS wurde ein besonderes Anfrageformular entwickelt, in das die gewünschten Merkmale und Gebiete als Schlüsselzahlen einzutragen sind. Die Verwendung dieses Formulars dient der schnelleren Bewältigung der Anfragen und garantiert eine kurzfristige Bereitstellung der angeforderten Daten. Das Formular ist einfach zu handhaben. Kurze Hinweise zu seiner Ausfüllung auf der rechten Seite des Blattes leisten weitere Hilfe. Neben dem Raum für die Adresse des Anfragers und die gewünschte Art der Beförderung der Antwort enthält das Formblatt Abschnitte für Datenabrufe, Rechenoperationen und Landkartenabrufe.

K.-D. Dietrich und K. Maxeiner

Winzergenossenschaften und Erzeugergemeinschaften 1973

In Rheinland-Pfalz erfolgte im Jahre 1868 in Mayschoß an der Ahr die Gründung der ersten Winzergenossenschaft Deutschlands. Die damals in diesem Anbaugbiet vom Existenzkampf besonders hart bedrohten kleineren Winzerbetriebe sahen nur noch in gemeinschaftlichem Ausbau und Absatz ihres Weines eine reelle Überlebenschance. Die hieraus resultierenden Vorteile beim Bezug und Einsatz der Produktionsmittel, bei der Schaffung von Einrichtungen zur Sicherung des Absatzes sowie bei der Preisgestaltung führten in der Folgezeit bis auf den heutigen Tag zu zahlreichen Genossenschaftsgründungen. Selbstverständlich ist heute der Grund für einen genossenschaftlichen Zusammenschluß nicht mehr in der schlechten wirtschaftlichen Lage der Winzer zu suchen. Vielmehr sieht man in den vielen kleinen Winzerbetrieben einmal die Möglichkeit einer verbesserten Marktstellung, was sich besonders in Jahren mit hohen Ernten und entsprechend geringeren Mostpreisen beim Handel weitgehend bestätigt. Zum anderen lassen sich hohe Kosten für die Rationalisierung sowie für die Kellerwirtschaft und den Vertrieb einsparen. Letzteres ist vor allem für die zunehmende Zahl der Nebenerwerbswinzer ein entscheidendes Argument. Nach

Inkrafttreten des Marktstrukturgesetzes im Jahre 1969 und der dazu ergangenen Durchführungsverordnungen sind zahlreiche Winzergenossenschaften in Erzeugergemeinschaften für Traubenmost oder Wein umgewandelt worden, ohne daß dadurch eine Änderung in ihren Aufgaben eingetreten ist. Eine Neugründung von Erzeugergemeinschaften erfolgte nur in geringem Umfang. Bis zum Mai 1973 erlangten in Rheinland-Pfalz insgesamt 47 Erzeugergemeinschaften für Traubenmost oder Wein ihre Anerkennung durch das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz.

Fast ein Fünftel der Mosternte an die Genossenschaften

Nach einer im Rahmen der Weinbauerhebung durchgeführten Befragung bestanden Anfang 1973 in Rheinland-Pfalz 200 Winzergenossenschaften und Erzeugergemeinschaften. Davon verfügten jedoch nur 120 über eine eigene Kellerwirtschaft. Bei den übrigen handelte es sich größtenteils um sogenannte trockene Genossenschaften, bei denen Weinausbau und -absatz durch eine Zentralkellerei erfolgen. Mit 21 300 waren 43% der 49 000 Weinbaubetriebe Mitglied bei Genossenschaften oder Erzeugerge-

Regierungsbezirk Land	Ins- gesamt	Genossen bzw. Mit- glieder	Einge- brachte Rebfläche	Anteil an der gesamten Rebfläche im Ertrag	Ange- lieferte Most- menge	Mit eigener Keller- wirtschaft	Annahmekapazität an Lesegut pro Tag			Faß- und Tankraum
							unter 300 dt	300 - 1 500 dt	1 500 und mehr dt	
							Anzahl	Anzahl	Anzahl	
		Anzahl	ha	%	hl		Anzahl	Anzahl	Anzahl	hl
Koblenz	52	3 883	2 851	35,9	113 500	30	18	9	3	170 679
Trier	69	4 630	2 452	28,1	139 809	25	16	8	2	241 258
Rheinhausen-Pfalz	79	12 755	8 616	22,2	770 723	65	19	31	14	1 477 665
Rheinland-Pfalz	200	21 268	13 919	25,1	1 024 032	120	53	48	19	1 889 602

meinschaften. Da es sich hierbei größtenteils um kleinere Betriebe handelte, erreichte die genossenschaftlich erfaßte Rebfläche nur einen Anteil von 25%. Die durchschnittliche Mitgliederzahl lag bei 106, wobei die Genossenschaften in den Anbaugebieten Pfalz und Rheinhausen mit 161 Mitgliedern mehr als doppelt so groß sind wie im nördlichen Landesteil (70). Dies kommt auch in den Angaben über die tägliche Annahmekapazität an Lesegut zum Ausdruck. Während in Rheinhausen-Pfalz knapp 50% der genossenschaftlichen Kellereien über eine Tageskapazität von 300 bis 1 500 dt und weitere 20% über mehr als 1 500 dt verfügten, konnte in den Bezirken Koblenz und Trier mehr als die Hälfte nur weniger als 300 dt Lesegut pro Tag aufnehmen. Rund 1,02 Mill. hl, das entspricht 19% der gesamten Mosternte des Landes, wurden 1972 bei den Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften angeliefert. Zu über 85% handelte es sich dabei um Most für Qualitätsweine. Bis auf einen geringen Anteil von knapp 10%, der im Herbst als Most an den Handel ging, wurde diese Menge zur Weinbereitung eingelagert.

Im Verlauf der vergangenen 15 Jahre ging die Zahl der Genossenschaften im Zuge einer Konzentration zu leistungsfähigeren Einrichtungen trotz zahlreicher Neugründungen ständig zurück. Der Mitgliederbestand je Genossenschaft, der 1957 erst 78 betrug, erhöhte sich gleichzeitig um beinahe die Hälfte. Der genossenschaftlich erfaßte Teil der Weinmosternte stieg um fast ein Viertel. Absolut gesehen ist die angelieferte Mostmenge heute jedoch viermal so groß. Im Vergleich zu 1957, wo erst bei 30% der damaligen Betriebe eine Mitgliedschaft vorlag, sind derzeit ein Drittel mehr Betriebe genossenschaftlich organisiert.

Viermal soviel Faß- und Tankraum wie 1957

Die vorhandene Lagerkapazität gibt deutlichen Aufschluß über die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften. Sie erreichte 1973 rund 1,9 Mill. hl, womit rund ein Drittel einer durchschnittlichen Mosternte in den genossenschaftlichen Kellereien untergebracht werden könnte. Hinzu kommt noch eine Lagermöglichkeit für 30 Mill. 1/1-Flaschen. Damit konnte das Fassungsvermögen der Lager- und Gärbehälter seit 1957 nahezu vervierfacht werden. Mit dieser Aufstockung ist gleichzeitig eine Veränderung in der Zusammensetzung des Behälterbestandes vor sich gegangen, deren Ursachen vor allem in den verfeinerten und hochtechnisierten kellerwirt-

schaftlichen Verfahren zu suchen sind. Holzfässer, die 1957 noch über die Hälfte des Lagerraumes ausmachten, waren Anfang 1973 mit 164 000 hl nur noch zu knapp 10% beteiligt. Sie fanden jedoch noch in nahezu allen Betrieben Verwendung. Eine beachtliche Zunahme dagegen erfuhren die Metall- und Hochdrucktanks, deren Fassungsvermögen um mehr als das Zwanzigfache auf 790 000 hl ausgeweitet wurde. Sie sind mit insgesamt 686 000 hl (36%) bzw. 104 000 hl (6%) in gut jeder zweiten Kellerei anzutreffen. In drei Viertel der Betriebe standen Betonbehälter, auf die 44% des gesamten Faß- und Tankraumes entfielen. Auch die Kunststofftanks, die 1957 noch weitgehend unbekannt waren, hatten mit 111 500 hl (6%) in der Hälfte der Betriebe bereits einen beachtlichen Anteil am genossenschaftlichen Lagerraum. An modernen kellerwirtschaftlichen Einrichtungen sollen hier die Abfüllanlagen, die Kühlanlagen sowie die Plattenerhitzer erwähnt werden. Bei dem später noch aufzuzeigenden umfangreichen Flaschenweinabsatz kommt vor allem den Abfüllanlagen eine große Bedeutung zu. Sie kamen in knapp der Hälfte der genossenschaftlichen Kellereien zum Einsatz. Überwiegend handelte es sich dabei um halbautomatische Anlagen (32), die insgesamt eine maximale Stundenleistung von 38 000 l erreichen können. Die Leistung der 28 vollautomatischen Anlagen, über die 23 Betriebe verfügten, war mit 76 000 l pro Stunde doppelt so hoch. Kühlanlagen (21), in erster Linie zur Verlangsamung der Gärungsvorgänge und zur Weinsteinstabilisierung eingesetzt, fanden sich in 17 Betrieben und hier vorwiegend in den größeren Genossenschaften im südlichen Landesteil. Noch seltener waren Plattenerhitzer. Nur 13 Betriebe, nahezu alle in Rheinhausen und der Pfalz, bedienten sich bei der Rotweinbereitung sowie bei der Gärbeschleunigung solcher Vorrichtungen.

Flaschenwein überwiegt

Ein Blick auf die Absatzstruktur der Genossenschaften läßt erkennen, daß ein Viertel ihrer Weine im Faß, die restlichen drei Viertel über die Flasche vermarktet werden. Lediglich im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer ergibt sich ein etwas höherer Faßweinanteil. Von der Flaschenweinerzeugung aus dem Jahrgang 1972 sollte nach den Angaben zu Anfang 1973 fast ein Drittel (39%) an den Lebensmittelhandel gehen. Hierbei dürfte es sich überwiegend um Handelsketten, Kaufhäuser und Supermärkte handeln, denen die Genossenschaften mit

Regierungsbezirk Land	Faßwein	Flaschenwein	Vom Flaschenwein gingen an				
			Weinhandel und Wein- kommission	sonstigen Handel	Gastwirt- schaften	Endverbraucher	
						Versand	Selbstabholer
			%				
Koblenz	9,4	90,4	4,0	47,5	22,9	15,7	9,9
Trier	49,2	50,5	31,7	46,5	9,9	1,9	10,0
Rheinessen-Pfalz	24,0	75,5	18,1	36,8	17,2	16,4	11,5
Rheinland-Pfalz	25,8	73,8	17,4	39,3	17,3	14,9	11,1

ihren großen und einheitlichen Angeboten als leistungsfähige Partner gegenüberstehen. Weinfachhandel und Weinkommissionäre sowie Gastwirtschaften waren mit jeweils gut 17% der Menge am Absatz beteiligt. Der Direktverkauf an den Verbraucher verlangt im Gegensatz zum Weg an Handel

und Gastwirtschaften einen höheren Aufwand, weshalb nur 26% der Flaschenweine auf diese Weise abgesetzt werden, knapp zwei Drittel davon im Versandverfahren, der Rest über Selbstabholer.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1973

Im Frühjahr günstige Wachstumsbedingungen

Nachdem bereits zwei Winter nur geringe Niederschläge gebracht hatten, wies auch der Winter 1972/73 ein erhebliches Niederschlagsdefizit auf. Lediglich in der zweiten Februarhälfte sowie während einer spätwinterlichen Witterung im April kam es zu einigen Schneefällen, die wenigstens die oberen Bodenschichten für das erste Wachstum im Frühjahr mit ausreichender Feuchtigkeit versorgten. Die allgemeine Vegetation setzte zwar erst Ende der zweiten Aprildekade verstärkt ein, sie verlief dann aber zunächst sehr zügig. Nach erneuten Niederschlägen Ende Mai und Anfang Juni baute sich ein umfangreiches Hochdruckgebiet auf, das mit nur kurzen Unterbrechungen in der zweiten Junihälfte bis Mitte Juli den Witterungscharakter gestaltete. Bereits Mitte Juni, als die Temperaturen verbreitet auf Werte über 30° C anstiegen, machte sich in verschiedenen Gebieten eine zunehmende Trockenheit bemerkbar, die bei anhaltend sommerlicher Witterung Anfang Juli noch deutlichere Formen annahm. Um die Mitte des Monats Juli wurden

der Hochdruckeinfluß und die Hitzewelle durch Tiefdrucktätigkeit allmählich beendet. Verschiedentlich fielen auch einige Niederschläge, so daß das Wachstum der Kulturpflanzen erneut einsetzen konnte. Vor allem in der vierten Juliwoche herrschte unter dem Einfluß von Luftströmungen aus Nordwest eine für die Jahreszeit sehr kühle Witterung. Ende des Monats baute sich jedoch vom Westatlantik her ein umfangreiches Hochdruckgebiet auf, das Anfang August zunächst heiteres und sommerliches Wetter mit einzelnen Gewitterstörungen brachte.

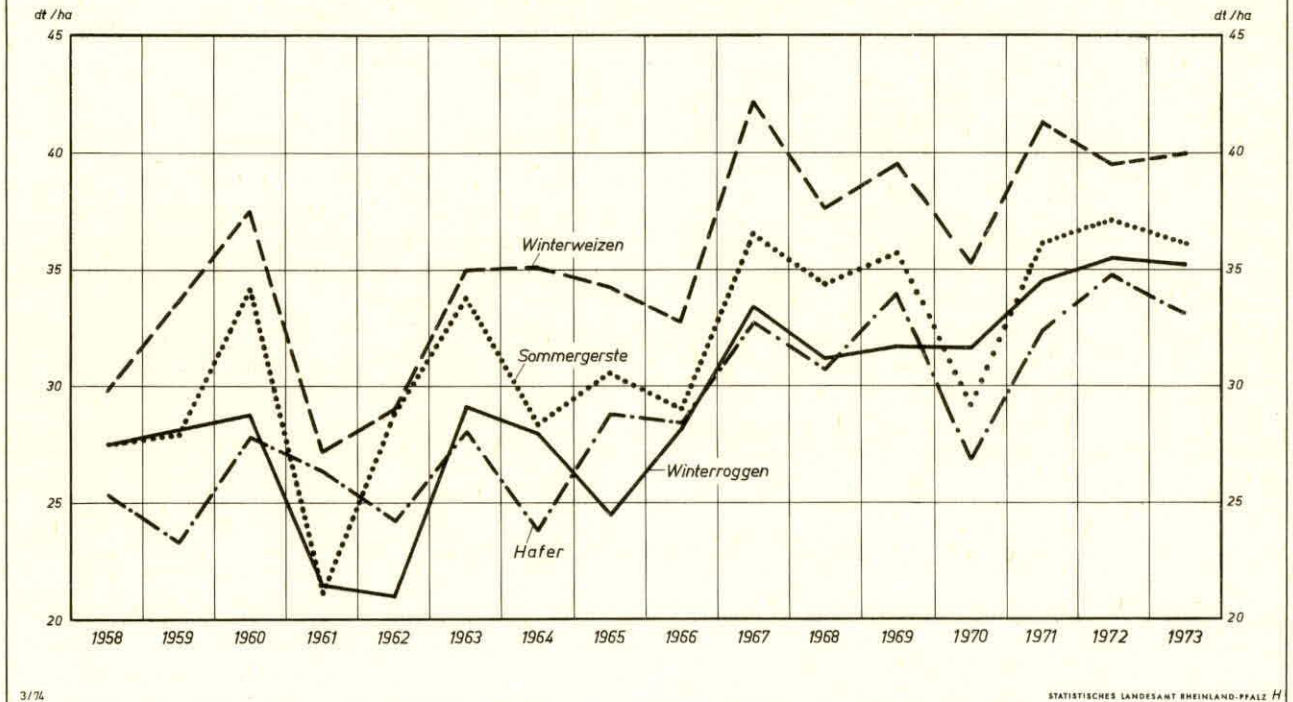
Ende der ersten Augustdekade setzte unter verstärktem Hochdruckeinfluß und teilweise subtropischer Luftströmungen zum zweiten Mal eine mehrere Wochen anhaltende Hitzeperiode ein. Besonders Mitte August und während der ersten Septemberdekade lagen die Tageshöchsttemperaturen in der Regel deutlich über 30° C. Auf leichten Böden sowie in den Höhengebieten waren zu dieser Zeit Merkmale einer akuten Trockenheit erkennbar, die sich auch in zahlreichen Gemeinden durch Schwierigkeiten der Trinkwasserversorgung zeigte.

Witterung 1967/72 (Sechsjahresdurchschnitt), 1972 und 1973

Monat	Niederschlagsmenge			Tage mit mindestens 1 mm Niederschlag			Durchschnitts- temperatur			Sonnenschein			Bewölkung		
	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973
	mm			Anzahl			°C			Stunden			Note 1)		
Januar	55	29	28	11	9	7	0,6	- 0,7	0,7	36	43	42	7,7	6,3	6,6
Februar	58	21	60	11	5	11	1,6	3,4	1,2	58	46	79	7,0	6,4	6,1
März	53	48	13	10	8	4	4,0	6,1	4,6	116	169	143	6,2	3,8	4,9
April	55	58	57	11	13	11	8,1	7,8	6,1	163	122	127	5,6	5,6	5,8
Mai	78	98	63	12	14	12	12,6	11,3	13,2	167	134	205	6,2	6,0	5,2
Juni	77	77	30	11	11	5	15,2	14,1	17,2	184	175	238	6,1	5,3	4,5
Juli	64	62	62	9	10	11	17,6	18,0	17,7	226	180	182	5,4	5,3	5,4
August	96	72	35	11	12	7	16,7	15,9	19,3	185	168	249	5,8	5,4	3,8
September	59	48	41	8	5	7	13,2	11,1	15,4	156	152	180	5,4	4,7	4,3
Oktober	47	22	87	8	6	10	9,9	7,7	8,2	117	173	117	6,0	3,8	5,0
November	73	95	72	11	11	10	4,6	4,5	4,0	50	45	62	7,2	6,5	6,0
Dezember	41	12	.	8	3	.	0,5	1,3	.	37	66	.	7,5	5,4	.

Durchschnitte errechnet nach den Messungen des Wetteramtes Trier in den Stationen Neustadt a.d. Weinstr., Bad Kreuznach, Trier-Stadt, Deuselbach, Koblenz, Bad Marienberg und Manderscheid. - 1) Gemessen in Zehntel der Himmelsfläche.

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten 1958 - 1973



3/74

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Mitte September leiteten dann westliche und zeitweise auch nordwestliche Luftströmungen eine lebhaftere Tiefdrucktätigkeit ein, die zunächst bis etwa Ende Oktober anhielt und auch verschiedentlich bemerkenswerte Niederschläge brachte. Lediglich während der ersten Oktoberwoche herrschte unter dem Einfluß eines nordost-europäischen Hochs vorübergehend heiteres und warmes Herbstwetter. In der vierten Oktoberwoche traten verbreitet die ersten Nachfröste und in den Kammlagen der Mittelgebirge auch leichte Schneefälle auf.

Nachdem in der ersten Novemberhälfte verhältnismäßig mildes Wetter geherrscht hatte, gelangte nach mehreren Sturmweatherlagen zu Beginn der dritten Monatsdekade Kaltluft polaren Ursprungs in das Gebiet von Rheinland-Pfalz und bewirkte ein deutliches Abfallen der Temperaturen. Ende November traten vor allem in höheren Lagen erhebliche Schneefälle auf. Das allgemeine Wachstum kam zu diesem Zeitpunkt endgültig zum Stillstand.

Zum Wetterablauf läßt sich abschließend feststellen, daß im Gegensatz zu 1972 die kühle Witterung im Frühjahr und die zunehmende Trockenheit ab Mitte Juni die Entwicklung bei einigen Kulturpflanzen deutlich beeinträchtigt haben. Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern wurde Rheinland-Pfalz von der Trockenheit stärker betroffen, weil vor allem in Nord- und Süddeutschland im Frühsommer noch erhebliche Niederschläge fielen, während unser Gebiet bereits im Juni ohne nennenswerte Regenfälle blieb.

Ausfälle bei Getreide

Wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren konnten alle vorgesehenen Anbauabsichten bei Ge-

treide verwirklicht werden. Infolge der im Oktober 1972 herrschenden Trockenheit lief das Getreide jedoch nur zögernd auf. Nachdem Anfang November einige Niederschläge gefallen waren, entwickelte es sich vor Anbruch der kalten Jahreszeit noch zufriedenstellend. Im Laufe des Winters traten durch Frosteinwirkungen nennenswerte Schäden nicht auf.

Die Aussaat des Sommergetreides erfolgte vorwiegend in der zweiten Märzhälfte unter größtenteils guten Voraussetzungen. Bei spätwinterlichen Temperaturen zeigte das Getreide allerdings bis Ende der zweiten Aprildekade nur geringe Fortschritte. Als dann eine erhebliche Erwärmung einsetzte, entwickelte sich das Getreide bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit zunächst gleichmäßig und lückenlos. Das günstige Wachstum setzte sich im Laufe des Monats Mai in den meisten Gebieten fort, so daß Ende Mai der ursprüngliche Rückstand weitgehend aufgeholt war und vor allem in den Kerngebieten des Ackerbaus - ähnlich wie zur gleichen Zeit des Vorjahres - außerordentlich gute und dichte Getreidebestände beobachtet werden konnten. Einige Niederschläge Ende Mai und Anfang Juni wirkten sich noch vorteilhaft auf das Schossen des Getreides aus. Lediglich in den Kammlagen der Mittelgebirge ließ der Wachstumsstand gebietsweise zu wünschen übrig. Da die sommerliche Witterung im Monat Juni unvermindert anhielt, nahm die Trockenheit ab Monatsmitte deutliche Formen an. Anfang der dritten Junidekade ließ sich in einigen Gebieten bei der Wintergerste bereits die beginnende Reife erkennen.

Bei noch steigenden Temperaturen setzte sich Ende Juni und Anfang Juli die Reifeentwicklung ver-

stärkt fort. Vor allem auf leichten und flachgründigen Böden traten Notreifeerscheinungen mit Ausbildung von Schmachtkorn auf. In Rheinhessen, der Vorderpfalz sowie in Tallagen des nördlichen Landesteiles waren Winter- und Sommergerste sowie Winterroggen und -weizen Anfang Juli teilweise reif. Zu dieser Zeit wurde auch stellenweise die erste Wintergerste geschnitten. Bei Sommergerste und Winterweizen setzten die Erntearbeiten in den klimatisch begünstigten Gebieten erst in den letzten Julitagen vorbereitet ein, nachdem die Wettervorhersagen hierfür wieder gegeben waren. Da die Reife hier Mitte Juli weitgehend abgeschlossen war, hat auch die kühle und regnerische Witterung ab Mitte Juli keinen nennenswerten Ertragszuwachs bewirkt. In den übrigen Gebieten wurde mit der Einbringung der Getreideernte Mitte August begonnen, die bei besten Voraussetzungen sehr zügig vorstatten ging. Auch in den Kammlagen der Mittelgebirge war die Ernte bis auf einzelne Reste Ende August gebohren.

Nach endgültigen Ermittlungen belief sich die Getreideernte ohne Körnermais in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,38 Mill. t. Bei einer um 0,1% eingeschränkten Anbaufläche wurde die Erntemenge des Jahres 1972 nur knapp unterschritten (— 2,6%), das Ergebnis im Sechsjahresdurchschnitt aber noch um 5,0% übertroffen. Für Getreide insgesamt errechnete sich ein durchschnittlicher Hektarertrag von 36,7 dt gegenüber 37,6 dt vor Jahresfrist und 35,5 dt im Mehrjahresdurchschnitt. Winterweizen erbrachte 40,0 dt, Sommergerste 36,1 dt, Winterroggen 35,2 dt und Hafer 33,1 dt je Hektar. Von der Gesamternte entfielen gut 630 000 t auf Brotgetreide und knapp 750 000 t auf Futtergetreide.

Damit ist die diesjährige Getreideernte höher als ursprünglich erwartet ausgefallen. Das relativ günstige Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch die Trockenheit im Juni und Anfang Juli vor allem auf leichten Böden durch Notreifeerscheinungen Mengenverluste eingetreten sind. Positiv wurde das Ergebnis insbesondere dadurch beeinflußt, daß infolge der trockenen Witterung bei der Einbringung der Ernte praktisch keine Verluste eingetreten sind.

Die Qualität des Brotgetreides kann im Hinblick auf die Verwendung zu Backzwecken auf Grund eines hohen Eiweißgehaltes und Sedimentationswertes als recht gut bezeichnet werden. Bei der Unterbringung der Sommergerste zu Brauzwecken traten wegen eines überhöhten Eiweißgehaltes gebietsweise einige Schwierigkeiten auf.

Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern ist die Getreideernte in Rheinland-Pfalz verhältnismäßig niedrig ausgefallen. Die Gesamtmenge des Bundesgebietes von 20,6 Mill. t (ohne Körnermais) lag um 4,7% über dem Ergebnis des Vorjahres und um 10% über der Menge im Mehrjahresdurchschnitt. Insbesondere infolge der Trockenheit im Juni, die in den übrigen Ländern nicht in dem Maße aufgetreten ist, lag der in Rheinland-Pfalz erzielte Hektarertrag am Ende der Länderskala.

Bei den Hülsenfrüchten blieben die Hektarleistungen deutlich unter denen der Vergleichsjahre. Speiseerbsen und -bohnen brachten insgesamt rund 360 t gegenüber 500 t im Vorjahr. Ackerbohnen lieferten rund 3 500 t, die damit infolge einer deutlichen Anbauerweiterung die Menge des Vorjahres etwas übertrafen.

Qualitativ gute Heuernte

Das eigentliche Wachstum der Futterpflanzen setzte erst Ende April mit einer Verspätung von etwa zwei Wochen ein. Bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und mäßig warmen Temperaturen verlief die Entwicklung bis Ende der dritten Maiwoche recht zügig. Zu diesem Zeitpunkt machte sich jedoch bei diesen besonders feuchtigkeitsliebenden Pflanzen bereits eine zunehmende Trockenheit bemerkbar, so daß sich ihr Wachstum verlangsamte. Trotzdem konnten Ende Mai in den meisten Gebieten durchschnittliche Futterbestände festgestellt werden. Bei anhaltend heiterer Witterung setzte der Rohfutterschnitt bereits Anfang Juni und damit deutlich zeitiger als in früheren Jahren ein. Begünstigt durch anhaltend sommerliche Witterung konnte die erste Rohfutterernte überwiegend bis Ende Juni eingebracht werden. Schwierigkeiten, wie sie vor allem in den beiden letzten Jahren durch Regenperioden im Juni zu verzeichnen waren, traten in diesem Jahre nicht auf. Das eingebrachte Futter wies daher eine ausgezeichnete Qualität auf.

Beim ersten Rohfutterschnitt beliefen sich die Hektarerträge auf 50,7 dt Heu je Hektar. Sie übertrafen damit das Vorjahresergebnis noch geringfügig und den Ertrag im Sechsjahresdurchschnitt deutlich. Wiesen und Mähweiden, die den größten Anteil der Futterfläche ausmachen, erbrachten 50,0 dt gegenüber 49,2 und 47,3 dt in den Vergleichsjahren. Der erste Rohfutterschnitt hat damit durchaus günstige Ergebnisse erbracht.

Nach den Erntearbeiten kam das Wachstum der Futterpflanzen jedoch infolge der zunehmenden Trockenheit und intensiven Sonneneinstrahlung in weiten Gebieten des Landes zum Stillstand. Vielerorts ließen sich auch deutliche Verbrennungserscheinungen erkennen. Erst in der zweiten Julihälfte, als einige Niederschläge gefallen waren, zeigte sich erneutes Wachstum. Anfang August waren die Futterflächen größtenteils wieder ergrünt, bis bei zunehmender Trockenheit Mitte August das Wachstum erneut zum Erliegen kam. Lediglich in feuchten Tallagen wiesen die Grünflächen einen zufriedenstellenden Stand auf. Bei heiterer Spätsommerwitterung konnte jedoch auch der zweite Rohfutterschnitt zügig und ohne Verluste eingebracht werden. Bei veränderlicher Witterung und einigen Niederschlägen setzte das Wachstum der Futterpflanzen in der zweiten Septemberhälfte wieder ein, so daß im Oktober und Anfang November noch eine lohnende Nutzung möglich war.

Die gesamte Rohfutterernte 1973 belief sich auf 1,37 Mill. t Heu und blieb damit um gut 200 000 t unter dem Ergebnis von 1972. Die Hektarerträge für alle Arten zusammen betrugen 56,0 dt gegenüber 63,5 im Vorjahr und 62,8 dt im mehrjähri-

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973
	1967/72			1967/72			1967/72		
	ha			dt			t		
Getreide	370 025	376 419	376 155	35,5	37,6	36,7	1 313 159	1 415 636	1 378 656
Brotgetreide	178 635	174 366	163 941	37,3	38,8	38,5	666 688	677 272	631 496
Weizen	130 571	132 628	128 943	38,9	39,9	39,4	508 530	528 655	508 674
Roggen	45 760	39 794	33 441	32,9	35,6	35,1	150 465	141 733	117 391
Wintermenggetreide	2 304	1 944	1 557	33,4	35,4	34,9	7 693	6 884	5 431
Futtergetreide	191 390	202 053	212 214	33,8	36,5	35,2	646 471	738 364	747 160
Gerste	99 829	112 514	123 986	35,5	37,9	36,7	353 910	425 881	455 612
Hafer	69 801	68 529	66 764	31,9	34,8	33,1	222 431	238 549	221 189
Sommermenggetreide	21 760	21 010	21 464	32,2	35,2	32,8	70 130	73 934	70 359
Körnermais	3 334	4 618	3 907	51,0	50,9	50,6	17 012	23 523	19 770
Kartoffeln	50 808	43 804	41 471	272,9	283,8	226,3	1 386 685	1 243 295	938 489
Frühkartoffeln	5 886	5 905	5 879	215,9	217,7	203,9	127 087	128 534	119 873
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	44 922	37 899	35 592	280,4	294,1	230,0	1 259 598	1 114 761	818 616
Rüben	53 816	51 736	49 696	729,4	713,8	639,6	3 925 497	3 693 137	3 178 415
Zuckerrüben	20 228	21 970	22 357	512,4	513,4	482,8	1 036 491	1 127 950	1 079 460
Runkelrüben	29 769	26 843	24 732	888,5	886,0	798,8	2 644 856	2 378 290	1 975 592
Kohlrüben	3 819	2 923	2 607	639,3	639,4	473,2	244 150	186 897	123 363
Hülsenfrüchte	1 067	1 191	1 399	31,1	32,0	27,2	3 312	3 810	3 810
Speiseerbsen und -bohnen	299	192	144	29,0	26,2	24,9	866	503	358
Ackerbohnen	768	999	1 255	31,9	33,1	27,5	2 446	3 307	3 452
Ölfrüchte	2 115	3 501	3 440	24,3	26,1	22,9	5 135	9 147	7 868
Winterraps	1 730	2 969	2 814	25,0	26,9	23,6	4 333	7 987	6 641
Sommerraps und Rübsen	385	532	626	20,8	21,8	19,6	802	1 160	1 227
Rauhfutter ¹⁾	247 274	249 295	244 793	62,8	63,5	56,0	1 553 178	1 582 231	1 370 472
Klee und Klee gras	15 912	13 023	12 798	75,7	70,1	62,8	120 381	91 231	80 415
Luzerne	11 608	8 691	7 444	82,5	77,0	69,2	95 790	66 891	51 492
Wiesen und Mähweiden	211 023	222 743	219 523	60,7	62,6	55,2	1 281 646	1 393 522	1 211 541
Ackerwiesen	8 731	4 838	4 808	63,4	63,2	56,2	55 361	30 587	27 024
Grünmais	4 721	7 321	8 139	431,6	420,8	405,6	203 755	308 100	330 122

1) Heuertrag.

gen Durchschnitt. Luzerne, deren Anbaufläche in den letzten Jahren ständig eingeschränkt wurde, erbrachte 69,2 dt, Klee und Klee gras 62,8, Ackerwiesen 56,2 sowie Wiesen und Mähweiden 55,2 dt. Die Trockenheit im Juni und im Spätsommer hat damit zu deutlichen Ertragsseinbußen geführt. Im Laufe des Winters dürfte es daher in einigen Gebieten zu gewissen Schwierigkeiten in der Versorgung durch wirtschaftseigenes Grundfutter kommen, die durch erhöhte Zukäufe ausgeglichen werden müssen.

Grünmais, dessen Anbaufläche erneut kräftig ausgedehnt wurde, brachte mit 330 000 t eine um 7,1% höhere Erntemenge als vor Jahresfrist. Die Flächenleistungen lagen jedoch auch hier deutlich unter den Vergleichswerten von 1972 und im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72.

Für Hackfrüchte zu trocken

Während Frühkartoffeln bereits Ende März ausgepflanzt werden konnten, erfolgte die Bestellung der übrigen Hackfrüchte erst Ende April und Anfang Mai. Bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und warmer Witterung entwickelten sie sich zunächst sehr vorteilhaft, so daß die ursprüngliche Verzögerung bis Ende Mai aufgeholt werden konnte. Die ansteigenden Temperaturen bewirkten jedoch eine schnelle Austrocknung der Ackerkrume und ab Mitte Juni einen weitgehenden Stillstand des Wachstums. Die Trockenheit verursachte im allgemeinen bei Kartoffeln und Runkelrüben größere Störungen als bei Zuckerrüben. Nach einer Wiederbelebung des

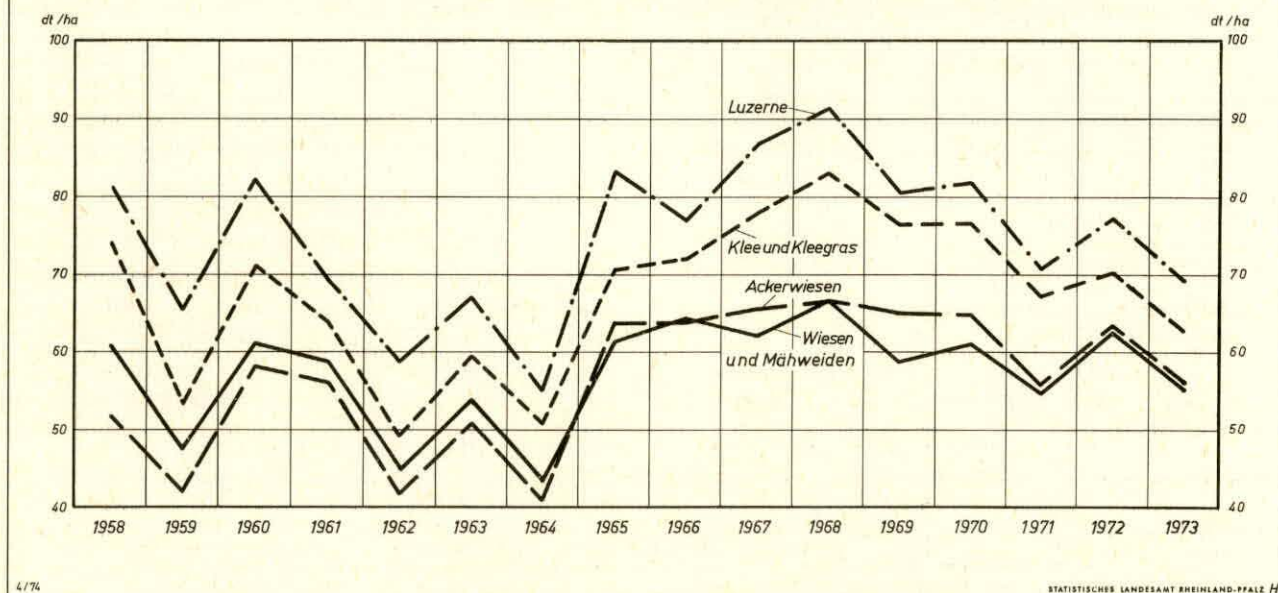
Wachstums in der zweiten Julihälfte wirkte sich die Trockenperiode von Anfang August bis Mitte September erneut negativ aus. Lediglich bei den Zuckerrüben war ab Mitte September bei einsetzenden Niederschlägen noch ein deutlicher Ertragszuwachs zu verzeichnen.

Die Kartoffelernte belief sich auf insgesamt 938 000 t und blieb damit bei einer Flächenreduzierung mit 5,3% um 305 000 t oder 25% unter dem Ergebnis des Vorjahres und um knapp 450 000 t unter dem mehrjährigen Durchschnitt 1967/72. Vom Gesamtaufkommen entfielen 120 000 t auf Frühkartoffeln und knapp 820 000 t auf mittelfrühe, mittelspäte und späte Sorten.

Infolge der langanhaltenden Trockenheit blieben die Hektarerträge deutlich unter denen in den Vergleichsjahren und fielen je nach Bodenqualität sehr unterschiedlich aus. Frühkartoffeln erbrachten im Landesdurchschnitt eine Hektarleistung von 203,9 dt gegenüber 217,7 dt und 215,9 dt und Spätkartoffeln 230,0 dt, die damit um 22% unter der des Vorjahres und um 18% unter der im mehrjährigen Durchschnitt lagen. Qualität und Menge wurden insbesondere noch durch einen außergewöhnlich hohen Anteil klein fallender Knollen beeinträchtigt.

Die Kartoffelernte des Bundesgebietes bezifferte sich auf 13,7 Mill. t und unterschritt die Menge des mehrjährigen Durchschnitts um 20%. Die für Rheinland-Pfalz ermittelten Hektarerträge blieben auch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, während in

Hektarerträge von Rauhfutter 1958 - 1973



den süd- und norddeutschen Bundesländern recht hohe Flächenleistungen erzielt wurden.

Zuckerrüben lieferten eine Gesamtmenge von 1,08 Mill. t gegenüber 1,13 Mill. t im Vorjahr. Der Ertragsausfall ist bei ausgedehnter Anbaufläche auf eine geringere Flächenleistung von 482,8 dt gegenüber 513,4 dt und 512,4 dt in den Vergleichsjahren zurückzuführen. Obwohl sich Zuckerrüben im Oktober und November noch in einigen Gebieten vorteilhaft entwickelten, lassen sich auch hier die Auswirkungen der Trockenheit deutlich erkennen. Erstmals seit Jahren lag die Flächenleistung der Zuckerrüben von Rheinland-Pfalz nicht an der Spitze

der Bundesländer. Sie wurde von den Ergebnissen in Baden-Württemberg und Bayern deutlich übertroffen, wo vor allem im Frühsommer günstigere Wachstumsbedingungen geherrscht hatten. Der Mengenausfall konnte durch den erhöhten Zuckergehalt der Rüben nur teilweise ausgeglichen werden.

Runkelrüben brachten 1,98 Mill. t und Kohlrüben gut 120 000 t. Beide Mengen blieben damit infolge geringer Hektarerträge und eingeschränkter Anbaufläche erheblich unter den Ernten von 1972.

Dr. J. Töniges

Quellen des Lebensunterhalts

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Bei der Volks- und Berufszählung 1970 wurde die gesamte Wohnbevölkerung nicht nur nach dem Erwerbskonzept, sondern daneben auch nach dem Unterhaltskonzept untergliedert. Während bei der Darstellung nach dem Erwerbskonzept zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterschieden und als Erwerbsperson jeder gezählt wird, der eine Erwerbstätigkeit ausübt ohne Rücksicht auf die Regelmäßigkeit und Dauer der Tätigkeit, geht das Unterhaltskonzept von den überwiegenden Quellen des Lebensunterhalts aus. Die Aufbereitung differenziert dabei zwischen den drei folgenden Gruppen, je nachdem ob der Lebensunterhalt überwiegend

- (1) aus Einkünften aufgrund einer Erwerbstätigkeit,
- (2) aus Renten, Pensionen, Vermögen (Mieten, Pachten, Zinsen), Sozialhilfe und anderen Unterstützungen oder
- (3) durch Angehörige

bestritten wird. Der ersten Gruppe wurden außerdem die Erwerbslosen zugerechnet, die von Arbeitslosengeld oder - im Falle einer längeren Arbeitslosigkeit - von Arbeitslosenhilfe leben, da sie ja nur zeitweise auf-

grund von Umständen, die sie selbst nicht zu vertreten haben, aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind und insofern nicht den Rentenbeziehern zugeordnet werden können.

Erwerbstätigkeit für 38% der Bevölkerung überwiegende Unterhaltsquelle

Betrachtet man zunächst die gesamte Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz, so ergibt sich, daß zum Zeitpunkt der Volkszählung 1970 für 38,0% eine Erwerbstätigkeit, für 16,2% Renten und dgl. und für 45,9% die Unterhaltsleistungen von Angehörigen die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts bildeten. Etwas vereinfacht gesehen heißt das, daß zwei Fünftel der Bevölkerung sich und die übrigen drei Fünftel ernährten. Diese Feststellung ist natürlich zum einen insofern nicht ganz korrekt, als ein Teil derjenigen, die überwiegend von einer Rente oder von Unterhaltsleistungen durch Angehörige lebten, daneben noch eigene Erwerbseinkünfte hatte. In welchem Umfang dies der Fall war,

wird im folgenden noch dargelegt werden. Hinzu kommt, daß derartige Aussagen streng genommen nur für ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, nicht aber für einen Teilraum wie Rheinland-Pfalz möglich sind; wird zum Beispiel eine bestimmte Region von Rentnern und Pensionären als Altersruhesitz nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsprozeß bevorzugt, so wird dadurch natürlich die Relation zwischen den überwiegend von eigenen Erwerbseinkünften lebenden Personen und der Gesamtbevölkerung ungünstig beeinflusst, ohne daß dies jedoch irgendwelche Auswirkungen auf die echte Belastung der Erwerbspersonen in dieser Region hätte.

Jungen werden länger von den Eltern unterhalten als Mädchen

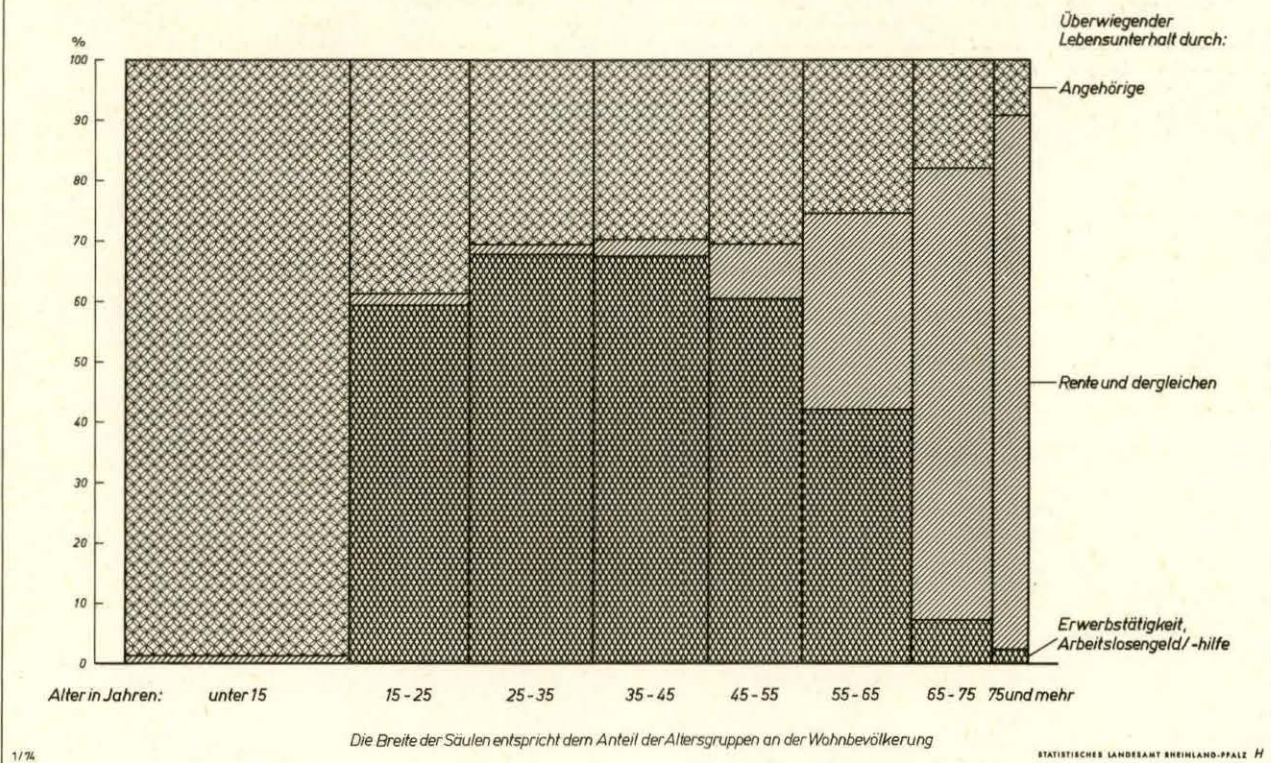
Da eine Erwerbstätigkeit in der Regel nur während eines bestimmten Lebensabschnitts ausgeübt

wird und die Voraussetzungen hierfür bei Männern und Frauen - jedenfalls soweit sie verheiratet sind und Kinder haben - sehr verschieden sind, muß jede eingehende Untersuchung über die Quellen des Lebensunterhalts in einer entsprechenden Differenzierung ansetzen. Für die ganz jungen Menschen sind die Ausgangsbedingungen - unabhängig von dem Geschlecht - noch etwa die gleichen: 98,9% der unter 15jährigen werden durch Angehörige, das heißt in der Masse der Fälle durch die Eltern, unterhalten; 1,1% beziehen - vermutlich als Waisen - eine eigene Rente. Aber schon bei den 15- bis 20-jährigen ist der Anteil der Jungen, für die die Eltern und andere Angehörige den Lebensunterhalt bestreiten, mit 53,0% größer als bei den Mädchen (49,2%), da die Jungen, wenn auch nur zu einem geringen Teil, eine bessere Ausbildung erhalten als

Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt, Geschlecht und Altersgruppen 1970

Altersgruppe	Insgesamt	Mit überwiegendem Lebensunterhalt durch					
		Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe		Rente und dgl.		Angehörige	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt							
unter 15 Jahren	897,3	-	-	9,7	1,1	887,6	98,9
15 - 20 "	270,4	127,6	47,2	4,5	1,7	138,3	51,1
20 - 25 "	210,7	157,1	74,6	4,5	2,1	49,1	23,3
25 - 30 "	224,3	153,9	68,6	3,8	1,7	66,6	29,7
30 - 35 "	279,2	187,5	67,2	4,5	1,6	87,2	31,2
35 - 40 "	230,9	156,8	67,9	5,0	2,2	69,2	30,0
40 - 45 "	240,0	160,9	67,0	7,8	3,3	71,4	29,8
45 - 50 "	232,5	144,9	62,3	15,0	6,5	72,7	31,3
50 - 55 "	149,1	85,0	57,0	20,3	13,6	43,7	29,3
55 - 60 "	220,3	109,4	49,7	51,0	23,2	60,0	27,2
60 - 65 "	219,4	75,1	34,2	90,0	41,0	54,3	24,7
65 - 70 "	190,6	16,9	8,9	136,3	71,5	37,4	19,6
70 - 75 "	134,4	6,2	4,6	107,2	79,8	21,1	15,7
75 und mehr "	146,2	3,2	2,2	129,4	88,5	13,6	9,3
Insgesamt	3 645,4	1 384,3	38,0	589,1	16,2	1 672,0	45,9
Männlich							
unter 15 Jahren	459,7	-	-	5,3	1,2	454,4	98,8
15 - 20 "	138,8	62,8	45,2	2,5	1,8	73,5	53,0
20 - 25 "	108,8	95,6	87,9	2,7	2,5	10,5	9,7
25 - 30 "	114,8	109,5	95,4	2,2	1,9	3,1	2,7
30 - 35 "	144,3	141,3	97,9	2,1	1,5	0,9	0,6
35 - 40 "	119,9	117,4	97,9	2,1	1,8	0,5	0,4
40 - 45 "	119,0	115,3	96,9	3,4	2,9	0,4	0,3
45 - 50 "	98,5	93,1	94,5	5,2	5,3	0,2	0,2
50 - 55 "	62,1	56,1	90,3	5,8	9,3	0,2	0,3
55 - 60 "	92,6	76,3	82,4	16,0	17,3	0,2	0,2
60 - 65 "	92,9	57,4	61,8	35,3	38,0	0,3	0,3
65 - 70 "	82,3	10,3	12,5	71,8	87,2	0,3	0,4
70 - 75 "	52,5	3,4	6,5	48,9	93,1	0,2	0,4
75 und mehr "	52,0	1,7	3,3	49,7	95,6	0,6	1,2
Zusammen	1 738,2	940,0	54,1	252,8	14,5	545,4	31,4
Weiblich							
unter 15 Jahren	437,6	-	-	4,4	1,0	433,1	99,0
15 - 20 "	131,6	64,8	49,2	2,0	1,5	64,8	49,2
20 - 25 "	101,9	61,5	60,4	1,8	1,8	38,6	37,9
25 - 30 "	109,5	44,4	40,5	1,6	1,5	63,5	58,0
30 - 35 "	135,0	46,2	34,2	2,4	1,8	86,3	63,9
35 - 40 "	111,0	39,4	35,5	2,9	2,6	68,7	61,9
40 - 45 "	121,0	45,6	37,7	4,4	3,6	71,0	58,7
45 - 50 "	134,0	51,8	38,7	9,8	7,3	72,4	54,0
50 - 55 "	87,0	28,9	33,2	14,5	16,7	43,6	50,1
55 - 60 "	127,8	33,0	25,8	35,0	27,4	59,7	46,7
60 - 65 "	126,5	17,8	14,1	54,7	43,2	54,0	42,7
65 - 70 "	108,3	6,6	6,1	64,6	59,6	37,1	34,3
70 - 75 "	82,0	2,8	3,4	58,3	71,1	20,9	25,5
75 und mehr "	94,2	1,5	1,6	79,7	84,6	13,0	13,8
Zusammen	1 907,2	444,3	23,3	336,2	17,6	1 126,7	59,1

Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt und Altersgruppen 1970



die Mädchen, wobei die Eltern sich wohl oft von dem Gedanken leiten lassen, daß die Jungen später Familien zu ernähren haben und insofern besser gestellt sein sollten als die Frauen. Bereits bei den 20- bis 25jährigen verschieben sich die Relationen jedoch beträchtlich, da viele junge Frauen in diesem Alter bereits verheiratet sind, ihren Beruf aufgegeben haben und von dem Einkommen ihres Ehemannes leben, während die Masse der jungen Männer in diesem Lebensabschnitt bereits ihre Erwerbstätigkeit aufgenommen hat. Der Anteil der 20- bis 25jährigen, der von Angehörigen unterhalten wird, ist daher bei den Frauen mit 37,9% erheblich höher als bei den Männern (9,7%). Bei den 25- bis 30jährigen Männern fällt er dann weiter auf 2,7%.

Frühinvalidität unter den Männern bereits bei den 40jährigen relevant

Die Altersspanne, in der nahezu alle Männer (97,9%) überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit leben, beschränkt sich auf das 30. bis 40. Lebensjahr. Bereits bei den 40- bis 45jährigen beginnt ihr Anteil langsam, aber stetig zu sinken bis auf 90,3% bei den 50- bis 55jährigen und danach noch einmal in zwei relativ abrupten Sprüngen bis auf 82,4% bei den 55- bis 60jährigen und 61,8% bei den 60- bis 65jährigen. Da die Betriebsinhaber und die freiberuflich Tätigen in ihrer Erwerbstätigkeit an keine Altersgrenze gebunden sind, macht der Anteil derjenigen, für die im Alter von 65 bis 70 Jahren die Erwerbseinkünfte die überwiegende Einkommensquelle bilden, noch 12,5% aus. Bei den über 75jährigen sind es dann noch 3,3%, wobei hier al-

lerdings gewisse Fehler bei der Erfassung nicht auszuschließen sind, da die Ergebnisse auf den eigenen Angaben der Befragten beruhen. Der Anteil der Rentenbezieher steigt in entsprechendem Maße, da die Erwerbseinkünfte und die Renteneinkommen für die Männer - wenn man einmal von den jungen Leuten absieht - als Unterhaltsquellen zwei miteinander korrespondierende Größen darstellen, denn der Anteil der Männer, die von Angehörigen unterhalten werden, bleibt bei fast allen Altersgruppen unter 0,5%.

Häufiger Wechsel der überwiegenden Unterhaltsquellen im Leben der Frauen

Für die Frauen ergibt sich ein sehr viel stärker differenziertes Bild. Der Anteil derjenigen, die überwiegend von einem eigenen Erwerbseinkommen leben, ist mit 60,4% am höchsten bei den 20- bis 25jährigen, da sich in diesem Lebensabschnitt nur noch eine kleine Minderheit in der Ausbildung befindet und die Mehrzahl der Frauen, die bereits verheiratet sind, zunächst noch weiterhin ihrem Beruf nachgeht. Er fällt dann bis auf 34,2% bei den 30- bis 35jährigen - ein Alter, in dem in sehr vielen Ehen kleine Kinder zu betreuen sind -, um dann wieder langsam bis auf 38,7% bei den 45- bis 50jährigen anzusteigen. Der dann folgende Rückgang ist - ähnlich wie bei den Männern - relativ stark, setzt jedoch in diesem Ausmaß noch eher an. Von den 55- bis 60jährigen Frauen bestreiten nur noch 25,8% ihren Lebensunterhalt aus eigenen Erwerbseinkünften, von den 60- bis 65jährigen lediglich 14,1%. Die Veränderungen dieser Relationen spiegeln sich wider in den Anteilssätzen für die Frauen,

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. nach der Beteiligung am Erwerbsleben,
Geschlecht und Altersgruppen 1970

Altersgruppe	Ins- gesamt	darunter Erwerbstätige		Männlich	darunter Erwerbstätige		Weiblich	darunter Erwerbstätige	
		1 000	%		1 000	%		1 000	%
unter 15 Jahren	9,7	-	-	5,3	-	-	4,4	-	-
15 - 20 "	4,5	1,4	31,1	2,5	1,0	40,0	2,0	0,3	15,0
20 - 25 "	4,5	0,4	8,9	2,7	0,2	7,4	1,8	0,1	5,6
25 - 30 "	3,8	0,4	10,5	2,2	0,2	9,1	1,6	0,1	6,3
30 - 35 "	4,5	0,6	13,3	2,1	0,4	19,0	2,4	0,3	12,5
35 - 40 "	5,0	0,7	14,0	2,1	0,3	14,3	2,9	0,3	10,3
40 - 45 "	7,8	1,2	15,4	3,4	0,6	17,6	4,4	0,6	13,6
45 - 50 "	15,0	2,2	14,7	5,2	0,9	17,3	9,8	1,3	13,3
50 - 55 "	20,3	2,5	12,3	5,8	0,9	15,5	14,5	1,6	11,0
55 - 60 "	51,0	5,4	10,6	16,0	2,1	13,1	35,0	3,4	9,7
60 - 65 "	90,0	7,3	8,1	35,3	3,4	9,6	54,7	3,9	7,1
65 - 70 "	136,3	12,7	9,3	71,8	8,9	12,4	64,6	3,8	5,9
70 - 75 "	107,2	7,0	6,5	48,9	4,7	9,6	58,3	2,4	4,1
75 und mehr "	129,4	4,2	3,2	49,7	2,6	5,2	79,7	1,6	2,0
Insgesamt	589,1	46,0	7,8	252,8	26,2	10,4	336,2	19,8	5,9

die überwiegend durch Angehörige - in der Mehrzahl der Fälle den Ehemann - unterhalten werden oder die überwiegend von einem eigenen Renteneinkommen leben. Der Anteil der Frauen, deren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Einkommen von Angehörigen bestritten wird, steigt zunächst bis auf 63,9% bei den 30- bis 35jährigen an. Danach fällt er kontinuierlich bis auf 42,7% bei den 60- bis 65jährigen und bis auf 13,8% bei den über 75jährigen. Dieser Rückgang ist bis zu der Altersgruppe der 45- bis 50jährigen durch einen Anstieg sowohl der Frauen, die überwiegend von ihren Erwerbseinkünften leben, als auch derjenigen mit überwiegendem Renteneinkommen bedingt. In den höheren Altersgruppen wird dann der starke Rückgang des Anteils der Frauen mit überwiegenden Erwerbseinkünften durch die Zunahme des Anteils derjenigen, bei denen die Einkünfte aus Renten und dgl. die überwiegende Unterhaltsquelle bilden, mehr als überkompensiert. Und zwar erhöht sich ihr Anteil von nur 1,8% bei den 30- bis 35jährigen bis auf 7,3% bei den 45- bis 50jährigen und 43,2% bei den 60- bis 65jährigen; bei den über 75jährigen erreicht er dann 84,6%. Für diesen Verlauf sind vor allem zwei Faktoren maßgebend: zum einen die frühe Witwenschaft der bisher durch ihre Ehemänner unterhaltenen Ehefrauen und zum anderen das vor-

zeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsprozeß von bisher berufstätigen Frauen.

Wegen des Altersunterschieds zwischen den Ehepartnern und der früheren Sterblichkeit der Männer liegt der Anteil der überwiegend von Renteneinkommen lebenden Frauen bis zur Altersgrenze von 65 Jahren über dem entsprechenden Prozentsatz für die Männer. Erst nachdem die Masse der Männer mit der Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand getreten ist, ergibt sich durch den sprunghaften Anstieg des Anteils der Männer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Renteneinkommen eine entsprechende Verschiebung dieser Relationen.

8% der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Renten sind erwerbstätig

Die Gliederung der Bevölkerung nach dem Unterhaltskonzept stellt darauf ab, aus welchen Einkommensquellen jeder einzelne überwiegend seinen Lebensunterhalt bestreitet. Kombiniert man die Aufbereitung nach dem Unterhaltskonzept mit der Aufbereitung nach dem Erwerbskonzept, so zeigt sich, wie viele Personen, die überwiegend von einem Renteneinkommen leben oder durch Angehörige unterhalten werden, daneben noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei den primär von Ren-

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach der Beteiligung am Erwerbsleben,
Geschlecht und Altersgruppen 1970

Altersgruppe	Ins- gesamt	darunter Erwerbstätige		Männlich	darunter Erwerbstätige		Weiblich	darunter Erwerbstätige	
		1 000	%		1 000	%		1 000	%
unter 15 Jahren	887,6	-	-	454,4	-	-	433,1	-	-
15 - 20 "	138,3	57,2	41,4	73,5	34,3	46,7	64,8	22,9	35,3
20 - 25 "	49,1	3,4	6,9	10,5	1,2	11,4	38,6	2,2	5,7
25 - 30 "	66,6	4,6	6,9	3,1	0,1	3,2	63,5	4,5	7,1
30 - 35 "	87,2	6,4	7,3	0,9	0,0	0,0	86,3	6,4	7,4
35 - 40 "	69,2	5,5	7,9	0,5	0,0	0,0	68,7	5,5	8,0
40 - 45 "	71,4	5,6	7,8	0,4	0,0	0,0	71,0	5,6	7,9
45 - 50 "	72,7	5,4	7,4	0,2	0,0	0,0	72,4	5,4	7,5
50 - 55 "	43,7	2,5	5,7	0,2	0,0	0,0	43,6	2,5	5,7
55 - 60 "	60,0	2,7	4,5	0,2	0,0	0,0	59,7	2,7	4,5
60 - 65 "	54,3	1,6	2,9	0,3	0,0	0,0	54,0	1,6	3,0
65 - 70 "	37,4	0,8	2,1	0,3	0,0	0,0	37,1	0,8	2,2
70 - 75 "	21,1	0,3	1,4	0,2	0,0	0,0	20,9	0,3	1,4
75 und mehr "	13,6	0,1	0,7	0,6	0,0	0,0	13,0	0,1	0,8
Insgesamt	1 672,0	96,2	5,8	545,4	35,8	6,6	1 126,7	60,4	5,4

**Wollen Sie den 26. Jahrgang
der Statistischen Monatshefte binden lassen?**

Wir liefern Ihnen auf Wunsch zum Selbstkostenpreis die passende Einbanddecke, wenn Sie uns diese Karte mit **Ihrer Adresse** zurückschicken.

Ich bestelle Einbanddecken für die Statistischen Monatshefte 26. Jahrgang zum Preis von DM 6,50.

Die fortlaufende Lieferung bis auf Widerruf ist erwünscht ja / nein

Datum

Stempel und Unterschrift

Bitte
mit 30 Pf
freimachen

Absender: _____

An das

**Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz**

— Veröffentlichungen —

5427 BAD EMS

Mainzer Straße 15/16

Altersgruppe	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet			
	Wohnbevölkerung	mit überwiegendem Lebensunterhalt durch			Wohnbevölkerung	mit überwiegendem Lebensunterhalt durch		
		Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe	Rente und dgl.	Angehörige		Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe	Rente und dgl.	Angehörige
1961 (Angaben in 1 000)								
unter 15 Jahren	820,7	10,3	5,4	805,0	12 184,8	116,4	101,0	11 967,3
15 - 20 "	208,4	128,6	3,0	76,7	3 682,2	2 143,1	54,2	1 484,9
20 - 25 "	275,7	216,7	3,1	55,9	4 758,0	3 796,1	70,1	891,8
25 - 30 "	231,7	162,9	2,9	65,9	3 893,8	2 813,6	55,8	1 024,5
30 - 35 "	239,7	162,7	3,7	73,3	3 882,4	2 687,8	61,8	1 132,8
35 - 40 "	235,5	150,9	7,5	77,1	3 802,5	2 486,1	113,6	1 202,8
40 - 45 "	171,7	106,3	11,8	53,5	2 916,6	1 857,8	175,2	883,6
45 - 50 "	214,7	128,6	24,9	61,2	3 667,9	2 259,9	371,0	1 037,1
50 - 55 "	240,5	140,5	34,0	66,0	4 089,5	2 416,2	540,4	1 133,0
55 - 60 "	229,4	126,2	43,4	59,8	3 849,0	2 123,5	726,2	999,3
60 - 65 "	189,7	75,7	67,8	46,2	3 193,3	1 254,3	1 180,1	758,8
65 - 70 "	139,6	22,2	87,7	29,8	2 404,3	346,8	1 588,3	469,1
70 - 75 "	219,5	15,2	171,4	32,8	3 850,4	236,2	3 124,7	489,5
75 und mehr								
Insgesamt	3 417,1	1 447,1	466,8	1 503,3	56 174,8	24 537,8	8 162,6	23 474,4
1970 (Angaben in 1 000)								
unter 15 Jahren	897,3	-	9,7	887,6	14 058,4	-	179,1	13 879,3
15 - 20 "	270,4	127,6	4,5	138,3	3 995,8	1 821,3	74,6	2 099,9
20 - 25 "	210,7	157,1	4,5	49,1	3 725,1	2 791,4	104,5	829,2
25 - 30 "	224,3	153,9	3,8	66,6	4 292,7	3 052,3	94,1	1 146,3
30 - 35 "	279,2	187,5	4,5	87,2	4 954,3	3 461,9	82,9	1 409,5
35 - 40 "	230,9	156,8	5,0	69,2	3 928,8	2 764,6	80,7	1 083,5
40 - 45 "	240,0	160,9	7,8	71,4	3 925,5	2 735,4	117,5	1 072,6
45 - 50 "	232,5	144,9	15,0	72,7	3 814,4	2 494,0	223,1	1 097,3
50 - 55 "	149,1	85,0	20,3	43,7	2 524,0	1 534,2	300,7	689,1
55 - 60 "	220,3	109,4	51,0	60,0	3 753,7	2 000,6	781,5	971,6
60 - 65 "	219,4	75,1	90,0	54,3	3 687,2	1 332,8	1 489,5	864,9
65 - 70 "	190,6	16,9	136,3	37,4	3 162,9	272,8	2 342,5	547,6
70 - 75 "	134,4	6,2	107,2	21,1	2 268,4	88,9	1 872,0	307,5
75 und mehr	146,2	3,2	129,4	13,6	2 559,4	46,3	2 309,3	203,8
Insgesamt	3 645,4	1 384,3	589,1	1 672,0	60 650,6	24 396,5	10 052,1	26 202,0
Veränderung 1970 zu 1961 in %								
unter 15 Jahren	9,3	-	79,6	10,3	15,4	-	77,3	16,0
15 - 20 "	29,8	- 0,8	50,0	80,3	8,5	- 15,0	37,6	41,4
20 - 25 "	- 23,6	- 27,5	45,2	- 12,2	- 21,7	- 26,5	49,1	- 7,0
25 - 30 "	- 3,2	- 5,5	31,0	1,1	10,2	8,5	68,6	11,9
30 - 35 "	16,5	15,2	21,6	19,0	27,6	28,8	34,1	24,4
35 - 40 "	- 2,0	3,9	- 33,3	- 10,2	3,3	11,2	- 29,0	- 9,9
40 - 45 "	39,8	51,4	- 33,9	33,5	34,6	47,2	- 32,9	21,4
45 - 50 "	8,3	12,7	- 39,8	18,8	4,0	10,4	- 39,9	5,8
50 - 55 "	- 38,0	- 39,5	- 40,3	- 33,8	- 38,3	- 36,5	- 44,4	- 39,2
55 - 60 "	- 4,0	- 13,3	17,5	0,3	- 2,5	- 5,8	7,6	- 2,8
60 - 65 "	15,7	- 0,8	32,7	17,5	15,5	6,3	26,2	14,0
65 - 70 "	36,5	- 23,9	55,4	25,5	31,6	- 21,3	47,5	16,7
70 - 75 "	27,8	- 38,2	38,0	5,8	25,4	- 42,8	33,8	4,5
75 und mehr								
Insgesamt	6,7	- 4,3	26,2	11,2	8,0	- 0,6	23,1	11,6

ten und dgl. lebenden Personen sind es 7,8%, bei denjenigen, deren Lebensunterhalt überwiegend von Angehörigen bestritten wird, 5,8%. Am höchsten ist dieser Anteil bei den 15- bis 20-jährigen, und zwar beträgt er hier 31,1% bei den Jugendlichen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Renten, wobei es sich durchweg um Waisenrenten handeln dürfte, und 41,4% bei den Jugendlichen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige. Es sind dies vornehmlich Lehrlinge, die während ihrer Lehrzeit lediglich eine Unterhaltsbeihilfe erhalten, die nicht ausreicht, um daraus den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Interessant ist, daß sowohl

unter den Jugendlichen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, wie auch unter den Jugendlichen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige der Anteil der Erwerbstätigen bei den Jungen mit 40,0 und 46,7% wesentlich höher liegt als bei den Mädchen (15,0 und 35,3%). Zum besseren Verständnis dieser Zahlen sei hierbei daran erinnert, daß von den 43 500 Mädchen dieser Altersgruppe, die nicht von einem eigenen Erwerbseinkommen leben und auch keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, 5 200 junge Ehefrauen sind, die sich zu einem Teil entweder schon ihrem eigenen Haushalt widmen oder in dem Haushalt eines größeren Fami-

Anteil der Quellen für den Lebensunterhalt der Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht
in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1961 und 1970

Altersgruppe	Rheinland-Pfalz						Bundesgebiet					
	Erwerbs- tätigkeit, Arbeitslosen- geld/-hilfe		Rente und dgl.		Angehörige		Erwerbs- tätigkeit, Arbeitslosen- geld/-hilfe		Rente und dgl.		Angehörige	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	%											
unter 15 Jahren	1,3	-	0,7	1,1	98,1	98,9	1,0	-	0,8	1,3	98,2	98,7
15 - 20 "	61,7	47,2	1,4	1,7	36,8	51,1	58,2	45,6	1,5	1,9	40,3	52,6
20 - 25 "	78,6	74,6	1,1	2,1	20,3	23,3	79,8	74,9	1,5	2,8	18,7	22,3
25 - 30 "	70,3	68,6	1,3	1,7	28,4	29,7	72,3	71,1	1,4	2,2	26,3	26,7
30 - 35 "	67,9	67,2	1,5	1,6	30,6	31,2	69,2	69,9	1,6	1,7	29,2	28,5
35 - 40 "	64,1	67,9	3,2	2,2	32,7	30,0	65,4	70,4	3,0	2,1	31,6	27,6
40 - 45 "	61,9	67,0	6,9	3,3	31,2	29,8	63,7	69,7	6,0	3,0	30,3	27,3
45 - 50 "	59,9	62,3	11,6	6,5	28,5	31,3	61,6	65,4	10,1	5,8	28,3	28,8
50 - 55 "	58,4	57,0	14,1	13,6	27,4	29,3	59,1	60,8	13,2	11,9	27,7	27,3
55 - 60 "	55,0	49,7	18,9	23,2	26,1	27,2	55,2	53,3	18,9	20,8	26,0	25,9
60 - 65 "	39,9	34,2	35,7	41,0	24,4	24,7	39,3	36,1	37,0	40,4	23,8	23,5
65 - 70 "	15,9	8,9	62,8	71,5	21,3	19,6	14,4	8,6	66,1	74,1	19,5	17,3
70 - 75 "	} 6,9	4,6	} 78,1	79,8	} 14,9	15,7	} 6,1	3,9	} 81,2	82,5	} 12,7	13,6
75 und mehr "		2,2		88,5		9,3		1,8		90,2		8,0
Insgesamt	42,3	38,0	13,7	16,2	44,0	45,9	43,7	40,2	14,5	16,6	41,8	43,2
Männlich	58,7	54,1	12,1	14,5	29,2	31,4	60,4	56,1	12,0	14,1	27,6	29,8
Weiblich	27,7	23,3	15,1	17,6	57,2	59,1	28,9	25,8	16,7	18,8	54,4	55,4

lienverbandes - wie er insbesondere auf dem Lande noch anzutreffen ist - mitarbeiten. Unzutreffend ist in jedem Fall die Annahme, daß alle nicht-erwerbstätigen Mädchen dieser Altersgruppe (33,2% gegenüber 29,3% bei den Jungen) eine weiterführende Schule besuchen.

Der Anteil der Erwerbstätigen an den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. geht bei den 20- bis 25jährigen bis auf 8,9% zurück, zeigt danach aber wieder eine ansteigende Tendenz bis auf 15,4% bei den 40- bis 45jährigen. In den folgenden Altersgruppen fällt er jedoch abermals bis auf 8,1% bei den 60- bis 65jährigen. Wenn er bei den 65- bis 70jährigen nochmals 9,3% erreicht (bei den Männern sogar 12,4%), so erklärt sich das daraus, daß viele Rentner und Pensionäre den Ruhestand doch als einen sehr schweren Bruch in ihrem bisherigen Leben empfinden und daher geneigt sind, für eine Übergangszeit zumindest eine Nebenbeschäftigung auszuüben. Die genannten Anteilssätze zeigen für die Männer wie für die Frauen über die Altersgruppen hinweg etwa den gleichen Entwicklungsverlauf; sie liegen bei den Frauen jedoch ständig um einige Prozentpunkte unter den entsprechenden Werten für die Männer.

Da die Zahl der Männer, die überwiegend von Angehörigen unterhalten werden, abgesehen von den jüngeren Jahrgängen, in die die Schul- und Ausbildungszeit fällt, verschwindend gering ist, kann sich die Betrachtung hier auf die Frauen konzentrieren. Interessant ist dabei die Tatsache, daß die selbst erwerbstätigen verheirateten Frauen nahezu alle das eigene Einkommen aber nicht das Einkommen des Mannes als ihre primäre Unterhaltsquelle betrachten. Aufgrund der Höhe der Prozentsätze ist anzunehmen, daß diejenigen erwerbstätigen Frauen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch den Ehemann oder einen anderen Angehörigen

bestritten wird, nicht ganztags und regelmäßig berufstätig sind. Ihr Anteil hält sich zwischen 7 und 8% bei den 25- bis 50jährigen und sinkt dann bis auf 3% bei den 60- bis 65jährigen.

Rückgang der Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit

Seit 1961 hat sich - bei einer Gesamtzunahme der Wohnbevölkerung um 6,7% - die Zahl der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit um 4,3% vermindert, während gleichzeitig die Zahl der Personen mit überwiegendem Renteneinkommen um 26,2% und die Zahl derjenigen, die überwiegend durch Angehörige unterhalten werden, um 11,2% gestiegen ist. Diese Strukturwandlungen sind zunächst darauf zurückzuführen, daß sich die Altersstruktur der Bevölkerung insofern recht ungünstig verändert hat, als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren nur um 1,8% gewachsen ist. Ausschlaggebend waren jedoch die Verschiebungen der Gewichte (bezüglich der nach den primären Unterhaltsquellen gebildeten Personengruppen) in den einzelnen Altersklassen, von denen die nachstehend aufgeführten den größten Einfluß gehabt haben dürften:

- (1) Durch die Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeit verminderte sich der Anteil der jungen Leute, die ihren Lebensunterhalt bereits selbst aus einer eigenen Erwerbstätigkeit bestreiten können ganz erheblich, und zwar bei den 15- bis 20jährigen von 61,7 auf 47,2%. Von dieser Entwicklungstendenz wurde jedoch auch noch die ganze Altersgruppe der 20jährigen erfaßt: Bei den 20- bis 25jährigen trat ein entsprechender Rückgang von 78,6 auf 74,6% und bei den 25- bis 30jährigen von 70,3 auf 68,6% ein. Diese Zahlen machen deutlich, in welchem Umfang die Familien heute durch die Ausbildung ihrer Kinder belastet werden. Einer der

Gründe für den Rückgang der Geburtenrate dürfte hier zu suchen sein, da viele Familien vor der Wahl stehen, entweder die in der Öffentlichkeit stark propagierten Ausbildungsziele für ihre eigenen Kinder zurückzustecken, ihren Lebensstandard drastisch zu senken oder die Zahl der Kinder zu beschränken. Es entspricht der Mentalität einer Wohlstandsgesellschaft, wenn man in zunehmendem Maße für die letzte Möglichkeit optiert.

- (2) Bei den mittleren Jahrgängen der 35- bis 50jährigen hat der Anteil derjenigen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eine Rente bestreiten, deutlich abgenommen: von 3,2 auf 2,2% bei den 35- bis 40jährigen, von 6,9 auf 3,3% bei den 40- bis 45jährigen und von 11,6 auf 6,5% bei den 45- bis 50jährigen. In diese Altersgruppen fielen 1961 unter den Männern diejenigen Jahrgänge, deren Gesundheit durch Verwundungen und durch die Strapazen des Krieges zum Teil besonders gelitten hatte, unter den Frauen viele Kriegerwitwen. Die unteren und oberen Altersgrenzen dieser Bevölkerungsgruppe haben sich inzwischen weiter nach oben verschoben.
- (3) Bedingt durch das Hineinwachsen der Kriegsjahrgänge in die oberen Altersklassen und die starke Zunahme der vor allem ältere Menschen treffenden Kreislauferkrankungen, ging die Zahl der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bei den 50- bis 65jährigen merklich zurück, und zwar von 58,4 auf 57,0% bei den 50- bis 55jährigen, von 55,0 auf 49,7% bei den 55- bis 60jährigen und von 39,9 auf 34,2% bei den 60- bis 65jährigen.
- (4) Stark rückläufig war ebenfalls der Anteil der über 65 Jahre alten Menschen, die noch in diesem Alter die überwiegenden Einkünfte für ihren Lebensunterhalt aus einer Erwerbstätigkeit beziehen: Er fiel von 15,9 auf 8,9% bei den 65- bis 70jährigen und von 6,9 auf 3,3% bei den über 70jährigen. Die Ursache hierfür dürfte in den Strukturbereinigungen in der Landwirtschaft, zum Teil aber auch im Kleingewerbe zu suchen sein, da viele Inhaber kleinerer Betriebe, die häufig bis weit über die normale Altersgrenze von 65 Jahren hinaus tätig sind, in den 60er Jahren ihren Betrieb aufgegeben haben.

Keine gravierenden Unterschiede zu den Verhältnissen im Bundesgebiet

Auch im gesamten Bundesgebiet ging der Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zurück (von 43,7 auf 40,2%), während gleichzeitig der Anteil der Wohnbevölkerung, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigenen Renten bestreitet, von 14,5 auf 16,6% und der Anteil derjenigen Personen, die überwiegend von Angehörigen unterhalten werden, von 41,8 auf 43,2% anstieg. Die Unterschiede zwischen den Anteilssätzen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet sind im großen und ganzen recht gering und haben sich insgesamt gesehen nur wenig verschoben. Der Anteil der Wohnbevölkerung, die

Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt und Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Mit überwiegendem Lebensunterhalt durch		
		Erwerbs- tätigkeit, Arbeits- losen- geld/ -hilfe	Rente und dgl.	Ange- hörige
	1 000	%		
Kreisfreie Stadt				
Koblenz	119,4	39,0	15,7	45,3
Landkreise				
Ahrweiler	103,9	36,7	16,3	47,1
Altenkirchen (Ww.)	121,2	33,8	16,7	49,6
Bad Kreuznach	147,4	38,3	17,2	44,6
Birkenfeld	93,6	38,1	15,5	46,3
Cochem-Zell	66,0	37,3	16,4	46,3
Mayen-Koblenz	185,8	36,2	15,8	48,0
Neuwied	148,2	35,9	17,4	46,7
Oberwesterwaldkreis	77,3	33,4	16,7	50,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	87,5	37,4	16,9	45,6
Rhein-Lahn-Kreis	118,2	37,0	18,3	44,8
Unterwesterwaldkreis	85,9	35,6	16,1	48,4
Reg. Bez. Koblenz	1 354,3	36,6	16,6	46,8
Kreisfreie Stadt				
Trier	103,7	36,0	16,8	47,2
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	110,0	37,5	16,3	46,2
Bitburg-Prüm	93,4	37,4	15,0	47,5
Daun	57,0	35,4	15,4	49,2
Trier-Saarburg	118,4	36,2	14,9	48,9
Reg. Bez. Trier	482,4	36,6	15,7	47,7
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	40,9	41,3	14,4	44,1
Kaiserslautern	99,6	39,0	17,3	43,8
Landau i. d. Pfalz	31,6	36,4	18,7	44,8
Ludwigshafen a. Rhein	176,0	41,9	15,6	42,5
Mainz	172,2	40,5	15,9	43,5
Neustadt a. d. Weinstr.	50,9	38,1	17,5	44,4
Pirmasens	55,7	44,0	20,3	35,9
Speyer	41,8	40,7	16,5	42,7
Worms	76,7	37,7	17,6	44,8
Zweibrücken	32,8	37,8	17,1	45,2
Landkreise				
Alzey-Worms	97,8	38,3	16,3	45,4
Bad Dürkheim	115,7	38,7	15,9	45,4
Donnersbergkreis	67,1	37,4	17,3	45,3
Germersheim	92,5	39,1	12,8	48,1
Kaiserslautern	90,2	36,8	15,3	47,8
Kusel	82,7	36,4	16,3	47,4
Landau-Bad Bergzabern	104,4	39,6	16,8	43,7
Ludwigshafen	117,4	39,0	13,8	47,2
Mainz-Bingen	149,8	38,9	15,0	46,1
Pirmasens	80,8	43,6	14,7	41,6
Zweibrücken	32,3	39,0	14,9	46,1
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 808,8	39,4	15,9	44,7
Rheinland-Pfalz	3 645,4	38,0	16,2	45,9
Kreisfreie Städte	1 001,3	39,6	16,6	43,8
Landkreise	2 644,1	37,3	16,0	46,7

überwiegend von Einkünften aus einer eigenen Erwerbstätigkeit und von Renten und dgl. lebt, ist im Bundesgebiet höher als in Rheinland-Pfalz. Umgekehrt ist die Wohnbevölkerung, die überwiegend durch Angehörige unterhalten wird, in Rheinland-Pfalz größer. Diese Abweichungen beruhen in erster Linie auf Unterschieden in der Erwerbstätigkeit, die sich am besten mit Hilfe der nach dem Geschlecht und den Altersgruppen differenzierten Erwerbsquoten darstellen lassen.

Stärkerer Anstieg der von Angehörigen unterhaltenen Personen in den Landkreisen

Eine regionale Analyse der nach den Unterhaltsquellen gegliederten Wohnbevölkerung zeigt zunächst, daß der Anteil derjenigen, für die eine Erwerbstätigkeit die überwiegende Unterhaltsquelle bildet, in den kreisfreien Städten mit 39,6% etwas größer ist als in den Landkreisen (37,3%). Im Jahre 1961 hatten diese Prozentsätze mit 42,7 und 42,2% noch sehr viel näher beieinander gelegen. Die Auseinanderentwicklung geht in erster Linie auf einen unterschiedlichen Anstieg des Anteils der Personen zurück, die für ihren Lebensunterhalt auf Angehörige angewiesen sind: Während er sich in den kreisfreien Städten nur von bisher 43,3 auf 43,8% erhöhte, nahm er in den Landkreisen von 44,2 auf 46,7% zu. Dagegen wuchs der Anteil der Wohnbevölkerung, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus einer eigenen Rente und dgl. bestreitet, relativ gleichmäßig: in den kreisfreien Städten von 14,0 auf 16,6% und in den Landkreisen von 13,6 auf 16,0%.

Anteil der Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit im Nordwesten des Landes am geringsten

Um die Besonderheiten in den Regionen des Landes aufzuzeigen, sollen in der folgenden Darstellung vor allem die kreisfreien Städte und Landkreise herausgestellt werden, in denen die Anteile für die nach den überwiegenden Unterhaltsquellen gebildeten Gruppen der Wohnbevölkerung um mehr als 10% von den entsprechenden Landesdurchschnitten abweichen. Der Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit ist am geringsten in den beiden aneinander angrenzenden Landkreisen Altenkirchen (33,8%) und Oberwesterwald (33,4%) im Nordwesten des Landes. Dies ist in erster Linie auf die geringe Erwerbstätigkeit der Frauen in diesem Raum zurückzuführen: Nur 17,7% der Frauen bestreiten hier ihren Lebensunterhalt aus einer eigenen Erwerbstätigkeit (der niedrigste Satz in Rheinland-Pfalz), während umgekehrt 65,2 bzw. 66,1% von den Angehörigen unterhalten werden (der höchste Satz in Rheinland-Pfalz). Hinzu kommt, daß der Anteil der Männer, die vornehmlich von einer Rente und dgl. leben, in diesen beiden Kreisen mit 16,4 und 17,5% relativ sehr hoch liegt. Zu den Kreisen im Regierungsbezirk Koblenz, in denen ebenfalls der Anteil der Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit sehr gering ist, gehören der Unterwesterwaldkreis (19,3%), Mayen-Koblenz (19,9%) und Neuwied (20,5%). Aus dem

allgemeinen Rahmen fällt weiterhin der Anteil der Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus einem Renteneinkommen decken, im Rhein-Lahn-Kreis: Mit 18,3% war er höher als in allen anderen Landkreisen des Landes, nur auf die Männer bezogen waren es 17,3%. In die Gruppe der Kreise mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Männern mit einem überwiegenden Lebensunterhalt durch Renten und dgl. fallen im Regierungsbezirk Koblenz weiterhin der Landkreis Neuwied (16,9%) und der Rhein-Hunsrück-Kreis (16,2%).

Auswirkungen der bisher noch stärker durch die Landwirtschaft bestimmten Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Regierungsbezirk Trier

Im Regierungsbezirk Trier, in dem die Land- und Forstwirtschaft noch eine größere Rolle spielt als in den anderen Regionen des Landes, lag der Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit in allen Landkreisen unter dem Landesdurchschnitt. Betrachtet man die Ergebnisse nach Männern und Frauen getrennt, so zeigt sich, daß der Anteil der Männer, für die eine Erwerbstätigkeit die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts darstellt, im Landkreis Daun mit 48,4% niedriger war als in allen anderen Kreisen des Landes. Umgekehrt überstieg jedoch im Landkreis Bitburg-Prüm der Anteil der Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit mit 25,6% nicht unerheblich den Landesdurchschnitt. Kennzeichnend für die Landkreise in dieser Region ist weiterhin, daß in Bitburg-Prüm, Daun und Trier-Saargau der Anteil der Männer, die von Angehörigen unterhalten werden, mit 35,5%, 35,8% und 34,9% außergewöhnlich hoch war, während umgekehrt der Anteil der Frauen, die ihren Lebensunterhalt aus eigener Rente bestreiten, mit 15,8%, 15,4% und 15,6% stark unter dem Landesdurchschnitt lag. Maßgebend hierfür waren verschiedene Faktoren. Zunächst ist die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die ja noch von ihren Eltern unterhalten werden müssen, in diesen Landkreisen aufgrund einer bisher höheren Geburtenrate relativ groß (Anteil an der Wohnbevölkerung zwischen 28,5 und 28,8% gegenüber 24,6% im Land insgesamt). Hinzu kommt, daß ein hoher Anteil der älteren Menschen früher in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen ist, von denen viele, insbesondere wenn sie ohne feste Bezahlung in einem Familienbetrieb mitgearbeitet haben, auf den Unterhalt durch Angehörige angewiesen sind. Deshalb ist vor allem auch der Anteil der Frauen, die eine eigene Rente beziehen, relativ sehr gering.

Raum Pirmasens: 34% der Frauen bestreiten ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit

Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz - wie im Land überhaupt - sind die höchsten Anteile für die Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit in den städtischen Industriezentren zu verzeichnen. Für Ludwigshafen ergibt sich dabei ein Satz von 41,9%, für die kreisfreie Stadt und den Landkreis Pirmasens von 44,0 und 43,6%. Für den Raum Pirmasens ist dabei die

Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt, Geschlecht und Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Männer				Frauen			
	insgesamt	mit überwiegendem Lebensunterhalt durch			insgesamt	mit überwiegendem Lebensunterhalt durch		
		Erwerbs-	Rente	Ange-		Erwerbs-	Rente	Ange-
		tätigkeit	und dgl. 1)	hörige		tätigkeit	und dgl. 1)	hörige
	1 000	%			1 000	%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	56,1	56,6	13,4	30,1	63,4	23,3	18,0	58,7
Landkreise								
Ahrweiler	49,0	53,0	15,2	31,9	54,9	22,0	17,4	60,7
Altenkirchen (Ww.)	58,4	50,9	16,4	32,7	62,8	17,7	17,0	65,2
Bad Kreuznach	68,8	54,1	15,0	30,9	78,5	24,2	19,2	56,6
Bad Kreuznach, St.	18,7	53,7	17,1	29,2	23,4	24,7	23,6	51,7
Birkenfeld	44,7	54,6	14,3	31,1	48,9	22,8	16,9	60,3
Idar-Oberstein, St.	18,5	56,0	14,1	29,9	20,5	22,7	17,2	60,0
Cochem-Zell	31,7	51,4	15,5	33,1	34,3	24,3	17,3	58,4
Mayen-Koblenz	89,3	53,7	14,5	31,8	96,5	19,9	17,1	63,0
Andernach, St.	12,9	53,6	16,3	30,1	14,2	20,2	20,5	59,3
Neuwied	70,5	52,7	16,9	30,4	77,7	20,5	18,1	61,4
Neuwied, St.	29,4	54,7	16,0	29,3	33,1	20,8	18,2	61,0
Oberwesterwaldkreis	37,3	49,9	17,5	32,7	40,0	17,7	16,2	66,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	41,6	51,5	16,2	32,3	45,9	24,5	17,8	57,7
Rhein-Lahn-Kreis	56,3	53,5	17,3	29,2	61,9	21,7	19,4	58,9
Lahnstein, St.	9,3	55,3	14,4	30,3	10,3	20,0	19,2	60,8
Unterwesterwaldkreis	41,3	53,0	15,4	31,6	44,5	19,3	16,8	63,9
Reg. Bez. Koblenz	645,0	53,1	15,5	31,4	709,3	21,4	17,7	60,9
Kreisfreie Stadt Trier	47,2	51,9	14,8	33,4	56,5	22,2	19,0	58,8
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	52,4	52,4	14,7	32,8	57,6	23,7	18,0	58,3
Bitburg-Prüm	44,8	49,8	14,7	35,5	48,6	25,6	15,8	58,6
Daun	27,7	48,4	15,8	35,8	29,3	22,7	15,4	61,9
Trier-Saarburg	56,9	51,0	14,2	34,9	61,5	22,4	15,6	61,9
Reg. Bez. Trier	229,0	50,9	14,7	34,3	253,5	23,3	16,9	59,8
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	19,8	59,1	12,4	28,4	21,1	24,9	16,5	58,7
Kaiserslautern	46,5	54,9	15,5	29,5	53,1	24,5	19,2	56,3
Landau i. d. Pfalz	14,4	51,3	17,1	31,6	17,2	23,9	20,2	55,9
Ludwigshafen a. Rhein	85,9	59,7	13,5	26,8	90,1	24,7	17,7	57,5
Mainz	82,1	55,7	14,1	30,2	90,1	26,6	17,7	55,7
Neustadt a. d. Weinstr.	23,8	54,8	14,7	30,5	27,1	23,0	20,4	56,6
Pirmasens	25,7	54,2	17,1	28,7	30,0	34,1	23,9	42,0
Speyer	19,2	55,6	13,8	30,6	22,5	27,6	19,4	53,0
Worms	35,9	55,2	15,3	29,5	40,8	22,1	19,6	58,2
Zweibrücken	15,4	54,7	15,5	29,7	17,3	22,4	18,7	58,9
Landkreise								
Alzey-Worms	46,9	54,6	13,9	31,5	50,9	23,1	18,7	58,2
Bad Dürkheim	55,2	55,3	13,9	30,8	60,5	23,4	18,0	58,6
Donnersbergkreis	32,4	53,3	15,7	31,0	34,7	22,4	18,9	58,7
Germersheim	45,4	55,1	11,6	33,3	47,1	23,5	14,1	62,5
Kaiserslautern	43,1	53,3	14,2	32,6	47,0	21,7	16,5	61,8
Kusel	39,8	52,9	15,0	32,1	42,9	20,7	17,6	61,6
Landau-Bad Bergzabern	49,3	54,0	14,2	31,9	55,1	26,5	19,2	54,3
Ludwigshafen	57,2	57,2	12,6	30,2	60,2	21,5	15,0	63,4
Mainz-Bingen	71,8	55,4	13,2	31,3	78,0	23,6	16,8	59,6
Bingen, St.	11,1	53,5	15,5	30,9	12,6	22,3	19,1	58,6
Ingelheim, St.	8,9	56,1	12,1	31,8	9,8	23,1	15,8	61,1
Pirmasens	38,8	54,2	12,9	32,9	42,0	33,4	17,0	49,7
Zweibrücken	15,8	53,0	14,6	32,4	16,5	25,3	15,5	59,1
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	864,3	55,4	14,0	30,6	944,5	24,6	17,9	57,5
Rheinland-Pfalz	1 738,2	53,9	14,7	31,4	1 907,2	23,2	17,7	59,1
Kreisfreie Städte	471,9	55,9	14,4	29,7	529,4	24,9	18,8	56,3
Landkreise	1 266,3	53,2	14,8	32,0	1 377,8	22,6	17,2	60,1

1) Einschl. Arbeitslosengeld/-hilfe.

Beschäftigung von Frauen in der hier dominierenden Schuhindustrie ausschlaggebend, die zur Folge hat, daß in der Stadt selbst 34,1%, im Landkreis 33,4% der Frauen die Mittel für ihren Lebensunterhalt selbst verdienen - der bei weitem höchste Prozentsatz für Rheinland-Pfalz -, während umgekehrt nur 42,0% bzw. 49,7% durch Angehörige unterhalten werden. Diese Relationen lassen erkennen, in welchem Umfang die Frauen von den ihnen gebotenen Möglichkeiten zu einer Erwerbstätigkeit Gebrauch machen. Voraussetzung ist natürlich ein entsprechender Arbeitsmarkt, der sich nicht nur durch neue Betriebe erweitern läßt, die Arbeitsplätze für typische Frauenberufe schaffen, sondern auch, indem durch eine entsprechende Aus- und Weiterbildung neue Berufe in einem größerem Umfang als bisher für Frauen erschlossen werden. Überdurchschnittlich hoch ist aufgrund entsprechender Be-

schäftigungsmöglichkeiten weiter der Anteil der Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit in Mainz (26,6%) und Speyer (27,6%), gering dagegen in räumlich abgelegeneren und wirtschaftlich weniger erschlossenen Gebieten wie dem Landkreis Kusel (20,7%). Eine hohe Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben hat natürlich auch zur Folge, daß ein entsprechend größerer Anteil der Frauen nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben zur Bestreitung des Lebensunterhalts auf eine eigene Rente zurückgreifen kann; in Pirmasens sind es 23,9%. Daneben ist der Anteil der von Renten und dgl. lebenden Personen noch relativ hoch in Städten, die von den Rentnern und Pensionären als Altersruhesitz bevorzugt werden. Im Süden des Landes gehört dazu offensichtlich vor allem Landau.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Unterschiede im Umfang der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Vergleicht man die Erwerbsquoten in Rheinland-Pfalz und im gesamten Bundesgebiet miteinander, so ergibt sich, daß die Entwicklung in Rheinland-Pfalz seit 1961 zwar im großen und ganzen ähnlich verlaufen ist wie in den anderen Bundesländern.

Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben und Altersgruppen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1961 und 1970

Altersgruppe	Erwerbspersonen			Nichterwerbspersonen		
	1961	1970	Veränderung	1961	1970	Veränderung
	1 000		%	1 000		%
Rheinland-Pfalz						
unter 15 Jahren	23,9	-	-	796,8	897,3	12,6
15 - 20 "	171,0	186,3	8,9	37,4	84,2	125,1
20 - 25 "	222,0	161,0	- 27,5	53,6	49,9	- 6,9
25 - 30 "	168,2	158,8	- 5,6	63,5	65,4	3,0
30 - 35 "	170,6	194,5	14,0	69,1	84,7	22,6
35 - 40 "	161,6	162,9	0,8	73,9	68,0	- 8,0
40 - 45 "	115,2	167,7	45,6	56,5	72,2	27,8
45 - 50 "	141,0	152,6	8,2	73,6	80,0	8,7
50 - 55 "	154,5	90,0	- 41,7	86,0	59,0	- 31,4
55 - 60 "	140,3	117,5	- 16,3	89,2	102,9	15,4
60 - 65 "	90,7	84,2	- 7,2	99,1	135,3	36,5
65 - 70 "	38,5	30,5	- 20,8	101,2	160,2	58,3
70 - 75 "	20,0	13,6	- 32,0	82,0	120,9	47,4
75 u. mehr "	12,7	7,6	- 40,2	104,8	138,7	32,3
Insgesamt	1 630,3	1 527,1	- 6,3	1 786,8	2 118,3	18,6
Bundesgebiet						
unter 15 Jahren	302,0	-	-	11 883,0	14 058,2	18,3
15 - 20 "	2 938,0	2 624,2	- 10,7	744,0	1 372,1	84,4
20 - 25 "	3 889,0	2 875,1	- 26,1	869,0	850,6	- 2,1
25 - 30 "	2 886,0	3 157,1	9,4	1 008,0	1 135,7	12,7
30 - 35 "	2 782,0	3 600,4	29,4	1 100,0	1 354,1	23,1
35 - 40 "	2 607,0	2 881,3	10,5	1 196,0	1 047,6	- 12,4
40 - 45 "	1 958,0	2 856,8	45,9	958,0	1 068,9	11,6
45 - 50 "	2 392,0	2 623,1	9,7	1 276,0	1 191,7	- 6,6
50 - 55 "	2 559,0	1 619,3	- 36,7	1 531,0	904,3	- 40,9
55 - 60 "	2 253,0	2 130,5	- 5,4	1 596,0	1 622,9	1,7
60 - 65 "	1 381,0	1 462,7	5,9	1 812,0	2 224,3	22,8
65 - 70 "	488,0	471,8	- 3,3	1 916,0	2 691,5	40,5
70 - 75 "		197,3			2 071,0	
75 u. mehr "	366,0	110,6	- 15,9	3 449,0	2 448,8	- 31,0
Insgesamt	26 821,0	26 610,1	- 0,8	29 354,0	34 040,5	16,0

Es treten dabei jedoch einige deutliche Unterschiede zutage, deren Ursachen zum Teil in der speziellen Wirtschaftsstruktur des Landes, zum Teil aber auch darin zu suchen sein dürften, daß der Anteil der Bevölkerung in großstädtischen Ballungszentren in Rheinland-Pfalz geringer ist, woraus sich insbesondere für viele Frauen verminderte Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben, da das Angebot an passenden Stellen in ländlichen Gebieten weder so groß noch so breit gefächert ist wie in Stadtregionen. Insgesamt gesehen war die Ausgangslage in Rheinland-Pfalz 1961 etwa die gleiche wie im Bundesgebiet. Die Erwerbsquoten waren mit 63,3 bzw. 63,9% für die Männer und 33,8 bzw. 33,4% für die Frauen fast identisch. Bis zum Jahre 1970 hat die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz aber sehr viel stärker abgenommen als im Bundesgebiet. Während die Erwerbsquoten im Bundesgebiet bei den Männern auf 59,2 und bei den Frauen auf 30,0% zurückging, sanken sie in Rheinland-Pfalz auf 57,7 und 27,5% ab.

Früherer Eintritt der Jugendlichen in das Erwerbsleben in Rheinland-Pfalz

Interessanter als dieser Gesamtverlauf sind jedoch die Unterschiede in der Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben in den einzelnen Altersklassen und die Veränderungen, die hier seit 1961 Platz gegriffen haben. Zunächst läßt sich feststellen, daß von den Jugendlichen in Rheinland-Pfalz offensichtlich ein geringerer Teil weiterführende Schulen besucht, als dies im Bundesgebiet insgesamt der Fall ist, denn von den Jungen und Männern zwischen 15 und 20 und von 20 bis 25 Jahren waren in Rheinland-Pfalz 70,7 und 89,2% erwerbstätig, im Bundesgebiet dagegen nur 66,9 und 86,8%. Bei den Mädchen und Frauen ist die Situation insofern differenzierter, als der Anteil der Erwerbs-

tätigen bei den 15- bis 20jährigen in Rheinland-Pfalz mit 67,0% größer war als im Bundesgebiet (64,4%), während bei den 20- bis 25jährigen die Erwerbsquote im Bundesgebiet (67,1%) diejenige für Rheinland-Pfalz (62,6%) übertraf. Übereinstimmend ist hier wie dort der Trend zu einer Verminderung der Erwerbstätigkeit in diesen Altersgruppen, da ein wachsender Teil der jungen Leute von den ihnen gebotenen Chancen einer besseren Ausbildung Gebrauch macht.

Stärkerer Rückgang der Erwerbsquoten in Rheinland-Pfalz

Für die mittleren und höheren Altersgruppen empfiehlt sich eine isolierte Betrachtung nach Männern und Frauen, da die Bedingungen für eine Erwerbstätigkeit für die Masse der Verheirateten doch zu verschieden sind. Bei den Männern sind dabei die bis zum 45. Lebensjahr reichenden Jahrgänge von relativ geringem Interesse, da in diesem Lebensabschnitt nur ein verschwindend kleiner Teil (rund 2%) keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Danach fällt die Erwerbsquote jedoch rasch ab, und zwar in Rheinland-Pfalz stärker als im Bundesgebiet, von 95,3% (Bundesgebiet 96,2%) bei den 45- bis 50jährigen, bis auf 65,5% (Bundesgebiet 69,4%) bei den 60- bis 65jährigen. Hier ist der Hinweis darauf wichtig, daß 1961 die Erwerbsquoten für die 55- bis 60jährigen und die 60- bis 65jährigen in Rheinland-Pfalz mit 89,0 und 73,7% noch höher waren als im Bundesgebiet (88,7 und 72,3%). Für die Altersgruppen, die über der einer Berufstätigkeit normalerweise gesetzten Altersgrenze von 65 Jahren liegen, übertrafen die Erwerbsquoten in Rheinland-Pfalz auch 1970 noch die entsprechenden Anteile im Bundesgebiet. Allerdings ist hier seit 1961 eine deutliche Annäherung festzustellen.

Die Besonderheiten der rheinland-pfälzischen Verhältnisse dürften überwiegend auf den höheren Anteil der Erwerbstätigen in der durch Familienbetriebe dominierten Landwirtschaft und auf Abweichungen in der Siedlungsstruktur beruhen. Die durch die Bereinigung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur bedingten Betriebsaufgaben wirkten sich einerseits in einem stärkeren Rückgang der Erwerbstätigen in den höheren Altersgruppen aus. Wegen der gleichwohl immer noch bestehenden größeren Bedeutung der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz liegen die Erwerbsquoten bei den über 65jährigen jedoch über den entsprechenden Sätzen für das Bundesgebiet, da in der Landwirtschaft ein nicht unerheblicher Teil der Betriebsinhaber noch über das 65. Lebensjahr hinaus weiterarbeitet. Wenn die Erwerbsquoten für die 50- bis 65jährigen, Altersgruppen also, die noch voll in das erwerbsfähige Alter fallen, umgekehrt in Rheinland-Pfalz geringer sind als im Bundesgebiet, so dürfte sich dies unter anderem daraus erklären, daß ältere Arbeitskräfte, die aufgrund von Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur und damit verbundenen partiellen Produktionseinschränkungen in bestimmten Wirtschaftszweigen ihren Arbeitsplatz verloren haben, in ländlichen Räumen, wie sie für Rheinland-Pfalz zum Teil noch typisch sind, sehr viel schwerer

Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1961 und 1970

Altersgruppe	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung in %					
Rheinland-Pfalz						
unter 15 Jahren	2,9	-	3,0	-	2,8	-
15 - 20 "	82,0	68,9	84,1	70,7	79,9	67,0
20 - 25 "	80,5	76,4	93,4	89,2	67,2	62,6
25 - 30 "	72,6	70,8	97,2	95,6	46,5	44,8
30 - 35 "	71,2	69,7	98,3	98,1	43,6	39,1
35 - 40 "	68,6	70,5	97,4	98,2	46,7	40,7
40 - 45 "	67,1	69,9	96,5	97,5	45,9	42,7
45 - 50 "	65,7	65,6	95,5	95,3	43,6	43,7
50 - 55 "	64,2	60,4	93,6	91,8	41,3	37,9
55 - 60 "	61,1	53,3	89,0	84,8	37,4	30,5
60 - 65 "	47,8	38,4	73,7	65,5	27,6	18,5
65 - 70 "	27,5	16,0	40,0	23,4	19,1	10,4
70 - 75 "	19,6	10,1	29,6	15,5	12,8	6,7
75 und mehr "	10,8	5,2	16,9	8,5	6,5	3,4
Insgesamt	47,7	41,9	63,3	57,7	33,8	27,5
Bundesgebiet						
unter 15 Jahren	2,5	-	2,6	-	2,4	-
15 - 20 "	79,8	65,7	81,3	66,9	78,2	64,4
20 - 25 "	81,7	77,2	91,1	86,8	71,9	67,1
25 - 30 "	74,1	73,5	96,3	94,1	50,7	51,5
30 - 35 "	71,7	72,7	98,3	98,1	44,5	44,9
35 - 40 "	68,6	73,3	97,8	98,4	46,2	46,1
40 - 45 "	67,1	72,8	97,1	97,8	45,4	48,1
45 - 50 "	65,2	68,8	96,1	96,2	42,3	48,5
50 - 55 "	62,6	64,1	93,8	93,6	38,1	43,0
55 - 60 "	58,5	56,8	88,7	87,3	32,8	34,7
60 - 65 "	43,3	39,7	72,3	69,4	20,9	17,8
65 - 70 "	20,3	14,9	32,7	22,9	12,2	9,0
70 - 75 "	8,7		14,1		5,4	
75 und mehr "	4,3		7,6		2,6	
Insgesamt	47,7	43,9	63,9	59,2	33,4	30,0

eine neue Beschäftigung finden als in Stadtregionen mit einer sehr großen und differenzierten Nachfrage nach Arbeitskräften, die eine neue Integration von freigesetzten Erwerbstätigen außerordentlich erleichtert.

Gegenläufige Entwicklung in der Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben

Diese Ausgangssituation bestimmt auch weitgehend die Unterschiede zwischen Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet in der Erwerbstätigkeit der Frauen und den sich hier seit 1961 abzeichnenden Veränderungstendenzen. In allen Altersgruppen der 20- bis 60jährigen ist im Bundesgebiet insgesamt ein größerer Teil der Frauen erwerbstätig als in Rheinland-Pfalz, und zwar liegen die Erwerbsquoten durchweg um rund 5 Prozentpunkte höher. Neun Jahre zuvor war dagegen in Rheinland-Pfalz bei der großen Gruppe der 35- bis 60jährigen Frauen die Beteiligung am Erwerbsleben noch stärker gewesen als im Bundesgebiet. Diese Verschiebung der Relationen wurde dadurch bewirkt, daß seit 1961 im Bundesgebiet der Anteil der erwerbstätigen Frauen gestiegen ist, während für Rheinland-Pfalz eine rückläufige Tendenz festzustellen ist, wenn man die Betrachtung auf die Altersgruppen der 25- bis 60jährigen konzentriert und die jüngeren Jahrgänge, bei denen die Erwerbsquoten durch die verlängerten Schul- und Ausbildungszeiten allgemein gefallen sind, und ebenso die über 60jährigen außer acht läßt, da ein erheblicher Teil der er-

werbstätigen Frauen bereits mit 60 oder 62 Jahren aus dem Berufsleben ausscheidet. In welchem Umfang dies geschieht, ergibt sich daraus, daß die Erwerbsquote für die 60- bis 65jährigen selbst im Bundesgebiet, wo der Anteil der berufstätigen Frauen im eigentlichen erwerbsfähigen Alter stark zugenommen hat, von 20,9% im Jahre 1961 auf 17,8% im Jahre 1970 gesunken ist. Bei den über 60jährigen

gen Frauen ist der Grad der Erwerbstätigkeit - wie bei den über 65 Jahre alten Männern - in Rheinland-Pfalz dagegen noch höher als im Bundesgebiet, wenn sich die Differenzen auch in engen Grenzen halten. Die Ursache ist auch hier ein höherer Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Werbemaßnahmen und Mitwirkungsgründe der privaten Haushalte bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973

Nachdem 1962/63 und 1969 die beiden ersten Einkommens- und Verbrauchsstichproben durchgeführt worden sind, findet 1973 von Januar bis Dezember die dritte Erhebung dieser Art statt. Über Inhalt und erste Ergebnisse dieser Stichprobe wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt in dieser Reihe berichtet¹⁾. In dem folgenden Beitrag soll gezeigt werden, durch welche Werbemaßnahmen die Haushalte für eine Mitarbeit gewonnen werden konnten, welche Gründe sie zur Mitwirkung bewogen haben, und in welchem Maße sie sich an künftigen Erhebungen dieser Art wieder beteiligen wollen. Für diese Untersuchung sind die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes und die Einkommenshöhe der Haushalte besonders relevante Gliederungsmerkmale.

Da die tief in die Privatsphäre gehenden Fragenkomplexe und die beträchtliche Arbeit, die die mitwirkenden Haushalte auf sich zu nehmen haben, es von selbst verbieten, die sonst bei amtlichen Erhebungen übliche Auskunftspflicht durch Gesetz anzuordnen, mußten die durch einen Stichprobenplan festgelegten 2 990 Haushalte (im Bundesgebiet rund 50 000) nach einer bestimmten sozialen Schichtung auf freiwilliger Basis gewonnen werden.

Die Ausführungen beziehen sich auf eine im Sommer dieses Jahres freiwillig durchgeführte Fragebogenaktion, bei der nahezu 100% der an der Erhebung mitwirkenden Haushalte zu dem genannten Themenkreis Stellung genommen haben.

Persönliche Anschreiben am erfolgreichsten

Mitte September 1972 - ein gutes Vierteljahr vor Beginn der Erhebung - lief die Werbeaktion an. Es wurden rund 24 000 persönliche Anschreiben an Haushalte verschickt. Das hierfür benötigte Adressenmaterial stammte größtenteils aus der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der 1%-Wohnungsstichprobe und dem Mikrozensus 1972. Gleichzeitig wurde versucht, durch Pressemitteilungen über Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen interessierte Haushalte anzusprechen. Von den 2 913 Teilnehmern an der Fragebogenaktion führten - erwartungsgemäß - knapp zwei Drittel aus, durch die Anschreiben des Statistischen Landesamtes sich zu einer Mitarbeit an der Stichprobe entschlossen zu haben. Besonders hoch lag dieser Anteil bei der

Gruppe der Selbständigen, von denen 75% auf diese Werbemethode positiv reagierten. Bei den Arbeitern und Landwirten hingegen waren es nur 57 bzw. 60%.

Zufriedenstellend war auch das Ergebnis der durch Pressemitteilungen in den Zeitungen des Landes geworbenen Haushalte. Nahezu jeder 16. Teilnehmer an der diesjährigen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurde auf diese Weise angeregt, sich an der Erhebung zu beteiligen; bei Landwirten lag hier der Prozentsatz am höchsten (8%). Die über Rundfunk und Fernsehen verbreiteten Aufrufe zur Mitarbeit fanden ein nur geringes Echo (3%). Entscheidend dürfte hierzu beigetragen haben, daß die Meldungen relativ schnell verlesen werden und später nicht mehr „griffbereit“ sind, wie es bei den Pressenotizen in den Zeitungen nicht der Fall ist. Jeder 20. Mitwirkende gab an, durch sonstige Werbemaßnahmen, zum Beispiel Hinweise von Bekannten, auf die Erhebung aufmerksam gemacht worden zu sein. Nicht besonders erfolgreich und in der Gesamtauswirkung fast minimal blieb eine Plakatwerbung in einigen Gemeinden.

Gezielte Werbung durch Interviewer

Nach Eingang der Bereitwilligkeitserklärungen auf Grund der beschriebenen Werbemaßnahmen mußte festgestellt werden, daß hinsichtlich der vorgegebenen Aufgliederung einige Gruppen unterrepräsentiert waren. Der zwischenzeitlich für die Stichprobe aufgebaute Interviewerstamm wurde gebeten, eine gezielte persönliche Werbung speziell bei diesen sozialen Schichten vorzunehmen. Die Schwerpunktarbeit, vielfach in langen und ausführlichen Gesprächen über den bei einer Mitarbeit verbundenen Arbeitsaufwand, brachte die gewünschten Erfolge. So konnte insgesamt ein Fünftel der befragten Haushalte durch diese Methode gewonnen werden; bei den Landwirten und Arbeitern wurde dieser Wert noch übertroffen (25 bzw. 30%).

Finanzielle Anreize nicht entscheidend für die Mitarbeit

Haben die Haushalte sich entschlossen, sich an einer solchen Erhebung zu beteiligen, so interessiert, welche Gründe sie dazu bewogen haben. Bei der Befragung waren fünf Antwortmöglichkeiten vorgegeben: Erkenntnis der Notwendigkeit, Überprüfung der eigenen Haushaltsführung, Mitwir-

¹⁾ I. Hawliczek: Ausstattung der privaten Haushalte 1973. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 26, Heft 7, Juli 1973.

Soziale Stellung	Ins- gesamt	Geworben durch											
		Persönliche Anschreiben		Zeitungsnotiz		Rundfunk und Fernsehen		Plakat- werbung Gemeinde		Interviewer		Sonstige Werbe- maßnahmen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Selbständige/ Gewerbetreibende	157	118	75,2	11	7,0	8	5,1	-	-	13	8,3	7	4,5
Beamte	341	218	63,9	20	5,9	14	4,1	-	-	70	20,5	19	5,6
Angestellte	726	510	70,2	43	5,9	24	3,3	1	0,1	112	15,4	36	5,0
Arbeiter	695	393	56,5	39	5,6	16	2,3	2	0,3	207	29,8	38	5,5
Nichterwerbstätige	879	602	68,5	59	6,7	35	4,0	4	0,5	147	16,7	32	3,6
Landwirte	115	69	60,0	9	7,8	1	0,9	-	-	29	25,2	7	6,1
Insgesamt	2 913	1 910	65,6	181	6,2	98	3,4	7	0,2	578	19,8	139	4,8

kungsprämie, Teilnahme an einer Verlosung und sonstige Gründe.

Insgesamt gaben sechs von zehn Haushalten als Mitwirkungsgrund die Erkenntnis der Notwendigkeit einer solchen Erhebung an, ein Ergebnis, das in gewissem Maß sicher auf die ausführliche Darstellung über den Zweck der Stichprobe in den Informationsschreiben und die persönliche Werbung der Interviewer zurückzuführen ist. Bei einem knappen Drittel der Haushalte spielte die Überprüfung der eigenen Haushaltsführung die entscheidende Rolle für die einjährige Mitarbeit. Es überrascht, daß die Mitwirkungsprämie und die Teilnahme an der Verlosung mit Anteilen von 6 bzw. weniger als 0,5% eine ganz untergeordnete Rolle spielten.

Landwirte wollen eigene Haushaltsführung überprüfen

Die Auswertung zeigt, daß rund zwei Drittel aller Selbständigen-, Beamten-, Angestellten- und Nichterwerbstätigenhaushalte ihre Teilnahme mit der Einsicht in die Notwendigkeit solcher Erhebungen begründen, eine Tatsache, die in etwa mit den bei der 1969er Erhebung ermittelten Werten übereinstimmt. Haushalte der Arbeiter und Landwirte äußerten ebenso wie vor vier Jahren nur zu knapp 50% diese Meinung; sie waren stärker als alle anderen Gruppen daran interessiert, durch die Eintragungen in die sogenannten Haushaltsbücher gleichzeitig ihre eigene Haushaltsführung zu überprüfen. Nichterwerbstätige hatten hieran das geringste Interesse, ein Ergebnis, das zu erwarten war, da es sich bei dieser Gruppe überwiegend um ältere Personen handelt, die wegen ihrer ziemlich fest umrissenen Ausgabenstruktur kaum eine Notwendigkeit für eine Kontrolle ihrer Haushaltsführung sahen. Von allen sozialen Schichten reizten diesen Kreis am stärksten Prämie und Verlosung.

Generell ist im Vergleich zu der 1969er Befragung festzustellen, daß die finanziellen Gründe für die Mitwirkung bei einer solchen Erhebung weiter stark an Bedeutung verloren haben und in heutiger Zeit kein Kriterium für die Teilnahme an einer zwölfmonatigen Anschreibung mehr sind. Die Auffassung über eine Kontrolle der eigenen Haushaltsführung hat sich in den vergangenen Jahren in allen Bevölkerungskreisen geändert, sie wird nicht

mehr in der Weise für entscheidend gehalten wie noch vor einigen Jahren.

Erkenntnis der Notwendigkeit steigt mit höherem Einkommen

Wie schon bei der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeigen die Antworten der befragten Haushalte, daß mit steigendem Einkommen die Einsicht in die Notwendigkeit solcher volkswirtschaftlich wichtigen Erhebungen zunimmt. Dabei reichen die Sätze bei einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 300 DM von knapp 50% bis zu fast 70% (Haushalte mit 1 800 DM und mehr). Eine umgekehrte Relation ist zwischen Einkommenshöhe und Mitwirkungsprämie festzustellen. 17% der Haushalte mit monatlichem Einkommen zwischen 300 und 600 DM gaben die Prämie als Beweggrund für die Teilnahme an, aber nur 3% der Haushalte mit einem Einkommen über 1 800 DM. Die Möglichkeit, bei der Verlosung einen Gewinn zu erzielen und sonstige Gründe erreichten keine besondere Bedeutung.

Viele Haushalte wollen bei einer künftigen Erhebung wieder mitarbeiten

Die für spätere Erhebungen wichtige Frage, ob die Haushalte sich in einigen Jahren abermals freiwillig an einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligen wollen, ist in mehr als 90% der Fälle positiv beantwortet worden. Dieses Ergebnis mag überraschen, darf aber dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß daran einige Abstriche notwendig sind. Als die Befragung durchgeführt wurde, hatten alle Haushalte Angaben zu dem Grund-(Eröffnungs-)Interview erteilt und waren mit den Eintragungen in den Vierteljahresheften vertraut. Erst knapp die Hälfte der Beteiligten jedoch kannte - bedingt durch das Rotationsverfahren - zum Zeitpunkt der Auskünfte die zeitaufwendigeren Monatsanschreibungen. Aus der Erfahrung ist zu sagen, daß einige der mitarbeitenden Haushalte, deren Feinschreibungsmonat nach dem Zeitpunkt der Befragung lag, eine andere Antwort als die erteilte gegeben hätten. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung kann aber dennoch eine gewisse Schlußfolgerung aus den Antworten gezogen werden. Danach zeigen Selbständige und Landwirte

Soziale Stellung Haushalts- nettoeinkommen	Ins- gesamt	Mitwirkungsgrund										Künftige Mitarbeit			
		Erkenntnis der Not- wendigkeit		Überprüfung der eigenen Haushalts- führung		Mit- wirkungs- prämie		Teilnahme an der Verlosung		sonstige Gründe		ja		nein	
		Anzahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%
Selbständige/ Gewerbetreibende	157	104	66,2	44	28,0	7	4,5	1	0,6	1	0,6	139	88,5	18	11,5
Beamte	341	225	66,0	102	29,9	9	2,6	3	0,9	2	0,6	332	97,4	9	2,6
Angestellte	726	456	62,8	240	33,1	24	3,3	1	0,1	5	0,7	694	95,6	32	4,4
Arbeiter	695	327	47,1	297	42,7	58	8,3	3	0,4	10	1,4	651	93,7	44	6,3
Nichterwerbstätige	879	591	67,2	196	22,3	74	8,4	5	0,6	13	1,5	811	92,3	68	7,7
Landwirte	115	52	45,2	56	48,7	7	6,1	-	-	-	-	103	89,6	12	10,4
unter 300 DM	72	35	48,6	24	33,3	9	12,5	2	2,8	2	2,8	60	83,3	12	16,7
300 - 600 "	201	107	53,2	55	27,4	34	16,9	-	-	5	2,5	182	90,5	19	9,5
600 - 800 "	223	118	52,9	79	35,4	22	9,9	2	0,9	2	0,9	209	93,7	14	6,3
800 - 1 200 "	783	443	56,6	280	35,8	50	6,4	3	0,4	7	0,9	742	94,8	41	5,2
1 200 - 1 800 "	947	580	61,2	308	32,5	45	4,8	4	0,4	10	1,1	893	94,3	54	5,7
1 800 und mehr "	687	472	68,7	189	27,5	19	2,8	2	0,3	5	0,7	644	93,7	43	6,3
Insgesamt	2 913	1 755	60,2	935	32,1	179	6,1	13	0,4	31	1,1	2 730	93,7	183	6,3

eine geringere Bereitschaft an einer zukünftigen Mitarbeit als Beamte, Angestellte, Arbeiter und Nichterwerbstätige. Bei der Unterscheidung nach Einkommensgruppen sind - eine Ausnahme bilden

Familien mit einem Einkommen unter 300 DM und auch noch bis 600 DM - keine besonders deutlichen Abweichungen zu registrieren.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972			1973				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 689	3 690	3 690	3 702	3 703
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	2 398	1 804	1 520	3 079	2 054	1 853 ^p	1 678 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	7,9	5,8	5,0	9,8	6,7	5,9 ^p	5,5 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 201	3 110	3 071	3 108	2 907	3 141	2 948 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	10,6	9,9	10,1	9,9	9,6	10,0 ^p	9,7 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 426	3 694	3 529	3 394	3 140	3 906 ^p	3 674 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	11,3	11,8	11,6	10,8	10,3	12,4 ^p	12,1 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	59	74	67	71	83
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	18,2	22,4	21,6	22,8	28,6
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	- 225	- 584	- 458	- 286	- 233	- 765 ^p	- 726 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	- 0,7	- 1,9	- 1,5	- 0,9	- 0,8	- 2,4 ^p	- 2,4 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	11 204	13 061	9 933	12 566	11 390
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	10 931	11 659	9 500	10 046	10 220
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	273	1 402	433	2 520	1 170
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 351	10 508	11 951	12 470	10 896	14 487	11 581
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	8,5	9,3	11,0	10,2	10,1	13,2	18,0
* Männer	1 000	6,6	7,8	4,4	4,8	5,8	5,2	5,0	6,6	9,9
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	148	134	215	104	130	114	189
Bauberufe	Anzahl	859	887	267	320	523	330	386	764	1 622
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	3 560	3 951	4 634	4 104	3 971	5 365	7 800
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	30 134	27 704	25 305	31 853	30 017	24 505	19 384
Männer	Anzahl	17 617	16 842	19 060	17 876	16 382	20 857	19 982	16 483	13 118
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	371	398	313	507	609	473	303
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	3 388	2 914	2 477	3 092	2 977	2 181	1 300
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	13 549	12 215	11 201	15 241	14 086	11 355	8 752
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678
* Milchkühe	1 000	252	251
* Schweine	1 000	741	744	743	.	.	.	789	.	.
* Zuchtsauen	1 000	69	70	73	.	.	.	75	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	43	.	.	.	45	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	14	17	15	15	17	20	18
* Kälber	1 000	2	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	86	104	99	82	80	95	95
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	11	17	29	6	10	14	27
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	12,0	11,1	10,3	12,0	9,8	10,5	10,2	12,1	10,2
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	3,9	4,6	3,8	4,4	4,5	5,3	4,5
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	6,3	7,3	5,9	6,0	5,6	6,7	5,6
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	197	165	160	75	104	174	194	85	162
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	44	61	54	71	56	75	71	59	45
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	76	76	69	82	70	69	66
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	85,6	83,7	81,7	86,8	86,4	83,9	82,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	10,1	9,7	9,1	10,5	9,4	8,9	8,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 048	3 044	3 040	2 994	2 998	2 993	2 988
* Beschäftigte	1 000	408	404	406	405	406	413	412	411	409
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	298	298	299	304	302	302	300
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	46 378	48 232	47 083	47 732	45 630	49 745	47 397
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	570	585	667	670	635	671	768
* Löhne	Mill. DM	357	384	373	389	432	445	410	448	494
* Gehälter	Mill. DM	184	207	197	196	235	225	225	223	274
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	63	75	79	62	69	74	87
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	180	174	175	187	185	202	196
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	3	4	4	2	3	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	177	170	171	185	182	199	193
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	184	219	236	187	189	224	240
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	34	42	46	28	29	39	43
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	150	177	190	159	160	185	197
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	838	881	877	875	906	960	922
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	270	293	316	267	279	297	309
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 936	3 081	3 044	3 173	3 144	3 501	3 362
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	625	704	698	753	731	873	852
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	242	246	260	239	262	262 ^p	...
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	253	257	274	252	275	278 ^p	288 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	254	258	275	250	272	274	284
* Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	224	238	252	297	332	348 ^p	371 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	277	277	283	281	298	303	297
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	209	211	199	201	219	201	180
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	327	326	335	332	348	362	359
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	311	315	368	280	330	335	375
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	265	265	324	215	248	267	296
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	193	196	209	182	199	188	204
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	108	102	105	95	104	85	88
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	181	214	222	200	206	227	237
* Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	186	182	183	172	189	176	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	103	.	.	.	103	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	228	.	.	.	245	.	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	237	.	.	.	263	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	156	239	276	160	161
* Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 241	1 404	1 375	1 405	1 472
* Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	346	456	468	481	519
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 040	1 169	1 164	1 071	1 101
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,4	0,6	0,4	0	0,1	0,1	0,2
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	219	246	277	106	107	149	...
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	219	247	277	106	107	150	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	91 835	90 613	89 510	88 369	88 244	88 419	...
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	50 123	48 760	48 062	49 427	49 735	49 167	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	26 778	26 882	26 514	23 804	23 421	23 978	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	14 900	15 292	13 924	14 152	13 475	14 617	...
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 684	8 748	7 979	8 259	7 813	8 533	...
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	5 809	5 942	5 358	5 620	5 334	5 797	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	136	113	87	178	155	108	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 739	2 693	2 534	2 461	2 324	2 628	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	6 216	6 544	5 945	5 893	5 662	6 084	...
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 468	1 750	1 599	1 197	1 175	1 262	...
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 748	4 794	4 346	4 696	4 487	4 822	...
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	2 239	2 361	2 113	2 291	2 135	2 266	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	146	150	143	158	153	164	...
* Löhne	Mill. DM	103	118	132	136	128	143	138	149	...
* Gehälter	Mill. DM	12	13	14	14	15	15	15	15	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	390	340	332	399	450	468	...

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ab Mai 1973 umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 549	1 518	1 502	1 490	1 238	1 291	1 010
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 401	1 322	1 324	1 347	1 135	1 193	927
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	1 718	2 008	1 856	1 614	1 381	1 342	1 168
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	261	315	293	271	231	223	201
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	302	359	334	275	234	222	200
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	250	288	252	323	284	302	268
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 007	1 105	1 050	1 459	1 194	1 073	931
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	103	136	128	170	158	180	113
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	173	202	183	253	217	198	172
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	2 742	3 436	4 478	4 164	3 128	2 733	2 533	2 413
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	.	.	124	135	.	.	133
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	.	.	192	204	.	.	203
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	.	.	196	212	.	.	211
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	.	.	201	216	.	.	215
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	.	.	178	194	.	.	193
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	.	.	185	200	.	.	200
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	.	.	138	150	.	.	154
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	.	.	203	227	.	.	227
Deckenputz	1962 = 100	174	191	.	.	196	219	.	.	219
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	.	.	210	235	.	.	235
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	.	.	174	192	.	.	192
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	.	.	189	205	.	.	206
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	722,5	807,9	797,6	880,7	854,8	1 000,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	30,9	35,2	32,9	55,8	46,3	63,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	691,6	772,7	764,3	824,9	808,4	936,4	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	10,6	9,2	11,1	11,9	11,5	12,8	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	32,2	42,1	38,7	42,7	36,5	58,1	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	648,8	721,5	714,8	770,3	760,4	865,5	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	249,4	254,8	253,4	289,7	289,9	319,1	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	399,4	466,7	461,4	480,6	470,5	536,3	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	336,7	391,8	388,2	375,7	395,8	487,3	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	109,9	140,7	140,1	102,4	125,1	151,4	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	50,0	60,5	50,9	62,5	60,1	69,1	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	55,3	61,5	57,1	74,8	61,7	87,9	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	64,8	70,5	72,9	59,7	76,9	95,3	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	39,3	40,3	48,4	54,3	48,9	59,4	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,8	1,9	1,9	3,3	2,2	2,3	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	15,7	15,9	16,9	18,7	20,9	21,9	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	33,2	38,6	41,5	34,5	35,4	41,5	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	39,5	46,0	51,7	46,1	43,2	52,5	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	68,1	56,5	50,3	52,6	60,5	58,2	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	102,4	107,8	108,2	152,7	122,6	145,8	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	36,4	34,8	39,0	50,7	48,0	46,3	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	498,3	485,1	502,7	464,3	488,6	594,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	77,7	85,1	97,5	87,4	91,4	93,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	420,6	400,0	405,2	376,9	397,2	501,0	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	99	100	102	103	101	100	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	180	200	207	194	185	211	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	240	254	280	239	232	275	...
Nahrungs- und Genussmittel	1962 = 100	138	166	159	170	176	197	176	191	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	170	209	219	144	157	229	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	209	230	242	214	211	236	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	158	167	200	182	159	176	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	173	206	181	164	173	172	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	117	120	104	116	123	114	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	257	291	197	251	255	286	...
* Umsatz	1962 = 100	174	196	214	227	146	231	240	227	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	445	387	159	423	534	372	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	195	218	141	220	222	217	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	427	342	146	373	420	373	...
* Auslandsgäste	1 000	56	54	90	42	17	97	75	44	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	1 525	1 154	523	1 583	1 530	1 211	...
* Auslandsgäste	1 000	131	134	194	98	40	263	172	98	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	3 244	2 578	2 906	3 386	2 986	3 458	...
* Gütereingang	1 000 t	1 547	1 555	1 617	1 373	1 479	1 734	1 634	1 912	...
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 627	1 205	1 427	1 652	1 352	1 546	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr										
an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 443	4 489	3 586	3 792	4 125	3 974	3 517
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	2 567	1 788	2 376	2 963	2 658	2 849	2 634
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	59	42	66	79	63	68	71
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 637	5 205	4 127	3 944	4 558	4 749	4 078
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	1 095	783	1 010	1 511	1 291	1 431	1 148
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	54	38	62	78	62	66	67
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	9 982	12 289	9 984	8 443	9 045	9 889	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	130	73	45	256	139	88	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	8 836	10 946	8 890	7 280	8 068	8 802	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	569	691	590	502	438	533	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	393	524	364	334	333	387	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	271	317	243	360	306	320	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	29 213	31 603	31 470	26 936	29 701	36 003	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	23 770	26 971	26 695	21 537	23 599	30 161	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	4 776	4 070	4 420	4 681	5 369	5 294	...
Berufsverkehr	1 000	844	900	1 113	980	892	1 009	1 065	1 129	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	667	562	355	681	733	548	...
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	137	113	69	130	152	112	...
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	5	2	0	8	4	2	...
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	525	447	286	543	577	434	...
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	14 478	13 023	11 571	15 017	16 186	13 908	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 235	7 595	7 666	8 232	7 972	7 013	7 287	7 876	6 720
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 825	1 912	2 044	2 024	1 692	1 920	2 039	1 919	1 482
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 410	5 683	5 622	6 208	6 280	5 093	5 248	5 957	5 238
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 350	4 876	4 957	4 045	4 082	4 633	4 083
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 017	1 213	1 272	1 332	1 323	1 048	1 166	1 324	1 155
* Getötete Personen	Anzahl	103	101	114	130	96	106	110	98	73
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	63	71	50	48	64	44	26
Fußgänger	Anzahl	28	24	22	32	28	29	19	31	24
* Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	2 955	2 930	2 356	2 631	2 862	2 696	2 096
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 938	1 906	1 628	1 431	1 714	1 699	1 363
Fußgänger	Anzahl	319	331	318	385	309	333	331	362	290
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	1 040	951	779	880	966	871	752
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	588	538	453	421	529	469	445
Fußgänger	Anzahl	162	169	166	190	174	144	155	191	148
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	39 431	44 666	43 224	39 537	40 260	50 184	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 093	1 218	1 217	1 032	1 008	1 256	...
Telegramme	1 000	51	40	39	39	33	41	36	39	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1070 913	1114 334	1229 259	1261 010	1153 499	1346 493	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1090 655	1111 820	1180 855	1294 060	1120 693	1366 941	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	21 210	22 420	18 535	25 195	20 459	24 111	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	26 081	26 822	23 446	35 941	30 337	36 002	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 093	1 095	1 097	1 109	1 111	1 112	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	978	979	981	996	998	998	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	25 203	25 520	26 015	28 617	28 962	29 054	29 400
darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)										
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	6 094	6 168	6 325	7 111	7 343	7 298	7 351
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 914	6 020	6 189	6 939	7 111	7 068	7 184
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	179	147	136	173	231	230	167
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	3 161	3 206	3 258	3 502	3 506	3 461	3 422
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 841	2 873	2 904	3 074	3 075	3 041	3 014
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	320	332	354	427	431	420	408
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	15 676	15 869	16 163	17 834	17 947	18 132	18 461
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	12 055	12 204	12 371	13 577	13 671	13 792	13 899
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 621	3 664	3 792	4 256	4 276	4 340	4 562
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	20 581	23 587	22 301	22 486	23 075	24 952	24 951	25 169	25 593
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 852	7 919	8 388	9 818	9 838	10 004	10 366
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	6 458	6 541	6 931	8 186	8 223	8 468	8 688
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 393	1 377	1 458	1 633	1 615	1 536	1 678
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 980	13 093	13 205	13 604	13 577	13 620	13 676
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	8 001	8 064	8 130	8 406	8 387	8 386	8 407
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	678	757	612	684	663	693	597	746	700
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	546	571	550	746	625	705	643
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	14	17	17	28	26	34	25
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	1 182	3 324	2 992	45 348	17 599	59 121	8 642
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	1	2	1	-	-	1	1
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 410	1 622	1 424	1 645	1 522	1 927	1 948
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	3 787	4 658	4 219	4 923	5 570	7 099	5 920
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	670 087	462 651	517 304	568 520	736 163	498 727	710 076
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	500 514	241 467	340 513	410 021	577 888	300 372	527 919
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	193 593	197 548	297 940	313 529	224 822	240 096	414 327
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	-	-	99 263	106 695	-	-	156 576
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	224 059	34 454	21 725	10 660	255 808	44 442	29 506
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	- 1 045	2 181	1 310	60 459	- 660	2 305	2 008
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	83 907	7 284	19 538	25 373	97 918	13 529	82 078
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	-	17 190	18 468	-	-	15 458
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	169 573	221 184	176 791	158 499	158 275	198 355	182 157
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	131 784	151 190	135 214	120 516	124 385	145 394	138 591
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	37 789	69 994	41 577	37 983	33 890	52 961	43 566
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	99 707	108 421	131 028	82 907	83 451	97 985	82 150
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	5 631	13 867	7 588	5 074	4 751	9 442	5 014
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	82 202	89 762	118 265	71 190	64 347	78 600	69 609
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	37 516	35 236	58 732	61 898	39 791	41 779	83 977
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	1 186	1 208	24 819	27 439	2 339	3 632	47 672
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	24 773	23 905	23 556	23 507	24 530	27 410	23 725
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	6 987	5 779	6 144	7 419	7 867	6 066	6 279
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	303 038	.	.	.	342 753	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	10 628	.	.	.	11 919	.	.
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	42 420	.	.	.	47 975	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	206 837	.	.	.	237 930	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	16 594	.	.	.	20 672	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	432 058	391 527	397 495	372 640	441 954	404 952	438 944
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	221 021	104 494	147 880	182 317	255 300	130 267	232 892
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	111 056	142 948	114 914	103 027	102 882	134 224	121 547
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	274	35 664	3 673	4 389	321	42 476	2 355
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	335 857	263 726	293 809	322 142	373 797	300 780	402 388
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	221 021	104 472	147 836	181 741	255 300	128 853	232 202
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	77 046	88 354	83 568	74 114	78 385	87 673	83 854
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	274	35 664	3 673	4 389	321	42 476	2 355
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	337 850	.	.	.	385 481	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	132 916	.	.	.	155 184	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	108 733	.	.	.	125 473	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	.	319
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	.	348
* Facharbeiter	DM	335	364	.	371
Angelernte Arbeiter	DM	305	329	.	334
Hilfsarbeiter	DM	262	287	.	295
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	.	211
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	.	200
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	.	7,27
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	.	7,77
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	.	8,29
Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	.	7,49
Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	.	6,53
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	.	5,26
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	.	4,94
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	.	43,8
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	.	44,8
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	.	40,2
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	.	1 708
* männlich	DM	1 388	1 517	.	1 542
* weiblich	DM	1 672	1 824	.	1 858
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	.	1 206
* männlich	DM	1 783	1 932	.	1 966
* weiblich	DM	1 835	1 989	.	2 026
weiblich	DM	1 248	1 358	.	1 383
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	.	1 176
* männlich	DM	1 046	1 150	.	1 170
* weiblich	DM	1 379	1 504	.	1 524
weiblich	DM	824	915	.	939
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	.	1 454
* männlich	DM	1 189	1 301	.	1 321
* weiblich	DM	1 521	1 657	.	1 682
Technische Angestellte	DM	917	1 013	.	1 033
* männlich	DM	1 767	1 910	.	1 943
* weiblich	DM	1 820	1 968	.	2 003
weiblich	DM	1 228	1 331	.	1 354
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 119	1 115	1 113	1 118	1 121	1 124	1 122
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	682	682	682	683	686	687	685
Rentner	1 000	361	366	368	366	366	371	372	372	373
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	5,0	5,1	5,3	5,6	5,4	5,9	5,8
Männer	%	4,9	5,0	5,1	5,2	5,4	5,7	5,5	6,0	5,9
Frauen	%	4,6	4,6	4,7	4,8	5,0	5,3	5,2	5,7	5,5
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570 ³⁾	396 604	398 305	398 875 ³⁾	412 648	411 577	413 171	413 907
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 ³⁾	123 695	124 295	187 488 ³⁾	160 059	159 132	160 958	161 256
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	5 830	6 101	6 558	6 201	6 211	6 688	9 137
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	4 925	5 152	5 612	5 245	5 252	5 806	8 167
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	152	.	.	.	149	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 090	38 256	38 228	40 760	40 828	40 312	40 676

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 ^p	61 739	61 775	61 804
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 ^p	41 144 ^p	38 756 ^p	31 934 ^p	36 235 ^p	44 566 ^p	33 057 ^p	31 299 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 ^p	57 786 ^p	53 715 ^p	54 616 ^p	56 705 ^p	54 466 ^p	49 738 ^p	52 443 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 ^p	56 779 ^p	55 204 ^p	61 848 ^p	59 106 ^p	58 444 ^p	53 685 ^p	63 287 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 ^p	1 007 ^p	- 1 489 ^p	- 7 232 ^p	- 2 401 ^p	- 3 978 ^p	- 3 947 ^p	- 10 844 ^p
Arbeitslose	1 000	185	246	198	195	215	217	222	219	267
Männer	1 000	101	141	107	102	111	111	111	107	129
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	.	21 376	.	.	.	21 300	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	287	280	318	283	283	287	341
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 838	1 634	1 572	1 937	1 816	1 583	1 514
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 345	8 352	8 351	8 379	8 417	8 427	8 429
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	883	933	988	865	903	918	1 008
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	47 178	52 081	54 804	52 111	53 533	57 583	61 932
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	8 941	10 544	10 922	10 874	10 946	12 535	13 115
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	144	169	175	159	157	186	184 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	144	169	176	159	157	186	185 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	142	166	173	156	155	184	181 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	191	219	238	213	213	241	263 ^p
Bergbau	1962 = 100	102	94	84	92	95	83	85	90	94 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	146	171	178	162	160	190	187 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	181	197	201	204	205	220	220 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	126	162	168	147	140	186	180 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	136	169	174	138	142	176	166 ^p
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1962 = 100	146	148	136	144	161	143	143	155	163 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	151	170	169	153	150	172	165 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	8 558	8 313	8 952	7 498	8 159	7 403	8 694
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201	9 052	9 101	9 452	9 447	9 371	9 496	10 526
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 795	2 726	2 871	3 249	3 190	3 100	3 208
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 830	3 723	3 955	4 287	4 264	4 121	4 326
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 866	2 745	2 759	2 993	3 307	3 128	3 467
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	20 451	22 029	24 581	26 151 ^x	22 098 ^x	22 175	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	6 471	6 686	7 308	7 256	7 316	7 169	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 544	1 533	1 583	1 575	1 560	1 539	1 532	1 518	1 509
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	225	233	242	209	211	212	230
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	6 492	6 576	6 886	6 325	6 221	6 930	7 331
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785	64 039	70 157	68 044	70 899	65 887	62 152	50 651	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	194	198	215	209	199	201	236
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	111	113	123	122	127	124	138
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	175	169	167	184	182	184	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	10 038	10 490	11 794	11 583	10 801	11 130	13 950
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	11 340	12 114	14 426	14 515	14 020	14 931	17 914
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 342	1 623	2 632	2 932	3 219	3 801	3 964

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschli. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	93	91	95	104	96	96
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	106	97	90	106	108
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	94	98	105	106	104	110	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	96	113	105	104	97
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	87	105	111	87	92
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	40 292	45 767	42 995	43 327	42 236	46 410	46 556	45 805	45 109 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	594 686	681 676	638 348	648 867	654 704	719 292	723 915	731 839	734 330 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	490 915	569 672	530 187	539 790	544 554	602 861	607 318	614 594	615 612 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	103 771	112 004	108 161	109 077	110 150	116 431	116 597	117 245	118 718 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	501 359	565 845	530 009	534 100	539 153	589 709	592 537	597 979	601 530 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	230 284	261 673	246 628	247 756	249 904	260 387	259 590	259 261	260 274 ^P
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	132,9	150,5	158,9	154,7	150,4	137,9	135,7	133,7	135,8
		80,4	79,4	78,0	78,1	77,9	67,3	67,2	67,9	67,7
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	5 649	10 999	5 570	6 756	6 270	13 135	6 631
Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	4 639	4 332	4 495	5 406	5 021	5 519	5 409
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	4 380	3 706	4 807	4 935	4 575	3 798	4 390
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	2 754	2 678	2 888	2 863	2 668	2 658	2 738
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 473	2 438	2 660	2 675	2 881	2 751	2 848
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	106,5	118,7	114,3	116,6	117,5	120,6	118,6	120,4 ^P	122,5 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	116,5	127,3	120,3	121,1	122,1	140,4	138,2	136,5 ^r	134,8
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	116,3	117,1	117,5	124,4	124,9	125,2	126,0
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	175,9	.	.	189,9	.	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	127,1	.	.	132,1	.	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 8)	1962 = 100	129,0	136,1	136,5	137,8	138,4	146,3	146,3	146,4	147,5
Nahrungs- und Genussmittel	1962 = 100	120,7	127,7	127,5	129,9	130,3	138,8	137,4	136,6	137,3
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	122,4	129,8	129,9	131,0	132,3	139,6	140,2	141,4	143,0
Wohnungsmiete	1962 = 100	171,4	181,8	182,9	183,8	185,0	192,9	193,5	194,3	195,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	128,0	133,7	132,2	133,5	135,6	153,1	152,6	155,9	162,2
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	118,4	123,4	122,2	122,9	124,0	127,6	127,4	128,1	129,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	126,8	135,5	137,7	138,2	138,2	148,0	148,1	148,0	147,9
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	150,6	160,3	161,9	162,3	163,2	171,9	173,0	173,6	174,6
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	133,8	138,4	138,5	139,1	139,8	145,4	146,3	146,8	147,7
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	127,4	132,9	134,5	134,7	134,9	140,2	143,2	143,2	143,6
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen 8)	1962 = 100	128,3	135,1	135,2	136,8	137,5	144,9	144,9	145,1	146,2
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	.	.	120,7
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	.	.	124,1
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	.	.	123,4
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	.	.	125,1
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	.	.	97,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	.	.	99,2

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahngig). - 8) Die Indizes für die Lebenshaltung erfuhren infolge Einführung des neuen Basisjahres 1970 = 100 (Warenkorb des Jahres 1970) rückwirkend ab Januar 1968 eine Änderung.

1972 nur noch geringes Wachstum der industriellen Anlageinvestitionen

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen der verarbeitenden Industrie mit 20 und mehr Beschäftigten investierten im Jahre 1972 Sachanlagen in Höhe von 1,79 Mrd. DM (einschließlich Investitionssteuer). Im Vergleich zu 1971 erhöhte sich der Zugang an Anlagegütern damit nur noch geringfügig um 0,7%, bei einer gleichzeitigen Umsatzsteigerung von + 10,0%. Nach dem besonders hohen Wachstum der Investitionstätigkeit während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1967, das im Jahre 1970 mit einem Zugang an Anlagegütern im Wert von 2,23 Mrd. DM gipfelte, bedeuteten die 1972er Zahlen eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten etwa auf dem Niveau von 1969. Diese Situation drückt sich auch in dem Anteil der Anschaffung von Anlagegütern am Umsatz der Unternehmen aus, der nach einem Anstieg bis 1970 auf + 9,7% in den folgenden Jahren bis auf + 6,5% im Jahre 1972 zurückging.

Die ausgeprägte Entwicklung wurde in erster Linie von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien beeinflusst, die über die Hälfte (52,3%) des Investitionsvolumens der gewerblichen Industrie ausmachten. Im Gegensatz dazu wies die Entwicklung der Investitionsgüter- und der Nahrungs- und Genussmittelindustrien, die 1972 zusammen nur 31,7% der Anlageinvestitionen tätigten, eine wesentlich geringere Schwankung auf. Während im Nahrungs- und Genussmittelbereich bis 1972 ein relativ gleichmäßiges Wachstum beobachtet wurde, erlebten die Investitionsgüterindustrien erst in dem genannten Jahr einen Rückgang (— 18,8%).

Bei dem Gesamtwert der Anlageinvestitionen, die im Laufe des Jahres 1972 von den Unternehmen angeschafft wurden, handelte es sich im Durchschnitt zu knapp drei Vierteln (74,2%) um Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Das restliche Viertel setzte sich aus Grundstücken und Gebäuden zusammen. Den höchsten Anteil von Maschinen und Ausstattung an dem Wert der erworbenen Anlagegüter wiesen mit 80,5% die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien auf. Während die Verbrauchsgüter- sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrien nur auf 65,9 bzw. 66,2% kamen, nahmen die Investitionsgüterindustrien mit 71,9% eine Mittelstellung ein.

Der eigentliche Wert der Anlageinvestitionen, die die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung bzw. Steigerung der künftigen Produktion schaffen, errechnet sich aus dem Saldo, das heißt, dem Zugang vermindert um den Abgang von Anlagegütern. Da sich der Erlös aus dem Verkauf von Anlagegütern aller Unternehmen der verarbeitenden Industrie auf 79,4 Mill. DM belief, ergab sich 1972 ein Investitionswert von netto 1,71 Mrd. DM. mc

Weiterhin sichtlich rückläufige Beschäftigung und Arbeitsleistung des Bauhauptgewerbes im 3. Quartal 1973

Im dritten Vierteljahr 1973 wurden beim rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahresquartal für das Beschäftigtenpotential, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, die Lohn- und Gehaltssumme sowie den Umsatz Veränderungen um — 2,8 und — 6,4 sowie + 10,1 und + 8,6% festgestellt, während sich auf Bundesebene entsprechende Quoten von — 3,0 und — 7,3 sowie + 4,9 und + 0,8% errechnen. Diese Relationen spiegeln die für die

derzeitige Lage der Bauwirtschaft charakteristischen Entwicklungstendenzen wider: anhaltende Lohnsteigerungen neben einer sich immer deutlicher abzeichnenden Produktionseinschränkung. Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß sich die im Rahmen der amtlichen Bauberichterstattung erfaßten Umsätze jeweils auf die abgerechneten Bauleistungen beziehen und infolgedessen nur beschränkt als periodenkonformes Leistungskriterium in Betracht kommen. Dennoch erwies sich auch der in dieser Hinsicht aussagefähigere Produktionsindex des heimischen Bauhauptgewerbes im Berichtsquartal gegenüber dem 3. Vierteljahr 1972 mit — 2,0% als merklich rückläufig, während hier die Meßziffern in den beiden Vorjahren noch jeweils nahezu unverändert geblieben waren (— 0,5 bzw. + 0,9%).

Auch die Entwicklung von Januar bis September 1973 gegenüber dem Vergleichsintervall des Vorjahres entsprach den für das Berichtsjahr ermittelten Verläufen. Hier zeichneten sich für den Beschäftigtenstand, die Stundenleistung, die Arbeitsentgelte und den Umsatz Veränderungsraten von — 2,8 und — 5,2 sowie + 8,1 und — 6,6% ab; für das Bundesgebiet betragen diese Quoten — 1,8 und — 5,2 sowie + 7,2 und + 2,7%. Eine Hochrechnung für das Jahr 1973 läßt für Rheinland-Pfalz weitgehend die gleichen Tendenzen erkennen. pe

Hohe Steigerung des Transportaufkommens im Straßengüterverkehr 1972

Der Güterumschlag der rheinland-pfälzischen Verkehrswirtschaft belief sich im Jahre 1972 ohne den Straßengüterverkehr, der zur Zeit noch nicht statistisch erfaßt wird, auf 85,9 Mill. t. An diesem Ergebnis war die Binnenschifffahrt mit einem Transportaufkommen von 37,4 Mill. t (43,6%) am stärksten beteiligt, gefolgt vom Straßengüterfernverkehr (29,2%) und den Eisenbahnen (26,8%). Der Transport mit Rohrfernleitungen war mit einem Anteil von nur 0,4% sehr gering. An der Güterumschlagsmenge des Bundesgebietes, die 1,5 Mrd. t erreichte, hatte Rheinland-Pfalz einen Anteil von 5,6%. Die Quote liegt jedoch höher (6,6%), wenn man die in Rheinland-Pfalz wegen seiner besonderen Lage unbedeutenden Verkehrsträger Seeschifffahrt, Luftverkehr und Rohrfernleitungen, die im Bundesergebnis mit 16,2% beteiligt waren, außer acht läßt.

Der Güterumschlag an den rheinland-pfälzischen Umschlagsstellen konnte im Jahre 1972 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mill. t oder 1,9% gesteigert werden. Zu diesem Anstieg trug vor allem der Straßengüterfernverkehr bei, mit welchem 2,6 Mill. t oder 11,4% mehr transportiert wurden als 1971. Damit setzte sich hier der in den letzten Jahren beobachtete Trend einer steigenden Zuwachsrates weiter fort. Das Transportaufkommen der Eisenbahnen stagnierte in dieser Zeit (+ 0,3%), während die Binnenschifffahrt sogar einen Rückgang um 828 000 t oder 2,2% erlebte. mc

Persönliche Anschreiben die erfolgreichste Werbemaßnahme bei EVS 1973

An einer Mitte letzten Jahres auf freiwilliger Basis durchgeführten Fragebogenaktion beteiligten sich 2 913 Haushalte, die an der laufenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilnahmen. Dabei ergab sich, daß knapp zwei Drittel

der Befragten auf Grund persönlicher Anschreiben des Statistischen Landesamtes zu einer Mitwirkung an der Erhebung bereit waren. Bei Selbständigen lag dieser Prozentsatz sogar bei 75%, wogegen es bei Arbeitern und Landwirten nur 57 bzw. 60% waren. Durch Interviewer wurde ein Fünftel der Haushalte zur Mitarbeit bei der über das ganze Jahr 1973 laufenden Stichprobe angeregt. Nahezu jeder zehnte Teilnehmer konnte auf Grund von Hinweisen in Presse, Rundfunk und Fernsehen gewonnen werden.

Als wichtigsten Grund der Teilnahme sahen 60% der Haushalte die Notwendigkeit einer solchen Erhebung an, ein knappes Drittel der Befragten wollte durch die Führung der Anschreibebücher die eigene Haushaltsführung überprüfen. Die finanziellen Anreize - Mitwirkungsprämie und Teilnahme an einer Verlosung - spielten bei der Entscheidung der Haushalte keine große Rolle. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 26.

Themen der letzten Hefte

Heft 1/Januar 1973

Altersstruktur 1970
Wohnungswünsche 1972
Wirtschaftsstruktur der Stadt Koblenz
Bodennutzung 1972

Heft 2 - 3/Februar - März 1973

Statistisches Landesamt 1948-1973
Das Land im Spiegel der Statistik

Heft 4/April 1973

Private Haushalte
Ältere Mitbürger
Binnenfischerei 1972
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1972
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1972
Außenhandel 1960 und 1971
Wohnungstichprobe 1972
Meldepflichtige Krankheiten 1972

Heft 5/Mai 1973

Beteiligung am Erwerbsleben
Zweitwohnsitze
Landwirtschaftliche Betriebssysteme
Tierische Erzeugung 1972
Steueraufkommen 1972
Bauhauptgewerbe 1972
Tiefbau 1972

Heft 6/Juni 1973

Industrie 1972
Verdienste und Arbeitszeiten 1972
Sozialwohnungen 1972
Baulandmarkt 1972
Kriegsopferfürsorge 1972
Familienstand
Geschlechterrelationen

Heft 7/Juli 1973

Haushaltsausstattung 1973
Religionszugehörigkeit
Struktur der Erwerbstätigen
Selbstmorde 1962 - 1971
Verkehrsunfälle 1972
Sozialhilfe 1972

Heft 8/August 1973

Bevölkerung 1972 - 1990
Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung
Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich
Ernteaussichten für 1973
Öffentliche Schulden 1972
Fremdenverkehr 1972
Straßen und Parkflächen 1971

Heft 9/September 1973

Bedeutung der Wirtschaftszweige als Erwerbsquelle
Beschäftigung von Frauen
Regionale Absatzintensität des Einzelhandels
Bevölkerungsentwicklung 1972
Jugendhilfe 1972

Heft 10/Okttober 1973

Außenhandel 1972
Hochbautätigkeit 1972
Regionale Erwerbstätigkeit
Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit
Unternehmensverflechtung

Heft 11/November 1973

Regionales Sozialprodukt 1970
Bodennutzung 1973
Kriminalität 1968 - 1972
Sozialhilfeempfänger 1972
Ältere Menschen
Erwerbstätigkeit als Quelle des Lebensunterhalts
Wöchentliche Arbeitszeit

Heft 12/Dezember 1973

Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Kommunale Finanzplanung 1972 - 1976
Öffentliche Abfallbeseitigung 1973
Altersstruktur der Erwerbstätigen

Themen der folgenden Hefte

Landesinformationssystem Teil II
Volks- und Berufszählung 1970
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1973
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1973
Einzelhandel 1973
Industrie 1973
Aufträge im Bauhauptgewerbe
Umsatzsteuerstatistik 1972

GEMEINDESTATISTIK VON RHEINLAND-PFALZ 1970
TEIL III: BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT 1970

Umfang 854 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 25,--

Der vorliegende Band enthält zuverlässige Angaben über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Gemeinden und ist eine wichtige Unterlage für die praktische Arbeit von Verwaltung und Wirtschaft.

Der Tabellenteil wurde zur besseren Übersicht in zwei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt enthält Kreis- und Regierungsbezirkssummen sowie das Landesergebnis. Im zweiten Abschnitt erscheinen kreisweise in alphabetischer Reihenfolge die Gemeindeergebnisse. Das Programm ist bundeseinheitlich abgestimmt und ermöglicht einen Vergleich mit den Veröffentlichungen anderer Bundesländer.

Mit 126 Angaben für jede Gemeinde enthält dieser Band eine Vielzahl demographischer Strukturdaten. Geboten wird die Entwicklung der Wohnbevölkerung seit 1939, die Gliederung der 1970 festgestellten Wohnbevölkerung nach Familienstand, Altersgruppen, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit (Ausländer), überwiegendem Lebensunterhalt, Erwerbstätigkeit, Schulbesuch und die Zuordnung zu Privathaushalten bzw. Anstalten sowie die Anzahl der Aus- und Einpendler. Für einen Teil der Merkmale werden auch Verhältniszahlen nachgewiesen.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.